

Das
deutsche
Staatskriegsrecht.

Erster Theil.

Von der höchsten Kriegsgewalt
des deutschen Staats
überhaupt.



V O R R E D E.

Die hier erscheinende Theorie von der reichshoheitlichen Kriegsgewalt beschäftigt sich mit einem Gegenstand, der unstreitig der erste und wichtigste in unserem Staatsrechte ist, und dem der gegenwärtige Reichskrieg noch ein ganz besonderes Interesse beygeleget hat.

Bereits vor acht Jahren wurde ich durch eine Arbeit, die ich damals dem Druck übergab, veranlasset, über das Staatskriegsrecht des deutschen Reichs nachzudenken, die dahin gehörigen Materialien zu sammeln, und in die Ordnung eines Systems zusammenzustellen. Die gegenwärtige Theorie, welche als der allgemeine Theil des Systems angesehen werden kann, wurde zwar vollendet; aber die verschiedenen Situationen, in denen ich mich bisher befand, verminderten bis jetzt die Ausführung des gleich damals gefassten Entschlusses, sie zum Druck zu befördern.

V o r r e d e.

Indessen hat die in der Philosophie ausgebrochene Revolution ihren Einfluss auch auf das natürliche Staatsrecht verbreitet, und da ich das Naturrecht immer als die Grundlage der positiven Jurisprudenz ansah und behandelte, so las ich mit Begierde die neueren Systeme des Naturrechts und fand darinn zu meiner Beruhigung Grundsätze, die nicht nur die Meinigen unterstützen, sondern auch mich in Stand setzten, manches besser und vielleicht auch gründlicher vorzutragen. Dadurch entstanden nun freylich in dem ersten Aufsatze manche Abänderungen und Zusätze; mit welchen ich nun denselben dem staatsrechtsgelehrten Publicum zur Prüfung vorlege.

Manche der von mir aufgestellten Sätze möchten vorzüglich jenen anstößig seyn, die sich das vornehmste Geschäft seyn lassen, die Landeshoheit auf den Gipfel der unbeschränktesten, vollständigsten, und möglichst unabhängigen Staatsgewalt zu erheben, unbekümmert um den Geist und den wahren Sinn der positiven Grundgesetze Deutschlands, unbekümmert um die Wohlfahrt, und deren erstes Mo-
ment,

V o r r e d e.

ment, die Sicherheit der Nation, die sie, die einzig vernünftige Ordnung der Dinge verkehrend, der deutschen Freyheit unterordnen: als wenn das Seyn, die Wohlfahrt, die Sicherheit, die Freyheit, die Rechte, das Eigenthum von mehreren Millionen Menschen — der Freyheit einiger Individuen, die in einem solchen Kollisionsfall obnehin nur imaginär ist, geopfert werden müßte: sie wäñnen, dadurch den Landesherren sehr wichtige Dienste zu leisten; da doch solche Grundsätze gerades Wegs zum Verderben des Ganzen und der Einzelnen einführen.

Wenn jene Handlung des Bürgers, welche dem vertheerenden, und, um Eroberungen zu machen, kriegsführenden Feinde des Vaterlands entscheidende Vorthelle einräumt, durch die Konstitution des Staats gerechtfertigt werden kann, so ist diese gewiß nicht eine wurmstichige Nuss werth. Aber Deutschlands Konstitution ist mit solchen Ungereimtheiten nicht befleckt. Diese Vermuthung verdienen die Repräsentanten der deutschen Nation, denen jene Konstitution ihr Daseyn verdankt, in so
hohem

V o r r e d e.

hohem Grade, dass aller Beweis überflüssig seyn sollte; aber leider! ist er es nicht.

Man verehre die deutsche Freyheit und Verfassung; aber auch die Grundsätze der Gerechtigkeit: jeder thue seine Pflicht, und: gieb jedem das Seine. Man verehre die Landesherren und ihre Landeshoheit; man verabscheue aber auch den Staat in und über dem Staate, der wirklich in unserem Vaterlande sein Haupt zu erheben beginnt; indem die mächtigeren Landesherren, wie unabhängige Fürsten, der Verfassung und den Grundgesetzen des Staats, dessen Bürger sie sind, schnur gerade entgegenlaufende Mittel zu ihrer vermeyntlichen Sicherheit und Selbsterhaltung durchzusetzen bereits angefangen haben, unbekümmert um das Ganze, und uneingedenk, dass sie nur als Repräsentanten des Oberherrn — also, wie dieser, in ihren Landen nicht einseitig, sondern nur im Namen der Nation handeln können, also nur zur Anwendung jener Erhaltungsmittel berechtigt sind, die dem in den Grundgesetzen des Staats erklärten Willen der Nation, auf dem doch allein — ihre Repräsentantschaft, ihre Landeshoheit,

V o r r e d e.

heit, ihre Freyheit, ihre Rechte und Vorzüge, ihre politische Existenz und Bedeutenheit ruhen, gemäß sind.

Ich habe mich bey Entwerfung dieser Theorie bestrebt, jedem, dem Oberherrn, wie dem Landesherrn, nach Maassgabe der Grundgesetze das Seine zu geben; und das Resultat fiel so aus, dass, hätte Deutschlands Konstitution nur auch der vollziehenden Gewalt des Staats Leben, Kraft und Nachdruck gegeben, oder gelassen, ich sie, wenn gleich nicht als ein Werk der Weisheit, doch als ein erträgliches Produkt der Politik, absonderlich wenn nur einige der auffallendsten Anomalien aus der Konstitution noch weggestrichen würden, zu verehren keinen Anstand fände.

Ich habe bey Ausarbeitung dieser Theorie allein die Wahrheit zu meiner Fühlerin gewählt.

Wer bey Geschäften dieser Art, wer bey Untersuchungen, die er über die heiligste Anstalt der Menschheit, (den Staat) anstellt, vom Partheygeist, von Leidenschaften, Schmeicheleyen, Recht haberey, oder anderen unedlen Triebfedern, Absichten und Entwürfen sich leiten lässt, der
ver-

V o r r e d e.

verdient — tiefe Verachtung — verdient, vor ganz Europa als ein Verräther des Vaterlands gebrandmarkt zu werden. Die Wahrheit allein, nur sie war es, die ich an der Hand der Philosophie und der Geschichte, mit unverrücktem Hinblick auf den Zweck des Staats und die positiven Grundgesetze Deutschlands — aufsuchte.

Es ist hier nicht um die Erörterung einer nichtswürdigen Frage zu thun. Nein: es gilt dem Wohl, der Sicherheit, dem Eigenthum, der Freyheit, der Erhaltung und Rettung, dem Leben eines grossen Volkes. — Die Tugend und Weisheit, die Gerechtigkeit und Vaterlandsliebe der deutschen Fürsten sichern daher auch mich und meine allenfalls bedenklich scheinende Sätze vor Missdeutung und Indignation. Habe ich mich geirret, so ist heisser Wunsch, die Sicherheit und Wohlfahrt meines Vaterlands bevestigt zu sehen, die einzige Quelle des Irrthums; und gerne möchte ich daher auf jeden Fall mit jenem tugendhaften und gefühlvollen Weisen ausrufen:

Laisés — moi cette erreur!

Geschrieben im Jänner 1796.

Der Verfasser.

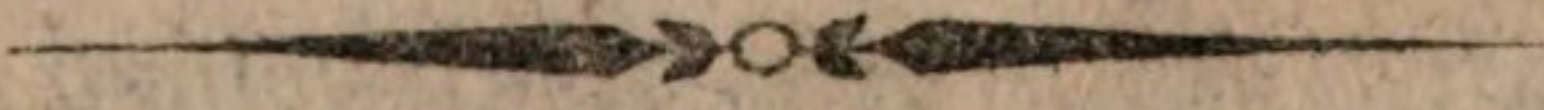
Von der höchsten Kriegsgewalt des deutschen Staats überhaupt.

I.

*Grundzüge von Entstehung der Landes-
hoheit und deren Verhältniß zur
Reichshoheit.*

(a)

*Begriff und Zweck des Staats nach den
Principien des natürlichen Staatsrechts.*



§. I.

Der Staat ist nicht *bloßer Sicherheitsbund* a),
nicht *bloßer Schutzvertrag*; also sind die Bür-
ger nicht *bloße Schutzverwandte*. Der
Zweck

a) Wozu ihn Schmalz königl. preussischer Profes-
sor der Rechte in Königsberg in seinem *natürl.*
Staatsr.



Zweck des Staats geht offenbar weiter als auf Vertheidigung gegen Angriff und Gefahr. Er ist aber auch nicht irrdi-
sche Glückseligkeit der einzelnen Staats-
genossen: denn diese läßt sich nicht *erzwin-*
gen, auch durch die weifesten Anstalten
sich nicht direkte und geradezu realisiren.
Der Staat müßte, wie Schmalz *b)* ganz
richtig bemerkt, eigene Büreaus, und
Prosperitäts - Kollegien errichten, welche
jeden Einzelnen vernehmen könnten, wo-
rinn er seine Glückseligkeit setze; und
die dann den Weibern Putz und Männer,
dem Jüngling seine Geliebte, dem Mann
Ehre, und dem Greis Gold verschafften.

„Eben

Staatsrecht Frankfurt und Leipzig 1794. §. 43.
umschaffen will. Nach dem Staatsrecht der
preussischen Rechtslehrer nähert sich der Schutz-
herr sehr dem Oberherrn und Souverän. Diese
Lehre verdient vorzüglich die Aufmerksamkeit
des nördlichen innerhalb der preussischen De-
markationslinie gelegnen Deutschlands.

b) Am a. O. §. 46.

„Eben so, sagt Heydenreich c), kann weder die ächte intellektuelle Aufklärung des Menschen, noch seine moralische Veredlung durch eine Zwangsanstalt unmittelbar bewirkt oder auch nur befördert werden. Beyde sind nur durch die freyeste Entwicklung der Anlagen des Menschen möglich. Indessen ist unsere Vernunft dennoch berechtigt, den Staat auf jene Idee zu beziehen, so bald sie über Bestimmung der Menschheit nachforscht; ja sie *muß* dann in der Bürgerlichen Gesellschaft eine Anstalt anerkennen, die sich zwar *zunächst* auf den Zweck der Sicherung der Menschenrechte bezieht, aber zugleich ein nothwendiges und durch kein anderes zu ersetzendes Mittel ist, die Menschheit ihrem Ziele näher zu führen.“

§. 2.

Also ist die moralische Ausbildung des Menschen, die Führung der Menschheit zu ihrem Ziel, doch *entfernter*, und
da

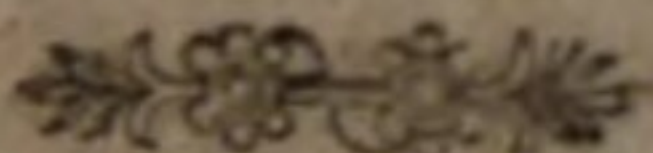
c) Nat. Staatsr. I. Th. S. 59.



da unsere Vernunft die bürgerliche Gesellschaft als ein zu diesem Zwecke nothwendiges Mittel, welches durch kein anderes ersetzt werden kann, anerkennen *muß*, auch ein *wesentlicher* Zweck des Staats.

Sicherung der Menschenrechte drückt also nicht den ganzen Zweck des Staats aus. Die Definition ist also mangelhaft, und unterscheidet den Staat nicht von dem bloßen Sicherheitsbund.

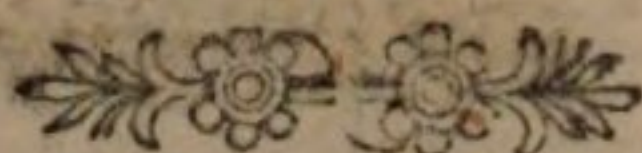
Läßt sich, wie das wohl unwidersprechlich ist, die moralische Ausbildung des Menschen nicht erzwingen, noch durch Anstalten unmittelbar bewirken, oder befördern, so kann sie in *diesem* Sinn nicht der Zweck des Staats seyn; aber doch in so weit, daß der Staat Sorge, daß der Mensch in der Entwicklung seiner Anlagen, in dem Streben nach intellektueller Aufklärung, und moralischer Veredlung, in dem Wandel zu dem Ziel der Menschheit, zu seiner Bestimmung nicht gehemmt, gestört, und aufgehalten, vielmehr durch zweckmäßige Anstalten unterstützt und erleichtert werde; daß also
die



die Hindernisse weggeräumt, dafs die — zur Realisirung des Zwecks den Einzelnen nothwendigen Mittel an Handen gegeben, und die Motive, wodurch der Mensch zu jener freyen Entwicklung seiner Anlagen aufgemuntert und entflammt wird, vervielfacht und verstärkt werden. Die Natur des Menschen erlaubt freylich nur indirecte — die Freyheit desselben nicht beschränkende Bewirkung und Beförderung der moralischen Ausbildung; diese kann also auch nur mit dieser Einschränkung Zweck des Staats seyn.

§. 3.

Alle Menschen streben nach Etwas, was sie *Glückseligkeit* nennen. Hierinn ist ihre Einstimmung allgemein. Aber in Bestimmung des Objekts, welches ihrer Meynung nach nothwendige Bedingung ihres Glücks ist, sind ihre Gesinnungen unendlich verschieden. Der Staat verpflichtet sich nicht, die Grille, die jeder von *seinem* Glücke hat, zu realisiren: aber in wie ferne er die Sorge, die in §. 2. angegeben

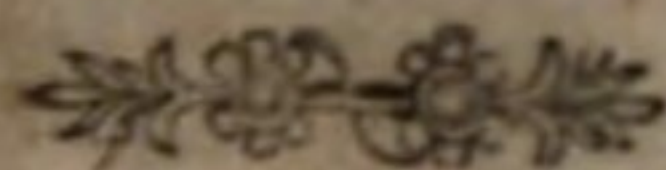


geben wird, angewendet, und durchgesetzt, kann man von ihm sagen: er suche den Menschen glücklich zu machen, ihn zu seiner Glückseligkeit hinzuführen. In diesem so bestimmten Sinn ist die Glückseligkeit Aller, und der Einzelnen, der Zweck des Staates.

§. 4.

Die erste und nothwendige Bedingung dieser Glückseligkeit des Menschen ist die *Sicherheit sowohl von innen als von aussen.*

Die Bewirkung und Beförderung derselben ist also der *nächste* wesentliche Zweck des Staates; ohne welchen die übrigen Zwecke des Staates schlechterdings nicht erreicht werden können. Der Inbegriff der Anstalten, welche zur Bewirkung und Beförderung der Sicherheit des Staates gegen offenbare Feinde gemacht werden; ist das *Kriegswesen*; und der Zweig der höchsten Staatsgewalt, welcher sich mit demselben beschäftigt, die *Kriegsgewalt.*



(b)

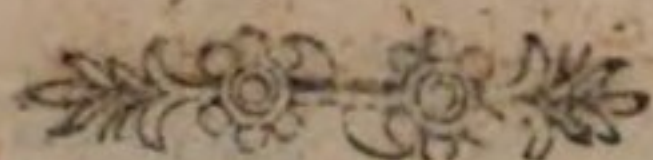
*Grundzüge von Entstehung der Landes-
hoheit und deren Verhältniss zur
Reichshoheit.*

§. 5.

Deutschland, ein Theil der fränkisch-karolingischen Monarchie, ward durch die Theilung zu Verdün A. 843. ein eigener, abgesonderter, unabhängiger Staat; und zwar bis zur Erlöschung des karolingischen Mannsstamms Erb — nachher Wahlmonarchie, aber doch immer nur *ein* Staat, also nur *eine* höchste Gewalt, die sich über das Ganze ausdehnte, also nur *eine* Urtheilskraft, welche über die Angelegenheiten des Staats entschied, nur *ein* obgleich an den Beyrath der Reichsstände gebundener Wille, der Beschlüsse fasste, und nur *eine* vollziehende Gewalt, die sie durchsetzte. Also auch nur *eine* Kriegsgewalt.

§. 6.

Als die Deutschen aus dem Stand der *Wildheit* in den der *Barbarey* herübertraten,
war



war das gesellschaftliche Band das unter ihnen geknüpft ward, bloßer Sicherheitsbund; dessen Genoss, der Natur der Sache nach, nur der Landeigenthümer war. In diesem Alter der Menschheit sind die Landeigenthümer die eigentlichen und einzigen Bestandtheile der Nation: die, welche nicht Grund und Boden besitzen, sind von der Nationalgenossenschaft ausgeschlossen: stehen also nicht unmittelbar unter dem Schutze der ganzen Bundesgenossenschaft, sondern des Landeigenthümers der ihnen auf seinem Grundstück Aufenthalt giebt, und von dessen Ertrag Unterhalt reichen läßt: sie sind daher Theile dieses Grundstückes, *Hörige* des Landeigenthümers. Die Nation selbst, zu der der Hörige nicht gehört, bekümmert sich um ihn unmittelbar nichts: ihr Schutz kommt ihm nur *mittelbar* zu statten, in wieferne der Nationalbund das ganze Eigenthum der Genossen, mithin auch die Appertinenzien desselben, zu denen der Hörige gerechnet wird, zu schützen sich verbindlich gemacht hat.

In



In dieser Periode ist also nur der Landeigenthümer frey, nur er Nationalgenoss, nur er Verfechter der Nation und der Gesellschaft:

Die Hörigen sind Theile des Grundeigenthums; wie für dieses, so auch für jene sorgt, allein der Landeigenthümer; sichert sie gegen Gefahren und Angriffe, schlichtet die unter ihnen entstehenden Händel; und strafet die Vergehungen, u. f. w. Der Landeigenthümer ist also in diesen Zeitraum der Herr, der Beschützer, der Richter, und Erhalter seiner Hörigen.

So war die Einrichtung in dem alten *roben* Germanien:

* Man sehe hierüber nach die *Beyträge* zur Geschichte der Menschheit aus den Annalen der Deutschen — im deutschen Merkur von 1773. und in einigen folgenden Theilen; vorzüglich des VIten Bandes 3tes Stück S. 227 — 284. Jahrg. 1774.

§. 7.

Diese Einrichtung des alten *roben* Germaniens dauerte fort, als der ursprüngliche Sicherheitsbund bürgerliche Gesellschaft

B

ward,

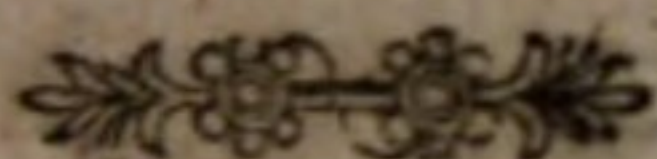


ward, und die deutschen Völkerschaften sich in *Staat* vereinigten. So wie sie auf der jetzt betretenen *Kultur* immer weiter fortrückten, ward auch in gleichen Schritten das wechselseitige rechtliche Verhältniß zwischen dem Gutsherrn, und dem Gutshörigen erweitert.

Die Hörigen mehrten sich auf dem Gut; also auch die Zwiste und Streitigkeiten, und andere sie betreffende Geschäfte und Rechtshandel: sie schlichtete und entschied allein der Gutsherr. Daher die *Gerichtsbarkheit*; zu deren Ausübung endlich eine ständige Anstalt nothwendig ward; daher das gutsherrliche *Gericht*: dessen Besetzung und Anordnung allein dem Gutsherrn zustand.

Als nachher der Gutsherr selbst das Gericht nicht mehr hielt, so war es sehr natürlich, daß der Hörige, welcher sich durch den Spruch des Gerichtshalters beschwert erachtete, an den Gutsherrn sich wendete, und um Abänderung des Spruchs bat; daher die *Appellation*, und das Recht sie anzunehmen u. f. w.

Aus



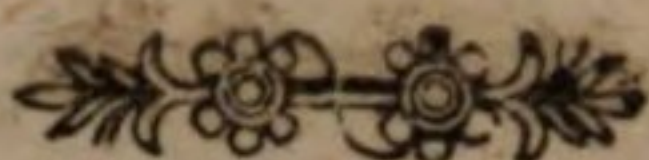
Aus der vergrößerten Anzahl der Gutshörigen, wozu oft Erweiterungen des Grundstückes in der Folge noch beytrugen, entstand die Nothwendigkeit, für die Sicherheit, Ordnung, Bequemlichkeit der Hörigen auf dem Gut durch besondere Verfügungen und Anstalten Sorge zu tragen; jetzt *Policeyrecht* genannt u. f. w.

So bildete sich das ursprüngliche Schutzrecht der Gutsherren über ihre hörigen Leute, nach und nach, aber doch wie von selbst, in Rechte aus, die nach dem natürlichen Staatsrechte nur Bestandtheile der höchsten Gewalt des Staats sind, die aber deswegen dem Oberherrn desselben nicht zustanden, weil die Hörigen nicht Mitglieder des Staats waren.

Dieser Inbegriff der gutsherrlichen Rechte wird in der neueren Sprache *Civilobrigkeit* genennt.

§. 8.

Hiermit verbinden sich folgende erläuternde Bemerkungen:



- 1) Der *Hörige* stand *unmittelbar* unter dem Schutz des Gutsbesitzers, *mittelbar* unter dem des Staats.
- 2) Dieser Schutz des Gutsbesitzers beschränkte sich bloß und einzig auf die persönliche Sicherheit der auf dem Grundstück sich aufhaltenden Hörigen. Denn da diese kein liegendes Eigenthum hatten, so konnte sich der Schutz des Gutsherrn nur auf die Person des Hörigen beziehen.
- 3) Der Schutz des Gutsherrn selbst, seines Grundstücks, somit auch folgsweise — der Hörigen, als Appertinenzien des Guts, gegen äussere Angriffe, diese mochten von anderen Gutsbesitzern des Staats, oder von auswärtigen offenbaren Feinden herrühren oder beforgt werden, war allein Pflicht und Recht des Staats und des Oberherrn. Weil nur die Grundeigenthümer in der Epoche, wovon hier die Rede ist, *Bürger* waren; deren Sicherung gegen Angriffe von aussen und innen, der nächste wesentliche Zweck der bürgerlichen Vereinigung ist.

4) So-



4) Sobald also der Grundeigenthümer selbst und seine Besetzung von einem anderen Grundeigenthümer, oder von einem auswärtigen Feind angegriffen ward, trat der Oberherr ein und übernahm die Schützung; welche Angelegenheit des Staats selbst war. Der Gutsbesitzer war zwar verpflichtet mitzuwirken; er durfte eben nicht die Hände ruhig in Schoofs legen. Doch blieb ihm dabey nichts als die Ehre des Gehorfams gegen die — zur Abwendung des Angriffs und der Gefahr von dem Oberherrn getroffenen Verfügungen.

Hier wirkte also der Gutsherr bloß als gehorchender *Untertban*. Hatte er aber die Pflicht des Schutzes gegen seine Hörige zu erfüllen, so wirkte er allein als *Herr*. Weil der Hörige nicht Bürger war, so konnte der Oberherr nicht einschreiten; außer in zwey Fällen:

α) Wenn der Gutsherr den Beystand des Oberherrn nachsuchte.

β) Wenn derselbe nicht im Stande war, die Ruhe auf seinem Gute herzustellen,



len, und zu erhalten: in diesem Fall konnte und *musste* der Oberherr auch unaufgefordert zur Hilfe herbeyeylen, weil der Staat selbst gefährdet war. In beyden diesen Fällen ward der mittelbare Schutz des Oberherrn (N. I.) wirksam.

§. 9.

Diese innere Einrichtung des deutschen Staats harmonirte ganz genau mit den Principien des natürlichen Staatsrechts.

Als aber in der Zeitfolge die erste Verfassung, welche nur den Grundeigenthümer der Bürgerschaft würdigte, verschwand, als diesemnach einer Seits die Ehre des Bürgers auch Nichtgrundeigenthümern mitgetheilt, anderer Seits der Hörige des Grundeigenthums fähig ward, und es wirklich erwarb; so hätte auch die ehemalige Hörigkeit aufhören, und der Hörige in dem Moment, als sie aufhörte, unter den unmittelbaren Schutz des Staats treten — und mit diesem alle Pflichten
und



und Rechte der Gutsherren — an den Staat und den Oberherrn übergehen sollen.

Allein! dieß geschah nicht. Die Civilobrigkeit der Gutsherren dauerte fort, und wurde auf Grundeigenthümer, und Nichthörige ausgedehnt, die in dem Bezirk des Grundstücks sich aufhielten. Man behielt also eine nicht mehr existirende Prämisse bey, und baute auf sie alle die Konklusionen, welche aus dem *nächsten* wesentlichen Zweck jedes Staats (§. 4.) gezogen werden. So ward Civilobrigkeit in neueren Zeiten, *Landeshoheit*, und das Grundstück des Bürgers — *Gebiet* genannt.

Dieses Ereigniß in der deutschen Staatsverfassung betraf also nur

- a) die Dauer der Civilobrigkeit.
- b) Deren Ausdehnung auf Personen und Sachen, die nach den Principien des nat. Staatsrechts dem unmittelbaren Schutz des Oberherrn angehören.
- c) Also nicht das Verhältniß der Civilobrigkeit, oder der nunmehrigen Landes-



deshoheit zu der höchsten Gewalt des Staats. Diefes blieb eben dafelbe *d*).

§. 10.

d) Wenn die Menschen aus der *Wildheit* in die *Barbarey* übertreten, ist die Gesellschaft, in die sie nun eingehen, blofser *Sicherheitsbund*; welcher, wie sie die Stufe der *Kultur* beschreiten, *Staat* wird.

Aus dem Sicherheitsbund entwickelt sich also, nach dem natürlichen Gang der Dinge, die *bürgerliche Gesellschaft* oder der Staat. Das ursprüngliche Verhältniß zwischen dem Gutsherrn und seinem Hörigen ruhte auf einem bloßen Sicherheitsbund. Es war also in einem Staate, wie Deutschland, dessen Verfassung und Regierungsform durch Gewohnheit, und beynahe wie durch Zufall sich bildete, sehr natürlich, daß aus der *Vogtey* — die Civilobrigkeit — und aus dieser die Landeshoheit hervorgieng.

Aus diesem Gesichtspunkte ist die Reforme der Verfassung Deutschlands, die ein neuerer preussischer Schriftsteller *a*) erst jüngsthin in Vorschlag brachte, selbst jenen deutschen Fürsten gefährlich, die bey Ausführung dieses Plans zu gewinnen glauben.

a) Europa in seinen politischen und Finanzverhältnissen, Drittes Heft. 1795.



§. 10.

Diese Prämissen begründen folgende Schlusssätze :

- 1) Das Schutzrecht des Landesherrn erstreckt sich nur auf die Innwohner und Unterthanen seines Landes. (§. 8. N. 2.)
- 2) Wird der Landesherr selbst oder sein Gebiet von einem anderen Landesherrn oder einem auswärtigen Feind angegriffen, so ist der Oberherr des Reichs allein, verpflichtet, den Schutz des Angegriffenen zu übernehmen, und diesem bleibt in der Mitwirkung, wozu er verpflichtet ist, nur die Ehre des Gehorsams. (§. 8. N. 3. und 4.)
- 3) Diese Pflicht des Reichsoberherrn tritt auch alsdenn ein, wenn der Landesherr allein nicht im Stande ist, die Ruhe und Sicherheit in seinem Lande zu erhalten, und herzustellen. (§. 8. N. 4.)
- 4) Da der Oberherr nur in so weit berechtigt ist, als er verpflichtet ist; so ist
 - a) der Landesherr allein berechtigt, die Ruhe und Sicherheit in seinem Lande zu handhaben, und der Reichsober-



oberherr darf sich nicht eher darein mischen, als bis der Landesherr seiner Hilfe bedarf, alsdenn aber ist er verpflichtet, die Hilfe anzurufen; und der Reichsoberherr *muss* sie auch unaufgerufen leisten. (§. 8. N. 4.)

b) Nur der Reichsoberherr ist also berechtigt, die zur Sicherung des Reichs, der Stände und der einzelnen Gebiete und Lande gegen die Angriffe auswärtiger offenbarer Feinde nothwendigen Anstalten und Vorkehrungen anzuordnen; und die einzelnen Reichsstände, und Landesherren sind verpflichtet, diesen von dem Oberherrn rechtmässig und nach Maasgabe der Grundgesetze getroffenen Anordnungen zu gehorchen.

Diese Pflicht des Gehorsams ist bey auswärtigen Angriffen der einzige Maassstab ihrer Berechtigung. (§. 8. N. 3.)



§. II.

Die Leistung des nothwendigen Schutzes der unteren *Staaten e)*, gegen die Angriffe äußerer Feinde ist also nicht Pflicht der einzelnen Landesherren, sondern des ganzen Reichstaates. Dieß ergibt sich, glaub ich, mit Evidenz auch aus folgendem Grunde.

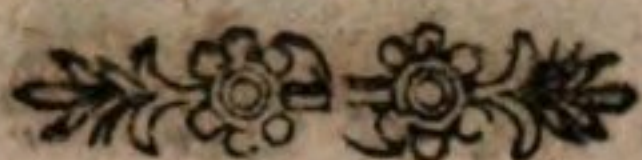
Keiner der unteren Staaten, wenn er auch alle seine Kräfte zusammenraffet, sie mit dem feurigsten Patriotismus belebt und anstrengt, und sie mit der bewundernswürdigsten Weisheit lenket, vermag für sich allein, ohne der Anderen Beystand, den Angriffen eroberungsfüchtiger Nachbarn hinreichenden Widerstand zu leisten. Dieß vermag nur die Gleichheit der Kräfte des Widerstands mit denen des Angriffs. Aber nicht die Weisheit, nicht der Patriotismus, nicht der Muth, noch die Tapferkeit, sondern nur Geld und Mannschaft können diese Machtgleichheit geben. Diese ist also ein schlechthin nothwendiges Mittel

e) Nach der bisher gewöhnlichen Sprache.



Mittel zum Zweck: ohne sie muß, wird der einzeln kämpfende Landesherr zuletzt gewiß unterliegen, und dem Eroberer zur Beute werden. Also ist dem einzelnen Landesherrn unmöglich, die Sicherheit seines Landes gegen äussere offenbare Feinde zu behaupten; mithin ist er auch dazu nicht verpflichtet; weil es keine Pflicht zu dem Unmöglichen giebt: folglich können ihm auch die zum Behuf dieses Zwecks des Staats dem Oberherrn nach dem natürlichen Staatsrecht zustehenden Rechte nicht zukommen, weil der Oberherr nur in so weit berechtigt ist, als er verpflichtet ist.

Es blieb also, nach entstandener Landeshoheit, wie vorher (§. 5.) nur *eine* Kriegsgewalt, nur *eine* über die Angelegenheiten des Staats, welche auf die *äussere* Sicherheit des Reichs sich beziehen, entscheidende Urtheilskraft, nur *ein* - dahin sich beziehende Beschlüsse fassender Wille. Es kann also den Landesherrn in Ansehung dieser Angelegenheiten keine nach *eignem* Ermessen sich bestimmende Urtheilskraft



kraft *als Landesherrn* zustehen; sondern nur die Pflicht des Gehorfams in Ansehung der Leistungen die der Reichsoberherr von ihnen fordert.

Ob und wie ferne die positiven Grundgesetze des deutschen Staats mit diesen Grundsätzen übereinstimmen, oder davon abweichen, wird unten untersucht werden.

§. 12.

Anders verhält es sich mit den übrigen Bestandtheilen des Zwecks des Staats; mit der *inneren* Sicherheit, der Polizey, dem Kameral- und Finanzwesen; denn der Justizpflege.

Zur Bewirkung und Erhaltung der inneren Sicherheit reicht der — den einzelnen Landesherren in Friedenszeiten zur Disposition überlassene Antheil des Reichskriegsheers, das *Kontingent*, der Regel nach zu; und für den Fall, daß eine Ausnahme eintritt, hat die anordnende höchste Reichsgewalt bereits hinlänglich vorforgende Gesetze und Verordnungen gegeben *f)*, deren

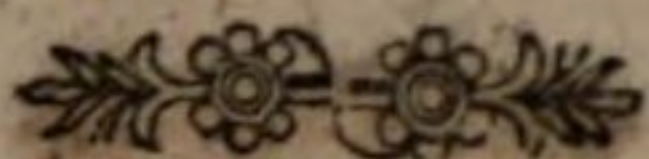
f) In der R. E. O. v. 1555.



ren Befolgung mit ganz zuversichtlicher Gewissheit den Zweck realisiren wird. Die Justizpflege, die Beforgung des Finanz - Kameral - und Polizeywesens hängt vorzüglich von Ordnung, Rechtschaffenheit, Weisheit, Einsicht und Klugheit ab. Der Landesherr ist dem Theil der Nation, dem er vorstehet, näher und gegenwärtiger; der Umfang des Landes ist nicht zu groß, zu weitläufig. In dieser doppelten Hinsicht ist der Landesherr fähiger, die Bedürfnisse und Neigungen, überhaupt den Karakter des Volks kennen zu lernen; fähiger, die Hindernisse der gemeinen Wohlfahrt auszuspähen und wegzuräumen; überhaupt reichen seine Kräfte mehr zu, die Bürde der Regierung zu tragen. Also konnte die innere Staatsverwaltung den einzelnen Grundeigenthümern auf ihren Besitzungen mit dem Beyfall der Politik wohl überlassen werden.

§. 13.

Mit der Hörigkeit mußten auch die damit ursprünglich verknüpften Rechte dem



dem Oberherrn von Rechtswegen heimfallen (§. 9.). Dieser war nach den Principien des natürlichen Staatsrechts — und selbst der in der Verfassung Deutschlands liegenden Grundgesetze verpflichtet, also auch berechtigt, sich dieselbe zu vindiciren. Aber er unterliefs die Erfüllung dieser Pflicht, und bediente sich seiner Berechtigung nicht: der Gutsherr fuhr also fort, die Civilobrigkeit noch ferner auszuüben: sie ward endlich erblich, und übergieng in ein Realrecht, welches auf dem Gut haftet.

Die Rechtmäßigkeit dieser Erwerbung ruhet also lediglich auf der stillschweigenden Einwilligung des Oberherrn, und Souveräns. Der Erwerb der in neueren Zeiten *Landeshoheit* genannten Civilobrigkeit also erhält seinen rechtsgültigen Bestand einzig und allein von der — von dem Oberherrn und Souverän des Reichs ursprünglich stillschweigend geschehenen *Uebertragung*: die Gutsherren folglich auch die Landesherren, die aus jenen hervorgegangen sind, üben also die durch solche stillschwei-



schweigende Uebertragung erworbenen Rechte im Namen und als Stellvertreter der höchsten Gewalt aus: denn diese Rechte sind nothwendige, und wesentliche Pflichten der höchsten Gewalt g); sie können von dieser nicht getrennt werden; obgleich ihre Ausübung Anderen entweder widerruflich, wie bey Staatsbeamten, oder unwiederruflich und als ein erbliches — ewig fortwährendes Recht übertragen werden kann: in beyden Fällen aber bleibt sie Stellvertreterin der höchsten Gewalt. Die Erblichkeit hebt diese Stellvertretungsfchaft nicht auf; beyde sind vereinbarlich: diese stellvertretende höchste Gewalt hat aber dies besondere, dafs der Stellvertreter nach *eigenem*, jedoch den Gesetzen des Staats untergeordneten Ermessen verfähret, über die — seinem Wirkungskreis vom Reichsfouverän zugetheilten Angelegenheiten des Staats, wie ein Oberherr, entscheidet, und die gefafsten Beschlüsse vollzieht.

§. 14.

g) Heydenreich nat. Staatsrecht.

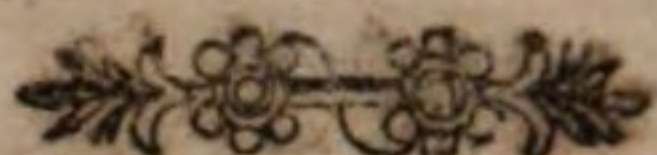


§. 14.

Man schliesse aber hieraus nicht so fort: also ist die Gewalt der Landesherren nicht eine höchste; sondern sogar nur eine stellvertretende; also das deutsche Land nicht Staat; sondern nur dessen Analogon; der Landesherr nicht Oberherr, sondern nur dessen Vikar, Stellvertreter, und Repräsentant, so wie beyläufig der Staatsbeamte es ist: u. f. w. Diese Schlüsse sind zum Theil voreilig und irrig. Der Landesherr unterscheidet sich dadurch von dem gewöhnlichen Staatsbeamten; dafs er die — ihm zur Verwaltung von den Grundgesetzen überlassenen Regierungsangelegenheiten nach *eig- nem* obgleich nicht unbeschränkten Ermessen besorgt und abthut; bey ihm also das charakteristische Merkmal des *Oberherrn* eintrifft. Allein! er hat keine — von der höchsten Regierungsgewalt des Reichs verschiedene Gewalt: nein; *eine* und *eben* dieselbe höchste Gewalt wird von dem Reichsoberherrn auf verschiedene Art ausgeübt; in den meisten Fällen

C

näm-



nämlich durch erbliche und perennirende Stellvertreter, in manchen durch sich selbst; dort heist sie *Landeshoheit*, hier *Reichshoheit*. In keinem anderen Sinne können die deutschen Landesherren — Oberherren und ihre Lande Staaten seyn.

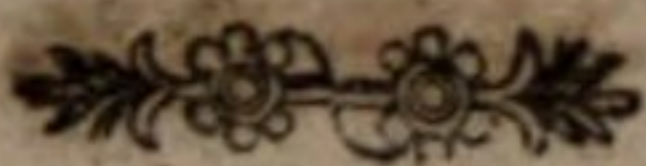
* Das Verhältniß der Landeshoheit zur Reichshoheit wird, so weit es der Zweck dieser Beyträge erfordert, in den folgenden Aufätzen noch weiter entwickelt werden.

§. 15.

Man nehme einmal dieß **Letztere** (§. 14.) an, so kommen Resultate heraus, die sich mit den Principien des natürlichen Staatsrechts, *d. i.* mit dem gefunden Menschenverstande nicht vereinigen lassen.

Alle *wirkliche* Staaten, sie mögen entstanden seyn, wie und wodurch sie wollen, ruhen ursprünglich auf einem Grundvertrag, der in drey besondere Verträge zergliedert zu werden pflegt. Der erste dieser Grundverträge ist der *Vereinigungsvertrag*: durch diesen vereinigen sich mehrere Menschen zu einem Zweck, der die Charakteristik der *bürgerlichen Gesellschaft* ist.

Die-



Dieser Zweck ist bey allen bürgerlichen Gesellschaften und Staaten *einer und eben derselbe*. Anfänglich, bis zur Entstehung der Landeshoheit war Deutschland in jeder Rücksicht *ein Staat*. Die Bürger dieses Staats hatten sich also bis dahin durch einen Vereinigungsvertrag zur Realisirung des Zwecks des Staats mit gemeinschaftlichen Kräften, verbunden und verpflichtet. Wenn die Entstehung der Landeshoheit mehrere z. B. 300 (untere) Staaten in Deutschland erzeugt hat, so müssen wir bey diesem Ereigniß die Schließung von 300 Vereinigungsverträgen annehmen.

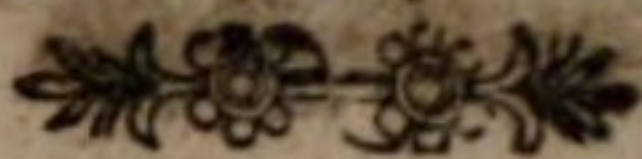
Diese hätten nothwendig den Zweck des Staats zum Gegenstand haben müssen: allein! die Verpflichtung und Vereinigung Aller zu demselben war ja schon da; die Bürger des deutschen Staats hätten sich also 300 mal zu etwas verbunden, wozu schon vorher sie sich gegeneinander wechselseitig verpflichtet hatten: dieß kann aber von *vernünftigen Wesen* nicht angenommen werden, weil es lächerlich,



widerfinnig, unvernünftig und ganz zwecklos gewesen seyn würde. Nach den Principien des natürlichen Staatsrechts, und des gefunden Menschenverstandes kann man also diese 300 Vereinigungsverträge nicht annehmen. Also existirt jetzt noch nur *ein Vereinigungsvertrag*, worauf der deutsche Staat gegründet ist; also ist Deutschland bis auf diese Stunde nur *ein* Staat; und die untere Staaten sind, so wie sie bisher in den Systemen des deutschen Staatsrechts aufgestellt worden zu seyn scheinen, wahre staatsrechtliche Absurditäten.

§. 16.

Der zweyte Grundvertrag, wornach alle wirkliche Staaten beurtheilt werden müssen, ist der *Verfassungsvertrag*. Dieser bestimmt unter anderen, die Art und Weise, wie die Mittel zur Realisirung des Zwecks des Staats angewendet werden sollen; die Form der Verfassung, und der Regierung: die anfänglich bestimmte Form der Verfassung und Regierung kann in den



den folgenden Zeiten ausdrücklich oder stillschweigend abgeändert werden: dieß geschah in Deutschland, als 1) auch jene der Ehre des Bürgers theilhaftig wurden, die nicht Grundeigenthümer sind. (§. 7.) Diese Aenderung der Verfassung war den Principien des natürlichen Staatsrechts ganz gemäß. 2) Als, dieser Aenderung ungeachtet, die Grundeigenthümer die Civilobrigkeit fortbehielten.

Hier wich die Verfassung von gedachten Principien ab. Die Form der Regierung bekam eine ihnen nicht entsprechende Bestimmung. Diese hatte aber in den Vereinigungsvertrag, der immer eben derselbe blieb, keinen Einfluß, konnte keinen haben; sie war nur Bestimmung des *Verfassungsvertrags*; also konnte hiedurch kein neuer Staat entstehen. Die Form der Regierung allein ward durch diese Bestimmung betroffen. Also sind die so manchfachen Modifikationen der Regierung der deutschen Lande nichts anders als Modifikationen der Regierung des deutschen Staats; nur Modifikationen
des



des bey Errichtung deffelben geschloffenen ersten im Hauptwefen fortdaurenden Verfassungsvertrags.

Eben so erhielt der *Unterwerfungsvertrag* nur diese Modifikation, daß die Bürger, und die — nunmehr in die Würde des Bürgers herübertretende *Hörigen* dem erblichen Stellvertreter des Oberherrn den Gehorsam unmittelbar zu leisten versprachen, den sie theils dem Oberherrn schon zugesagt hatten, theils bey dem Austritt aus dem Stand der Hörigkeit — nur ihm zu leisten, schuldig zu seyn anfiengen. Diese Pflicht des Gehorsams aber ist an sich von der vorherigen nicht verschieden; weil der Gehorsam dem Landesherrn nur als Stellvertreter der höchsten Gewalt geleistet wird. Nur die *Person*, der unmittelbar gehorsamet wird, änderte sich, nicht die Pflicht des Gehorsams selbst. Die Ursache blieb *eine* und eben dieselbe; also auch die Wirkung.

§. 17.

Wären durch die Entstehung der Landeshoheit mehrere *Staaten* in Deutschland



land entitanden, so wären diese entweder *Staaten im Staate*, oder *Staaten über dem Staate*. Im ersten Fall wären sie Gesellschaften von Bürgern, welche sich über besondere von dem Staate, zu dem sie gehören, unabhängige Mittel zur Sicherung der äusseren Rechte verbunden, und sich nach eigenen besonderen, oder Privatgesetzen organisirt haben *b)*. Allein! die Mittel, worüber sie sich verbunden haben, sind von der höchsten Gewalt des Reichs nicht unabhängig; und wollte sich je ein deutscher Landesherr eine solche Unabhängigkeit in Sinn kommen lassen, und durchsetzen wollen; so wäre der Oberherr durch die Grundgesetze des Staats verpflichtet, den Landesherrn in die von den Grundgesetzen gezeichneten Schranken zurück zu weisen.

Eben so sehr widerspricht der *Staat über dem Staat* den Grundverträgen *i)*.

Den

b) Heydenreich nat. Staatsr. II. Th. S. 27. §. 4.

i) Heydenreich a. a. O. S. 28. §. 6.



Den deutschen einzelnen Landen ist schlechthin nicht möglich, die Sicherung ihrer äusseren Rechte gegen offenbare Feinde zu bewirken (§. 11.); der nächste wesentliche Zweck Aller Staaten (§. 4.) kann also der Zweck der einzelnen deutschen Lande, *als einzelner bürgerlichen Gesellschaften* nicht seyn; weil sie ihn — ohne die Beyhilfe Aller — nicht realisiren können (§. 11.): wenn sie also einzeln — und ausser Verbindung mit Allen — gedacht werden; kann der nächste wesentliche Zweck des Staats der Zweck ihrer Verbindung nicht seyn — der Begriff von Staat kann also in *diesem* Sehepunkt auf sie schlechterdings nicht angewendet werden.

Hieraus ergibt sich, dass in Deutschland der *Landesfouverän*, und als dessen Gegensatz der *Reichsfouverän* Ungereimtheiten sind. In Deutschland, wie in jedem anderen Staat giebt es *nur einen Oberherrn, nur einen Souverän k), nur einen Willen Aller, nur*

k) Aber mehrere nach eigenem Ermessen handelnde Stellvertreter des Reichsoberherrn.



nur einen Staat, nur einen Vereinigungs- Verfassungs- und Unterwerfungsvertrag; und ein aus mehreren kleineren, untergeordneten wahren Staaten zusammengesetzter (Oberer) Staat ist ein staatsrechtliches Unding, eine Chimäre. Nur in der hier vorgetragenen Vorstellung der Verfassung und Regierung Deutschlands verschwindet etwas von der Abentheuerlichkeit, welche man an ihr bisher wahrgenommen hat. (Man vergleiche unten die §§en 67 — 78.)

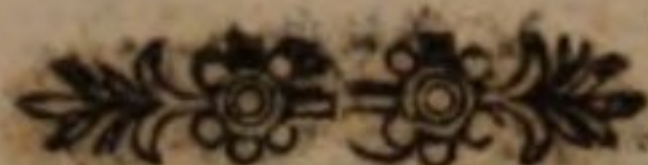
II.

Analyse der deutschen Kriegsgewalt überhaupt.

§. 18.

B e g r i f f.

Dem Reichsoberherrn stehet also eine Kriegsgewalt zu, (§§. 4. 10. 11.) welche *Reichskriegsgewalt* genennt wird. Diese beschäftigt sich mit allen jenen Anstalten und Vorkehrungen, welche nothwendige Mittel zur Erhaltung und Beförderung der äusseren Reichsficherheit, also zur Realisirung



sirung des *nächsten* wesentlichen Zwecks des Staats sind, *d. i.* mit dem *Reichskriegswesen* (§. 4). Jede Anstalt, jede Vorkehrung, welche nicht nothwendiges Mittel zum Zweck ist, oder nicht für nothwendig gehalten wird, ist eine Willkühr, die sich mit den Principien des Staatsrechts zu vereinbaren nicht vermag. Nur die Verpflichtung zu *nothwendigen* Leistungen des Staats für den Bürger und des Bürgers für den Staat ist den Grundgesetzen gemäß *l).*

Das Urtheil über die Nothwendigkeit einer Anstalt aber gebührt allein dem Oberherrn, so, daß, wenn auch die Bürger von dem Gegentheil sich überzeugt hätten, diese ihre Ueberzeugung sie von der Pflicht des schuldigen Gehorsams nicht loszählen würde *m).*

Die-

l) Heydenreich nat. Staatsr. I. Th. S. 77. §. 1.

Die Bestimmung: *nothwendig*, muß also in dem nachfolgenden Vortrag immer, wenn sie nicht ausgedrückt ist, als ausdrücklich beygesetzt hinzugedacht werden.

m) Heydenreich a. a. O. S. 155. §. 5.



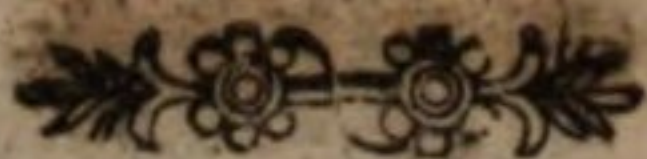
Dieser Satz ist ein evidentes Princip des Staatsrechts; eine in jeder Regierungsform ganz unerläßliche Wahrheit. Denn man nehme einmal an: die Meynung oder Ueberzeugung des Bürgers; die getroffene Anstalt sey überflüssig, willkührlich, überhaupt nicht nothwendig, binde ihn von der Pflicht des Gehorsams los; könnte da wohl der Staat bestehen? wäre es wohl möglich, den Zweck desselben zu realisiren? könnte das Ganze wohl auf den Beystand der Einzelnen; und der Einzelne auf den Beystand des Ganzen mit Gewissheit rechnen? wäre nicht der Staat einer völligen Anarchie Preis gegeben? wäre er nicht, durch die Sache selbst, wirklich schon aufgelöset? —

§. 19.

F o l g e s ä t z e.

Da die Reichskriegsgewalt ein wesentlichlicher Ausfluß der Reichshoheit ist (§. 18.); so erstreckt sie sich der Regel nach, wie letztere, auf das ganze deutsche Reich; also

a) auf



- a) auf *alle* es ausmachende Lande, Territorien und Besitzungen; auf das gesamte Reichsterritorium;
- b) auf *alle* sowohl mittel - als unmittelbare Reichsunterthanen.
- c) Auf *alle* Anstalten und Vorkehrungen, welche zur Handhabung und Beförderung der äusseren Sicherheit des Reichs nothwendig sind, oder nothwendig geglaubt werden.

Wer in vorkommenden Fällen das Gegentheil behauptet, behauptet eine Ausnahme, welche jedesmal, hier aber um so strenger bewiesen werden muss, da der Endzweck, die Erhaltung und Sicherheit des Reichs das erste Moment der Nationalglückseligkeit, also das erste und höchste Gesetz der Reichsregierung ist, dem alle übrige Gesetze, alle übrige Rechte, und Vorzüge untergeordnet sind, und seyn müssen.



§. 20.

Summarische Darstellung der Bestandtheile der Reichskriegsgewalt.

Dem deutschen Staat steht eine Kriegsgewalt in jenem ganzen Umfang zu, den ihr das natürliche Staatsrecht gegeben hat. Wäre dieser Zweig der deutschen Reichsregierung auch nur um ein einziges — zur Handhabung der äusseren Reichssicherheit erforderlichen Hoheitsrechtes geschmälert, so wäre ihr nicht möglich, *alle* zur Realisirung dieses ersten und wesentlichsten Theils der Reichswohlfahrt nothwendigen Mittel anzuwenden. Die Konstitution würde dem Oberherrn dieses Staats eine Pflicht auferlegt haben, ohne ihm das damit nothwendig zusammenhängende Recht einzuräumen; Pflicht ohne Recht ist Unsinn. Es ist nicht zu vermuthen, daß die deutsche Nation Ungereimtheiten in ihre Konstitution aufgenommen hat.

Die deutsche Reichskriegsgewalt zerfällt also, wie die hoheitliche Kriegsgewalt



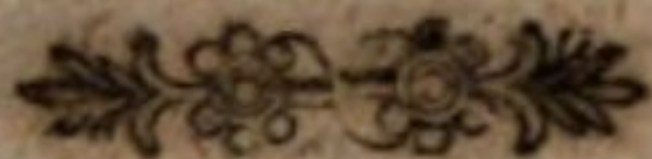
walt überhaupt, in zwey Hauptäste;
 I. *das Recht der Bewaffnung* (der Kriegsrüstung, *jus armandiae*) *d. i.* alle Anstalten und Vorkehrungen zu treffen, welche die Kriegsführung erfordert; und II. *das Recht der Kriegsführung* (*jus belligerandi*) *d. i.* über die Kriegsführung selbst zu ordnen, weil der Zweck ohne Mittel unerreichbar ist.

§. 21.

Die Anstalten, die zur Kriegsführung erfordert werden, reduciren sich auf zwey Momente: I. *Personen* und II. *Sachen*.

Die Personen sind die *Soldaten*; aus denen das Kriegsheer zusammengesetzt wird. Die Soldaten werden entweder *geworben*, *d. i.* für Sold und Lohn zu Kriegsdiensten angenommen, oder *ausgehoben*, *d. i.* Kraft ihrer bürgerlichen Pflichten zu denselben angehalten.

Das Reichsbewaffnungsrecht enthält also die Befugniß die Soldaten auszuheben, oder anzuwerben; aus ihnen ein Kriegsheer zu errichten; dieses in gewisse Klassen,



fen, in Regimenten, und Kompagnien einzutheilen, den Sold und Lohn, die Kleidung und Waffen der Soldaten, die Zeit und Art der Kriegsdienste, ob sie zu Pferd oder zu Fuß zu leisten, zu bestimmen, die Proportion der Reuterey zu dem Fußvolk festzusetzen. Die Officiere, sowohl Ober - als Unterofficiere, die hohe Generalität, insbesondere den obersten Feldherrn, den Reichsfeldmarschall u. d. gl. zu ernennen; ihre Unterordnung, ihren Rang und Sold, ihre Gewalt, ihre Pflichten und Rechte zu reguliren, u. d. gl. Wenn die ausgehobene und geworbene Miliz nicht zureichet, dem Feind zu widerstehen; so hat der, dem die Reichskriegsgewalt zusteht, das *Recht des allgemeinen Aufgebots* (*jus sequeleae armatae*), d. i. allen Reichsunterthanen, die nicht Soldaten sind, zu gebiethen, daß sie wider den Reichsfeind die Waffen ergreifen und fechten.

§. 22.

Die zur Kriegsführung nothwendigen *Sachen* (§. 21.) sind außer der Kleidung und



und den Waffen der gemeinen Soldaten und Officiere, a) *Geld.* b) *Proviant.* c) *Artillerie.* d) *Festungen und andere Schanz- und Bevestigungswerke.*

Die Reichskriegsgewalt enthält also das Recht

a) *Reichs- und Kreiskriegskassen* anzulegen, und die Art und Norme zu bestimmen, nach welchen die Beyträge dahin von den Reichsgliedern geliefert werden sollen.

b) *Magazine und Zeughäuser* zu errichten; die Artillerie, die Stärke, Anzahl, und die Arten des dazu gehörigen groben und leichten Geschützes anzuordnen, u. d. gl.

c) Neue Festungen, und andere Schanz- und Fortifikationswerke zu bauen, und die alten und zerfallenen auszubessern, und in Vertheidigungsstand wieder herzustellen; in den befestigten Oertern Besatzungen von Soldaten zu unterhalten, u. d. gl.



§. 23.

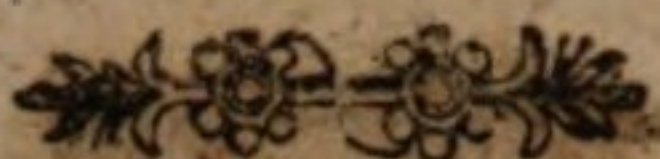
Das *Recht der Kriegsführung* (§. 20.) kann theils in Beziehung auf den Feind, mit welchem das Reich Krieg führet, theils in Beziehung auf das Reich selbst betrachtet werden.

In letzterer Hinsicht betreffen die hieher gehörigen Rechte theils den *Anfang des Kriegs* theils die *Kriegsoperationen selbst*, theils das *Ende* des Kriegs. Dahin gehören: Die Beschließung, Erklärung, und Verkündigung des Reichskriegs, die Erlassung der Abmahnungszirkularen, und Abrufungsbefehle (*dehortatoria* und *Avocatoria*) etc.

Die Bestimmung der Feindseligkeiten, welche gegen den Reichsfeind ausgeübt werden dürfen und sollen, die Anordnung der Bewegungen des Heers, die Entwerfung des Kriegsoperationsplans, die Ernennung der Soldaten und Kriegsbefehlshaber, durch welche die Kriegsoperationen ausgeführt werden sollen — ferner die Schließung eines Waffenstill-

D

stan-



standes, und des Friedens; dessen Bekanntmachung und Vollstreckung: etc. etc.

§. 24.

Diefs sind die eigentlichen Bestandtheile der deutschen Reichskriegsgewalt im *engeren* Sinn. Folgender summarischer Ueberblick möchte nicht ganz unangenehm und zweckwidrig seyn.

Die deutsche Reichskriegsgewalt enthält

I. das Bewaffnungsrecht — hieher gehören

A. Personen.

α) Eigentliche Soldaten.

αα) Gemeine Soldaten.

1) Stellung, und Unterhaltung der Reichsoldaten — Werbung und Aushebung derselben.

2) Sold, Kleidung, und Gewehr der Reichsoldaten.

3) Reichsmannschaftsfufs, Reichs- und Kreiskontingente, u. d. gl.

4) Pflichten und Rechte.

ββ) Of-

**ββ) Officiere**

- a) bey den Kompagnien — Ober- und Unterofficiere (Primaplana)
- b) bey den Regimentern.
- c) Die Reichsgeneralität.
 - 1) Ernennung.
 - 2) Befoldung.
 - 3) Rang.
 - 4) Pflichten und Rechte. etc.
 - 5) Subordination.

β) Personen, die zum Reichskriegsheer gehören, und eigentlich nicht Soldaten sind. Z. B.

der Reichsgeneralkriegskommissar
der Reichsgeneralauditeur etc.

B. Sachen.

- a) Errichtung einer Reichskriegs- Operationskasse.
- b) Errichtung der Magazine.
- c) Errichtung der Zeughäuser, Anschaffung der Artillerie, des groben und leichten Geschützes, der Feld- und Regimentstücke, des Belagerungsge-
schüt-



schützes, der Brucken, und der —
zur Schlagung derselben nöthigen Ge-
räthschaften;

d) Erbauung neuer — und Ausbesserung alter zerfallener Vestungen, u. f. w.

II. Das *Recht der Kriegsführung* §. 20.

Die in demselben begriffene Befugnisse betreffen

A. den Anfang des Kriegs.

a) Die Beschliefsung.

b) — Erklärung, und

c) Verkündigung desselben.

d) Die Erlassung der Avocatorien und Inhibitorien.

B. Die *Kriegsverrichtungen* selbst.

a) Bestimmung der auszuübenden Feind-
feligkeiten.

b) Entwerfung und Festsetzung des
Operationsplans.

c) Anordnung der Bewegungen des
Reichskriegsheers, der Schlachten,
und Belagerungen, u. f. w.

C. Das



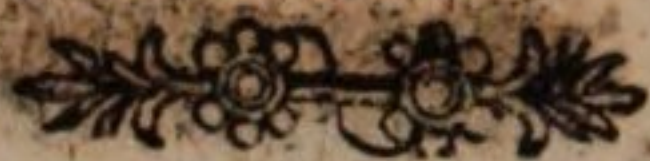
C. Das Ende des Kriegs.

- a) Schließung eines Waffenstillstandes.
- b) Schließung des Friedens, und dessen Vollziehung.

§. 25.

Allgemeine Bemerkung.

Dafs die §. 24. aufgezählten Rechte und Pflichten die deutsche reichshoheitliche Kriegsgewalt ausmachen. Darüber kann wohl kein gegründeter Zweifel entstehen; aber in der Ausübung zeigt sich ein merkwürdiger Unterschied: einige, jedoch minder wichtige, z. B. die Erlassung der Avocatorien und Inhibitorien sind Reservate des Kaisers; eines und das andere erfordert zur Rechtmäßigkeit der Ausübung, in gewissen Fällen und unter gewissen Umständen nur die Einwilligung der Kurfürsten; im übrigen aber ist die ganze Reichskriegsgewalt der Regel nach, selbst die Anordnung und Leitung der wichtigeren Kriegsverrichtungen und Operationen nicht ausgenommen, ein kaiserliches Kommi.



mitialrecht; zu deren rechtmässiger Verwaltung also die Berathung und Einwilligung sämmtlicher Reichsstände nothwendig ist. Alles dieses wird die folgende Abhandlung ausführlicher entwickeln, und auseinander setzen.

III.

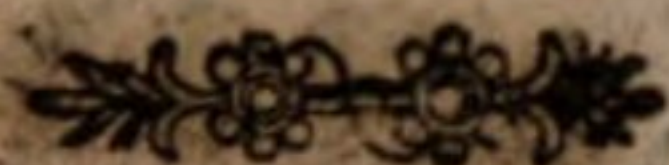
Anwendung der allgemeinen Reichsregierungsrechte auf das Reichskriegswesen.

§. 26.

U e b e r b a u p t.

Das Kriegswesen eines Staates ist eine aus sehr vielen und manchfachen Theilen, und Triebfedern zusammengesetzte, und mit den übrigen Zweigen der Regierung in engster Verbindung stehende Maschine. Wenn ihr Gang richtig, zweckmässig, und nach der Beschaffenheit der drohenden oder zu besorgenden Gefahr abgemessen, schnell, und langsam, so wie es die Umstände erfodern, seyn soll, so muss ihn der Oberherr durch Verordnungen

gen



gen mancherley Art ordnen und leiten; er muß, da er allein unmittelbar alle mit dem Kriegswesen verknüpfte Arbeiten und Verrichtungen nicht besorgen kann, Feldherren, und Officiere — denen er die Ausübung der Kriegsgewalt anvertraut, ernennen; und andere nöthige Kriegsbeamte anstellen; ihre Rechte, und Pflichten, und die Gränzen ihrer Amtsgewalt durch Instruktionen bestimmen, u. d. gl.

§. 27.

Aber alle diese Anordnungen werden einen weisen, vorsichtigen, und thätigen Regenten noch nicht beruhigen: er wird und muß auch nachsehen, ob und in wie ferne sie befolgt werden. Er muß und wird also sich von Zeit zu Zeit Berichte über den Zustand des Heers, der Zeughäuser und Magazine erstatten — sich Musterungslisten u. d. gl. vorlegen lassen: überhaupt muß er also die ihm anvertraute anordnende und gesetzgebende, vollstreckende, und oberauffehende Staatsgewalt nach ihrem ganzen Umfang — auf
das



das Kriegswesen ausdehnen; weil sonst der zur Wohlfahrt der Nation so nothwendige Zweck der äusseren Sicherheit nimmermehr wird erreicht werden können: jene Gewalten sind also in diesem Gesichtspunkt als wesentliche Theile der Kriegsgewalt im weiteren Sinne, anzusehen.

§. 28.

Deutschlands Oberherr hat also, wie jeder andere unabhängige Staat, das Recht und die Pflicht

a) *Kriegsverordnungen*, sowohl allgemeine als in einzelnen vorkommenden Fällen, also sowohl *Reichskriegsgesetze* zu geben, als *Reichskriegsordres* zu stellen.

b) *Kriegsbündnisse* mit auswärtigen Mächten zu schliessen, u. d. gl.

c) *Moderationen* der Matrikularanschläge sowohl in Geld als Mannschaft oder gänzliche Befreyung davon zu ertheilen, u. d. gl.

d) Die



- d) Die Gerichtsbarkeit in den militärischen Verbrechen anderen aufzutragen, ihre Grenzen, und ihr Verhältniß zu den anderen höchsten Reichs- und landesherrlichen Gerichten zu bestimmen.
- e) Anderen die Ausübung der höchsten Reichskriegsgewalt anzuvertrauen.
- f) Reichskriegsbedienungen zu errichten.
- g) Und durch Instruktionen die Rechte und Pflichten derselben zu bestimmen.
- h) Musterungen der Truppen anzuordnen; Musterungslisten abzufodern, und überhaupt Berichte über den Zustand des Reichskriegswesens sich vorlegen zu lassen etc. etc.

Einige dieser Reichshoheitsrechte werden schon hier als an dem schicklichsten Orte eine zweckmäßige Erläuterung empfangen.

§. 29.

Reichskriegsgesetze. Ihre verbindende Kraft.

Der Zweig der Reichshoheit, welcher in der Gesetzgebung und überhaupt
in



in der Anordnung und Einrichtung alles dessen bestehet, was die Reichswohlfahrt erhält und befördert, äussert in Absicht auf das Reichskriegswesen seine Thätigkeit.

- a) Durch *Reichskriegsgesetze*.
- b) — *Reichskriegsordres*.
- c) — *Reichskriegsbündnisse*.

§. 30.

Die *Reichskriegsgesetze* sind solche Reichsgesetze, welche das Reichskriegswesen angehen.

Die Richtigkeit dieses Begriffs sichert nachstehende Sätze vor allem gegründeten Widerspruch.

1) Die Reichskriegsgesetze ordnen über Anstalten und Vorkehrungen, welche die öffentliche äussere Sicherheit des Reichs zu erhalten und zu befördern fähig sind. (§. 18.)

2) Da sie Reichsgesetze sind, so erstreckt sich ihre verbindende Kraft auf alle Reichsunterthanen ohne Ausnahme; auf das ganze Reichsgebieth, und
auf



auf alle Sicherheits- und Vertheidigungsanstalten, sie mögen jtz schon vorhanden seyn, oder erst noch angeordnet und getroffen werden; also auch auf alle im Reich vorhandene Vestungen; sie mögen *Reichs* - oder *Landes* - Vestungen seyn.

3) Sie sind zwar an sich und unmittelbar nur solchen Personen gegeben, und als Verhaltensnorme vorgeschrieben, welche zur Reichsmilitz gehören;

4) Dennoch verbinden sie in Kriegssachen auch alle übrige, un- und mittelbare Unterthanen des Reichs, die nicht Soldaten sind, noch sonst in näherer Verbindung mit dem Reichskriegsheer stehen; so, dass a) sie den Reichskriegsgesetzen, in so ferne diese zugleich sie mit betreffen, oder ein Zusammenfluss besonderer und ungewöhnlicher Umstände die Befolgung derselben von ihrem Willen abhängig macht, zu gehorsamen schuldig sind, b) und jene, denen diese
Ge-



Gefetze unmittelbar gegeben sind, an deren Beobachtung nicht hindern, noch sie davon auf irgend eine Weise abhalten dürfen.

5) Die verbindende Kraft dieser Gattung von Reichsgesetzen wächst in dem Verhältniß, in welchem überhaupt, und im gegebenen Fall insbesondere, die äußere Sicherheit des Staats zu den übrigen Zweigen der Reichswohlfahrt stehet. Daher da diese Sicherheit das *erste* Moment der letzteren ist;

6) ist die Uebertretung, oder Nichterfüllung wie der Kriegsgesetze überhaupt, so auch der Reichskriegsgesetze durchaus mit scharfen — meistens mit Leibes- und Lebensstrafen belegt, und folglich sind diese Reichsgesetze, besonders in wie fern sie sich auf einen wirklichen Reichskrieg beziehen, dem größten Theile nach *peinliche* und zwar *Pönalgesetze*.

7) Ob also gleich ihr gesetzliches Ansehen, vorzüglich bey einem wirklichen

chen



chen Reichskrieg sich äußert, oder ihrer Bestimmung nach sich äußern sollte; so ist doch die Fortdauer desselben nicht auf die Fortdauer des wirklichen Reichskriegs eingeschränkt.

8) Weder die Reichskreise noch die einzelnen Stände können Kriegsgesetze geben, welche den Reichskriegsgesetzen kontradiktorisch entgegen gesetzt sind; weil die Reichskriegsgewalt die höchste ist, der alle übrige Arten von Kriegsgewalt, die in dem deutschen Reich existiren mögen, untergeordnet sind; und seyn müssen.

9) Daher mag es kommen, daß die Kriegsgesetze der Reichsstände und Kreise mit den Reichskriegsgesetzen fast wörtlich übereinstimmen. Ein Beweis hievon ist der Artikel von Uebergabe der Vestungen an den Feind. Wovon unten.

10) Sollte jedoch irgend ein Kriegsgesetz eines Reichstandes oder Reichskreises einem Reichskriegsgesetz kontradiktorisch widersprechen; so ist,
bey



bey einem defsfalls eintretenden Kollisionsfall, das erste ganz unverbindlich, also keine wahre Kollision vorhanden; oder wenn man auch das Daseyn einer wahren Kollision annehmen will, so ist es evident, dass dem Reichskriegsgesetz allemal der Vorzug gebühret. Denn der nothwendige Zweck, der durch das Gesetz erhalten werden soll, ist die einzige Stütze, auf der die verbindende Kraft desselben ruhet. Je gröfser also, umfassender, wichtiger dieser Zweck ist, desto gröfser, stärker, und wichtiger ist die Verbindlichkeit des Gesetzes. Das Reichskriegsgesetz beabsichtigt nun die Sicherheit und Ruhe der gesammten Nation, das Territorialkriegsgesetz nur die eines, und zwar geringen Theils derselben. Also ist die aktive Verbindlichkeit des Reichskriegsgesetzes weit stärker, höher, heiliger, und dringender, als die des Territorialkriegsgesetzes. Also muss dieses im Kollisionsfall nach
den



den allgemein anerkannten Principien der Moralphilosophie offenbar nachstehen. Das Wohl von 25 Millionen Menschen, sagt Garve *n)*, ist mehr werth, als das von 1000 Menschen: und eine zahlreiche Nation muß bey der Kollision ihrer Vorthteile mit den Vorthteilen kleiner Völkerschaften den Vorzug haben.

Der Satz erhält noch mehr Evidenz, durch die Bemerkung, daß die Kriegsgewalt, welche den Reichsständen und Reichskreisen zustehet, nur eine vertretende — vom Oberherrn des Reichsübertragene also diesem auch *in dieser* Hinsicht untetgeordnete Gewalt ist. (§. 13.)

§. 31.

E i n t b e i l u n g.

Die Kriegsverordnungen überhaupt
I. beziehen sich entweder auf Friedens- oder wirkliche Kriegszeiten; die letzteren

ren

n) In der Abh. über die Verbindung der Moral mit der Politik.



ren kann man *Kriegsverordnungen* im *strengen* Sinn nennen. Diese Eintheilung trifft auch bey den Reichskriegsgesetzen zu, jene, welche auf einen wirklichen Reichskrieg Beziehung haben, sind die merkwürdigeren; und verdienen vorzüglich die Aufmerksamkeit des Staatsrechtsgelehrten.

II. Die Reichskriegsgesetze betreffen entweder einen besonderen Gegenstand des Reichskriegswesens oder nicht; *jene* erhalten von daher verschiedene Benennungen: sie sind Verpflegungs - Disciplin - Marsch - Fouragierordnungen u. d. gl.

Diese sind *theils* vor dem gegenwärtigen Reichstag *theils* während demselben gegeben worden.

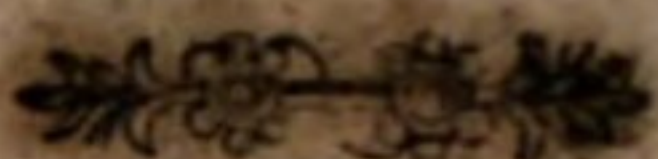
Unter den Ersten sind vorzüglich zu bemerken:

Die Reichsexekutionsordnung von 1555.

Der R. A. zu Regensburg von 1641.

Der R. A. von 1654. u. f. w.

Die



Die vorzüglicheren Reichsschlüsse, welche während dem gegenwärtigen Reichstag zu Stande gekommen sind, und das Reichskriegswesen betreffen, sind von dem Jahr 1664. 1669. 1672. 73. 74. 75. 76. 1681. 1682. 1702 — 1706. dann 1733. 1734. etc. *

* In Pachners Sammlung der Reichsschlüsse Iter bis IVter Th.

§. 32.

Aufzählung einiger Reichskriegsgesetze die eine besondere Benennung erhalten haben.

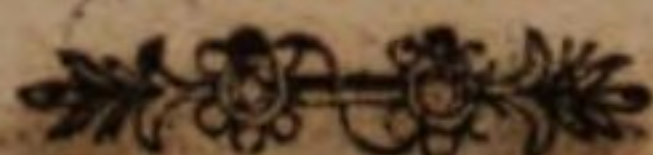
Unter den Reichskriegsgesetzen, welche eine besondere Benennung erhalten haben, und zum Theil einen bestimmten Gegenstand des Reichskriegswesens betreffen, sind vorzüglich zu bemerken:

1) Kaisers Friedrichs III. und des heil. röm. Reichs Heersordnung wider die Türken v. 1486.

2) Kaisers Maximilians I. Articulsbriefe v. 1508.

E

3) Ar-



- 3) Articul und Freyheiten der löblichen Artillerie, und deren Zugethanen von Kaiser Karl V. bestättigt.
- 4) Kaisers Maximilians II. und des heil. röm. Reichs Reuterbestallung; item von Bestallung des Felds, erneuert. Reuterrecht, und der deutschen Knechte Articul sammt Verzeichniß etlicher Punkte obermeldter Bestallung und Articulu anhängig, v. 1570.
- 5) Kaisers Ferdinandi III. Befehl, die Wiederherstellung der zerfallenen Kriegsdisciplin unter den Kaiserlichen und Reichsvölkern betr. v. 1647.
- 6) Kaisers Ferdinandi III. Articulsbrief v. 1642.
- 7) Revidirt und verbessert von Kaiser Leopold. 1665.
- 8) Articulsbrief für die Reichsvölker von 1672. o)

9) Ar-

o) Er wurde in den drey Reichskollegien den 16. Nov. 1672 verglichen und den 16. Aug. 1673 diktirt.

Sieh Pachner I. 634. 659.

Und



- 9) Articulsbrief, wornach sich die Reichs-armee sowohl in Garnisonen als in Kampagnen halten soll v. 1682.
- 10) Kriegsordnung und Disciplinspunkte, so bey der kaiserlichen und des heil. röm. Reichs Armee zu beobachten publicirt worden, a. 1707.

Verpflegungs - Ordonnanzen.

- 11.) *Ordnung* wie es mit der *Verpflegung der Soldaten* zu Ross und Fuß im heil. röm. Reiche, in Quartieren, Garnisonen, zu Feld und an allen Orten, wo sie gleich wären, und sich in Ihrer Maj. Kaiser Ferdinand II. und der assistirenden Kurfürsten und Stände Diensten aufhalten möchten, observirt und gehalten werden soll, von 1630.
- 12.) Kaisers Ferdinand III. *Verpflegungs-Ordonnanz*, welche auf vorher gepflogene

E 2

Kom-

Und genehmigt von dem Kaiserl. des an die
kaif. Kommission erlassenen Rescripts d. d.
Wien 19. und diktat. 29. December 1673.
Pachner I. 686.



Kommunikation mit Kurfürsten und Ständen des heil. röm. Reichs gemacht worden a. 1640.

13) Gemeine Reichsverpflegungsordonnanz dictat. 7. März 1664 und als Norm vorgeschrieben im Reichschluß dict. 16. Maji 1664. (bey Pachner I. Th. S. 70. und 97.)

14) *Verpflegungs - Ordonnanz*, wie die zu der geschlossenen Provisional - Reichsverfassung bestellte Generalität und Generalstab sowohl als auch die Obristen, sammt den nachgesetzten Officieren, bey erfolgendem Feldzug monatlich zu besolden, v. 1672. p).

15) *Verpflegungsordonnanz* dictat. 13. Febr. 1675.

16) *Fouragir - Ordnung*, nach welcher sich die Reichs - und alliirte Armee auf dem Reichsboden zu halten, von 1712.

March.

p) Pachner I. 791. und 586.



Marſchb Ordnungen.

16) *Marſchbreglement*, wie ſolches mit der kaiſerlichen Hofkriegskammer zu Wien d. 18 Febr. 1701 nachgehends aber unter verſchiedenen affociirten Reichskreifeſen verglichen worden; und wornach ſich alle durch den fränkifchen Kreis marſchierende Kaiſerliche, auch eigene Reichs - und Kreisvölker, in den — den Fürſten und Ständen beſagten Kreiſes angehörigen Orten und Landen auf den auskommenden Märſchen zu verhalten haben, von 1702.

17) Der drey Reichskollegien auf dem Reichstag zu Regensburg Schluſs, wie die Kriegsverfaſſung bey der Reichsarmee, inſonderheit bey den Operationen, Märſchen und Remärſchen, auch mit Herſtellung der Reichskontingentien und anderer Nothwendigkeiten zu beobachten, v. 1704.

18) *Marſchbreglement* errichtet mit Herzog Eugen von Savoyen d. d. Speyer den 4ten Nov. 1711.

(Bey Lünig Corp. Jur. Mil. S.)

19) Kai-



19) Kaiser Karls des VI. *Marschreglement* publicirt den 28ten Oktob. 1712. (in Pachners Samml. 3. Th. S. 528.)

Diese zwey Marschordnungen sind durch die ratificirte R. G. A. vom 22ten Juli 1713. und vom April 1734. in den Rang wahrer Reichskriegsgesetze erhoben worden.

§. 33.

Reichskriegsordres.

Ein Ausfluß der anordnenden Reichskriegsgewalt sind die *Reichskriegsordres*, wodurch verordnet wird, was in bestimmten auf das Reichskriegswesen sich beziehenden Vorfällen geschehen oder nicht geschehen solle: Sie sind *Kriegsordres* im strengen Sinn, wenn sie dahin gehen, daß ein gewisses auf das Kriegswesen sich beziehende Geschäft, von dem, an welchen sie gerichtet sind, ausgeführet werde. Z. B. wenn einem Officier und dem seinem Kommando anvertrauten Truppenkorps die Belagerung einer Vestung, das Recognosciren



ciren des Feindes u. d. gl. aufgetragen wird.

Da die Reichskriegsgesetze das Kriegswesen *überhaupt* betreffen; so ist es von selbst einleuchtend, wodurch sich von denselben die Reichskriegsordres unterscheiden.

§. 34.

Die Reichskriegsordres werden entweder von dem Reichskriegsoberherrn selbst oder von dem — von demselben aufgestellten Kriegsbefehlhaber ertheilet. Beyde haben für den, dem sie gegeben werden, eine gleich verbindende Kraft, die in Ansehung der Kriegsordres erster Art auf der höchsten, in Ansehung jener der zweyten Art aber auf der vertretenden (*potestas bellica vicaria*) Kriegsgewalt, und deren erweislich geschehenen Auftrag des Oberen ruhet.

Hieraus ergiebt sich der Folgesatz wie von selbst, daß wenn die Reichskriegsordres der ersten oder zweyten Art mit den Kriegsordres des Landesherrn oder Reichskrei-



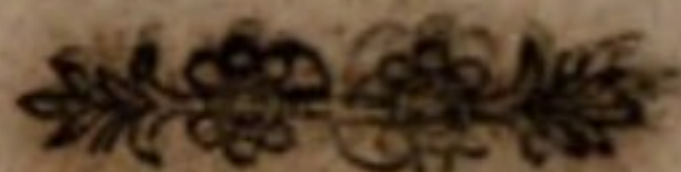
kreifes in Kollision kommen, jene den Vorzug haben; in dem hier eben dieselben Gründe Statt finden, kraft welcher die mit den Reichskriegsgesetzen kollidirenden Territorialkriegsgesetze nachstehen müssen. (§. 30. N. 10.)

§. 35.

Bündnißrecht des Reichs.

Die in der Reichskriegsgewalt enthaltenen Rechte erschöpfen nicht den ganzen Umfang derselben; und die jeder Staatsregierung anvertraute Mittel, um die große Absicht, Erhaltung und Sicherheit der Nation, zu realisiren.

Unter denselben behaupten die *Bündnisse* nicht die letzte Stelle. Die wechselseitigen Verbindungen, und die so innig und allgemein in einander geschlungenen Angelegenheiten der Nationen, die wenige Achtung für die Gerechtigkeit, für Recht, und Pflicht, die ungelückliche Vergrößerungs- und Habsucht, überhaupt die verkehrten, machiavellistischen, die Ruhe und Sicherheit der Völker untergrabenden Grundsätze



sätze der heutigen Kabinettpolitik nöthigen die mächtigsten Nationen, durch Verträge sich theils der Freundschaft — theils im Fall eines Angriffs des Beystandes anderer Staaten zu versichern.

Die jetzige Lage, und die so sehr sich durchkreuzenden Staatsinteressen der europäischen Kabinete haben daher die Bündnisse in den Rang der — zur Handhabung der äusseren Sicherheit unentbehrlichsten Maasregeln erhoben. Das Bündnissrecht der Staaten ist also eines der wichtigsten Hoheitsrechte, und kann folglich der deutschen Reichsstaatsregierung nicht bezweifelt oder widersprochen werden.

§. 36.

R e i c h s g e s e t z e.

So ein wichtiger Zweig der Staatspolitik die Bündnisse sind; so nothwendige Mittel sie auch geworden sind, das äussere Staatsinteresse der Völker zu wahren, und zu befördern; so wenig haben die Repräsentanten der deutschen Nation von jeher Gebrauch davon zu machen für gut



gefunden. Ihre ganze Politik konzentriert sich, wie es scheint, in dem Bestreben, dem Kaiser wie überhaupt, so auch hier, nur ja recht enge Fesseln anzulegen.

Ueber dieses reichshoheitliche Recht ordnen und verfügen folgende Reichsgesetze:

Landfriede von 1495.

§. 7. Auch sollen wir und unser lieber Sun, Erzherzog Philips, auch unser Kurfürsten, Fürsten und Ständ des Reichs, on Wissen und Willen gemeiner jährlichen Versammlung keinen Krieg oder Vehde anfahen, noch enig Püntnuß oder Eynigung mit fremden Nacionen oder Gewällten machen, die dem Reich zu schaden Nachtail oder wider sein möchten.*

* N. Samml. der R. A. 2 Th. Seite 12.

Instr. Pac. Osnabr. v. 1648.

Art. VIII. §. 2.

Gaudeant sine contradictione jure Suffragii in omnibus deliberationibus super negotiis imperii, praesertim ubi leges ferendae — nec non ubi pax aut foedera facienda — nihil horum aut quicquam simile post-



posthac unquam fiat vel admittatur, nisi de comitali liberoque omnium imperii statuum Suffragio et consensu.

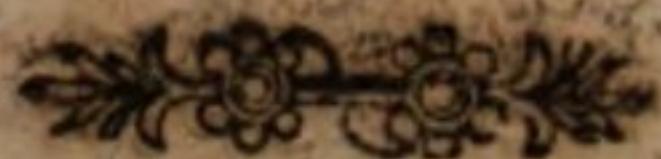
Projekt der beständigen Wahlkapit.

Art. VI. Der regierende römische Kaiser soll und will auch vor sich selbst, als erwählter römischer Kaiser, in des Reichs Händeln keine Bündniss oder Eini- gung mit anderen inn- oder außerhalb des Reichs machen; er habe dann zuvor der Kurfürsten, Fürsten und Stände Bewilli- gung auf einem Reichstag hiezu erlanget. Wann er auch inskünftig seiner eignen Lande halber einige Bündniss machen würde, so soll solches anderer Gestalt nicht geschehen als unbeschädigt des Reichs und nach Inhalt des Instrumenti Pacis.

* N. S. der R. AA. IV. Th, S. 237.

Wahlk. Kaisers Joseph II. Art. VI.

§. I. Wir S. u. W. auch als erwählter römischer König nach angetretener unse- rer kaiserl. Regierung vor uns selbst in des Reichs Händeln keine Bündniss oder
Eini-



Einigung mit anderen inn - oder auſſerhalb des Reichs machen, wir haben dann zuvor der Kurfürſten, Fürſten und Stände Bewilligung auf einem Reichstag hiezu erlanget.

§. 2. Da aber ſalus publica et utilitas eine mehrere Beſchleunigung erforderte, da ſollen und wollen wir aller Kurfürſten ſämmtliche Einwilligung zu gelegener Zeit und Mahlſtatt und zwar auf einer Kollegialzuſammenkunft, und nicht durch abſonderliche Erklärungen, bis man zu einer allgemeinen Reichsberathſchlagung kommen kann, wie ſonſten in allen anderen des Reichs Sicherheit und ſtatum publicum koncernirenden Sachen, alſo auch vornemlich in dieſer, zuvor erlangen.

§. 3. Wann Wir auch künftig Unſerer eigenen Lande halber einige Bündniß machen würden, ſo ſoll ſolches anderer Geſtalt nicht geſchehen als unbeſchädigt des Reichs und nach Inhalt des Inſtrumenti Pacis.

Damit ſtimmt die W. K. Leopold II. und Franz des II. überein.



§. 37.

G r u n d s ä t z e.

In den §. 36. ausgezogenen Reichsgesetzen liegen nachstehende Grundsätze:

1) Vor dem westphälischen Friedensschluss scheint das Recht des Kaisers, im Namen des Reichs Bündnisse mit auswärtigen Mächten zu schliessen, nicht an die Berathung und Einwilligung der Reichsstände gebunden gewesen zu seyn. Dieß folgt unmittelbar und nothwendig aus der im 7. §. des Landfriedens von 1495 beliebten Einschränkung dieses kaiserlichen Hoheitsrechtes, als welche sonst ganz überflüssig gewesen seyn würde; obgleich dadurch der Widerspruch, welcher an dieser Disposition des Landfriedens wahrgenommen wird, nicht gehoben ist. Denn die Bündnisse, sie mögen Angriffs- oder Vertheidigungsbündnisse seyn, stehen in untrennbarer Beziehung auf den Krieg, wozu sie die vorläufige Einleitung sind.

Wer



Wer das Recht des Kriegs nicht hat, kann auch das der Kriegsbündnisse nicht haben. Also können auch diese beyde Befugnisse in dem Maafs der Zuständigkeit niemals verschieden seyn.

2) Mehr Konsequenz und Zusammenhang haben also die neueren Gesetze, welche wie die Reichskriegsgewalt, so auch das Recht, Reichsbündnisse zu schliessen, in die Klasse der kaiserlichen Komitialrechte übertragen haben.

3) In eilenden Fällen zwar, da die Reichswohlfahrt mehr Beschleunigung erfordert, ist der Kaiser nach dem 2ten §. des VI. Art. der K. W. K. vor der Hand, und bis man zu einer allgemeinen Reichsberathschlagung kommen kann, nur schuldig, die *kollegialische* Einwilligung der Kurfürsten zur Schliessung eines Reichsbündnisses einzuholen. Aber einer Seits haben die Fürsten a. 1745 diesem §. der K. W. K. widersprochen; und derselbe hat daher für das gesammte Reich
keine



keine verbindliche Kraft; andrer Seits ist dieses Geschäft keine von jenen Staatsangelegenheiten, mit welchen die Publizität sich verträgt. Das Bündniß selbst, als das Resultat, mag immerhin kund werden; aber die Motiven und der Zweck desselben müssen Geheimniß bleiben. Es würde aber doch ihre Vorlegung, um die Einwilligung des Kurkollegiums zu bewirken nicht wohl vermieden werden können; also selbst das politische System des kaiserlichen Kabinetts enthüllt werden müssen. Diese Bedenklichkeiten treten bey den Verhandlungen der allgemeinen Reichsversammlung wie leicht zu erachten, noch in weit größerem Maasse ein.

Daher kommt es, daß seit 1648 die Bündnisse des Reiches mit auswärtigen Mächten eine so feltene Erscheinung sind. — So hat denn Deutschlands Konstitution das vorwürfige kaiserliche Regierungsrecht folgsweise völlig vernichtet; also die Nation um eine der — zur Selbsterhal-



haltung und Sicherheit des Reichs sehr nützlichen, ja nach der dermaligen politischen Lage Europens nothwendigen Maassregeln gebracht. Diefs ist gewifs kein unbedeutender Triumph der französischen Politik über Deutschland.

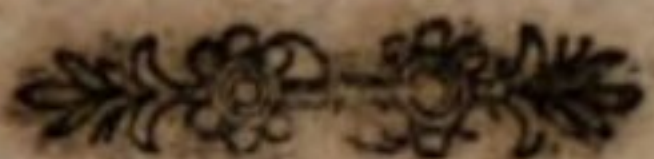
IV.

Rechte und Pflichten der Reichsofficiere und gemeinen Soldaten zu Ross und Fuss überhaupt.

§. 38. (a)

Die dem Soldatenstand in Deutschland zustehende besondere Rechte und Vorzüge werden in den Systemen der positiven Rechtsgelehrtheit vorgetragen; können also hier keinen Platz behaupten.

Die Pflichten der deutschen Soldaten sind theils *gemeine*, theils dem *Soldatenstand eigene*; und diese werden wieder in *allgemeine* und *besondere* abgetheilt. Die Erörterung der letzteren Gattung wird am schicklichsten der unten folgenden Theorie



sie vom *peinlichen Reichskriegsrecht* aufbehalten.

§. 38. (b)

Die *allgemeinen* Pflichten der Reichsfol-
daten und Officiere sind:

- 1) Dem Kaiser, dem Reich, und den gesammten Kurfürsten und Ständen getreu und gehorsam zu seyn, willig und redlich zu dienen.
- 2) Den verfassten Reichskriegsartikeln und was sonst ferner geordnet und befohlen werden möchte, nach aller Möglichkeit nachzukommen, und was darinn enthalten, willig zu thun und zu lassen.
- 3) In allen Gelegenheiten, darinn sie zum Dienst des Kaisers, des Reichs und gesammter Kurfürsten und Stände gegen dero Feinde gebraucht werden, so lang sie in ihrer Bestallung sind, mit Leib und Blut, es sey im Feld, oder in Besatzung, zu Wasser oder zu Land, in Zügen von oder zu dem Feind, in Schlachten, Wachten,

F

Stür-

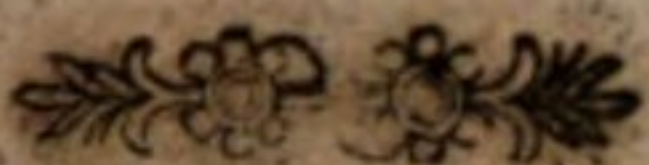


Stürmen, Scharmuzieren, überhaupt in Aktionen gegen den Feind, in Arbeiten, oder in was Gelegenheit es sonst seyn mag, tapfer und männlich Widerstand zu thun.

4) Und sonst insgemein dahin trachten, damit Sr. kaiserl. Majestät, des Reichs, und gesammter Kurfürsten und Stände Schaden und Nachtheil abgewendet, und hingegen dero Nutzen und Frommen gefördert werde.

5) Da auch ein Officier oder gemeiner Soldat etwas, welches Sr. kaiserl. Majestät, dem Reich, und den Kurfürsten, Fürsten und Ständen des Reichs zum Nachtheil gereichen kann, erfahren und vernehmen sollte, solches unverlängt dem Hauptmann, oder resp. dem Obristen, der es dann dem Feldmarschall hinterbringen soll, anzuzeigen.

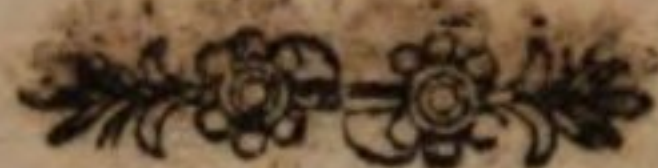
6) Den bestellten Feldmarschallen, und anderen Generalen, und allen ihren vorgesetzten Officiern, vom Höchsten bis zum Niedrigsten, oder denen, die



die sonst etwas zu befehlen haben, in alle dem, was sie ihnen zum Nutzen Ihrer kaiserl. Majestät, des Reichs, und gesammter Kurfürsten und Stände, wie auch der Armee, es sey in Aktionen gegen den Feind, in Wachten, Schlachten, Arbeiten, oder wie es sonst Namen haben mag, gebiethen werden, ohne Widerrede und Aufzug zu gehorsamen, ihnen — allen schuldigen Respekt zu erweisen, keine Meuterey zu erregen, noch Hand an sie zu legen.

7) Viel weniger aber von ihren Regimentern, Kompagnien, oder Fahnen, darunter sie gehören, es sey im Feld, im Lager, oder in Garnison zu weichen, oder sich heimlich zu verbergen, sondern dabey standhaft, so lang es ihr Leben und ihre Gesundheit zuläßt, zu verbleiben, und willig und gerne zu folgen.

8) Ueberhaupt sich also zu bezeugen, wie es getreuen, gehorsamen, ehrlichen und tapferen Soldaten wohl an-



stehet, und gebühret, und die Reichskriegsartickel sie mit mehrerem dazu anweisen.

- Pflichten der Reichsofficiere und gemeinen Soldaten zu Ross und Fuß von 1672. bey Lünig C. J. M. p. 113. Reichsarticulsbrief von 1682. §. 1.

§. 39.

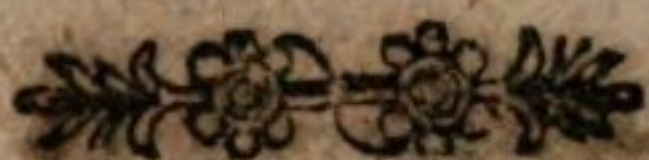
F o r t s e t z u n g.

Diese allgemeine Pflichten (§. 38.) machen die Formel jenes Eides aus, den die Reichskriegsmannschaft, sobald die Kreiskontingente sich in ein Kriegsheer vereinigen, und dieses ins Feld rückt, nach Maasgabe der Reichsgesetze ablegen soll.*

- Ratif. R. Schl. dict. 11. März 1704.: bey diesem Konjunctionsfall hätten der sämmtlichen Reichskreise zusammenstehende Truppen Ihro kaiserl. Majestät, auch Kurfürsten, Fürsten und Ständen des Reichs die a. 1682. concertirte Pflichten wirklich abzulegen, und wären sothane Pflichten von der hohen Generalität denselben abzunehmen.

Bey Pachner 3 Th. p. 110.

Da aber 1) diese Pflichten schon aus dem Begriff des Soldaten fließen; da 2) der



der Eid keine neue Pflichten erzeugt, sondern die vorhandenen nur verstärkt und erhöht; da 3) die Kriegsgewalt der Landesherren und Reichskreise jener des gesammten Reichs untergeordnet ist, folglich sie ihren Truppen keine Pflichten auflegen können, durch welche der nothwendige Zweck der äusseren Reichsficherheit verhindert oder gehemmt werden könnte; da 4) die Territorialkriegsgewalt, wenn man auch ihr die weitläufigsten Gränzen anweisen, und einräumen wollte, dennoch keinen anderen und höheren Zweck haben kann und darf, als den — das bedrohte, oder angegriffene und gedrängte Vaterland mit aller Macht, und allen Kräften schützen und retten zu helfen; da endlich 5) dieses der einzige Rechtsgrund ist, auf dem jene ruhet; so ist es wohl ganz klar und unwidersprechlich:

a) Dafs, wenn auch die zum Reichskriegsheer gestellten Truppen den von den Reichsgesetzen vorgeschriebenen Eid wirklich nicht abgeschworen haben, sie dennoch zur Erfüllung sowohl



wohl der (§. 38. b) aufgezählten allgemeinen — als auch der besonderen in dem Reichsarticulsbrief festgesetzten Pflichten gehalten sind.

b) Dafs eben dieses auch von jenen ständischen Truppen gilt, welche nicht als Bestandtheile des in das Feld rückenden Reichskriegsheers angesehen werden; und unter dem Namen der *Haustruppen* bekannt sind.

Man nehme das Gegentheil an; so giebt es Leute in Deutschland, Mitglieder des deutschen Staats, denen es erlaubt ist, einen nothwendigen Zweck auf irgend eine Weise, direkte, oder indirekte, durch Begehung oder Unterlassung zu hindern, oder zu hemmen; dem bedrängten Vaterlande nicht beyzustehen; vielmehr folgsweise die Angriffe, die Beleidigungen, die Verheerungen des Feindes zu begünstigen, und zu befördern, also ungestraft Verbrechen gegen den Staat, und die gesamte Nation zu begehen. Kann wohl so eine Ungereimtheit der Konstitution, die
ver-

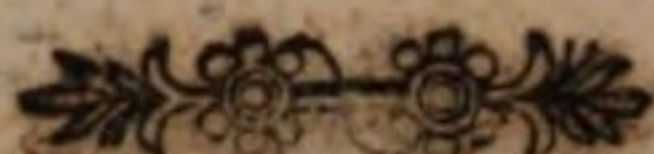


vernünftige Wesen zum Urheber hat, gemäß seyn? gewiß nicht.

Ob aber *der* Umstand, daß die Reichskriegsartickel der Reichskriegsmannschaft nicht vorgelesen und bekannt gemacht worden sind, oder daß aus den Kreiskontingenten kein eigenes — für sich bestehendes Reichskriegsheer zusammengesetzt, sondern sie zu den Haustruppen des Kaisers, oder zu den Truppenkorps anderer in denselben Krieg mitverwickelten Mächte gestoßen worden sind, oder die Truppen, die sich eines Reichskriegsverbrechens schuldig gemacht haben, keine Kreis- sondern sogenannte Haustruppen sind, in die Bestimmung der Kriegsstrafe Einfluss habe, ist eine andere Frage, die erst in der Theorie von dem peinlichen Reichskriegsrecht beantwortet werden wird.

§. 26.

Da die Officiere, hohe und niedere, ohne Ausnahme, auch Soldaten sind, so bedarf es wohl kaum einer Erwähnung, daß sie eben dieselben allgemeine Pflichten gegen



gegen den Kaiser und das gesammte Reich haben, wie die gemeine Reichsmannschaft. Denn bey ihnen treten ebendieselbe Gründe ein, sie mögen zu einem Kreiskontingent, oder zu den Haustruppen eines Reichsstandes gehören.

Insonderheit aber sind die *besonderen* Pflichten der Reichsgeneralität und anderer Kriegsbeamten durch eigene von Kaiser und Reich ertheilte *Instruktionen* ausführlich bestimmt und vorgeschrieben; die ich an den gehörigen Orten erörtern und auseinander setzen werde.

V.

Rechte und Pflichten der Reichsunterthanen in Beziehung auf das Reichskriegswesen.

(a)

Grundsätze aus dem natürlichen Staatsrecht.

§. 41.

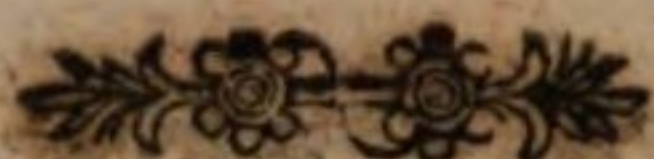
Die mögliche größte intellektuelle und sittliche Veredlung ist die Bestimmung und
der



der letzte Zweck des Menschen. Aber der Naturmensch ist in dem Streben nach diesem Ziel von zahllosen Gefahren bedrohet, und mit tausendfältigen Hindernissen umlagert, die theils von der leblosen Natur, theils von seinem Mitbruder, dem Menschen, herrühren.

Er wendet demnach alle seine Kräfte an, um sich, seine Rechte, sein Eigenthum gegen Angriff und Gefahr zu sichern; und zu vertheidigen. Er versieht sich mit Waffen und Gewehr, er bevestiget seine Wohnung, er nimmt mehrere in seinen Sold und Dienst, die sich ihm zur Leistung alles ihnen möglichen Beystandes in Vertheidigung im Fall eines Angriffs anheischig machen: und geschieht ein wirklicher Angriff, so widersteht er, und wagt sein Leben, um dieses und seine Rechte zu retten; er errichtet Bündnisse mit seinen Mitmenschen, um sich theils ihrer freundschaftlichen Gefinnungen, theils ihres Beystandes, im Fall des Angriffs, zu versichern.

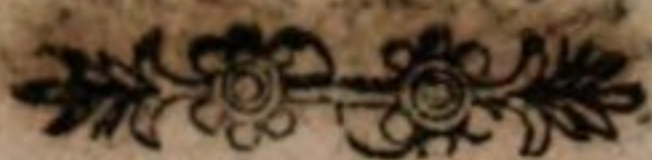
So



So erschöpft der im Naturstand lebende Mensch das ganze Maass seiner Kräfte, und dennoch ist er gegen die Gefahren und Angriffe nicht hinreichend sichergestellt. Gleiches Bedürfniss drückt Alle. Sie treten daher in eine bürgerliche Gesellschaft, als die einzige — zu ihrer Sicherung zureichende, mögliche Anstalt. Sie verbinden sich, der Einzelne für Alle und Alle — für den Einzelnen. Die Einzelnen sollen durch das Ganze und das Ganze durch die Einzelnen gesichert seyn. Um diesen Zweck zu realisiren entsagen die Einzelnen alle dem Gebrauch der angebohrnen Vertheidigungsrechte; die nun allein auf den Oberherrn, dem sie den unbedingten Gehorsam versprechen, Kraft der Grundverträge übergehen.

In dem Staat hat also nur der Oberherr die Pflicht und das Recht, die äussere Sicherheit des Ganzen und der Einzelnen zu bewirken, also die nothwendigen Mittel zu diesem Zweck in Ausübung und Anwendung zu bringen. Der Bürger ist ganz davon ausgeschlossen: und ihm ist

nur



nur die Pflicht des unbedingten Gehorsams belassen.

§. 42.

Wenn der Vereinigungsvertrag nicht etwas ganz Widerfinniges seyn soll, so giebt sich durch denselben Jeder mit *allen* seinen Gütern, Kräften, mit Leib und Leben dem Ganzen hin. Und eben darinn, daß jeder auch sein Leben für den Zweck des Staats wagt, liegt der Grund der Gleichheit aller Mitglieder der Verbindung.

Was würde der bürgerliche Vereinigungsvertrag seyn, wenn jeder Kontrahent für den Staat zu wirken und aufzuopfern verspräche, nur mit Ausnahme seines Lebens? Wahrhaftig die unzuverlässigste Spielerey bey der wichtigsten irdischen Angelegenheit des Menschen.

Eben hierinn liegt das Charakteristische dieser Verbindung, daß jeder sich zur Realisirung aller nothwendigen Mittel für den Zweck des Ganzen anheischig macht, und selbst sein Leben aufzuopfern ver-



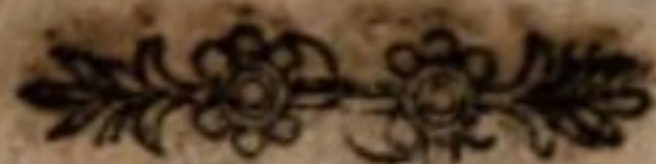
verspricht, wenn dieß Bedingung des Wohls des Ganzen seyn kann.

* Heydenreich nat. Staatsr. I. Th. S. 89.

§. 43.

Wenn also der Bürger von dem Feind bedrohet oder angegriffen wird, so hat er nicht das Recht, unter dem Vorwande der Selbsterhaltung seine *Urrechte*, seine angebohrnen Vertheidigungsrechte zu reklamiren. Könnte er dieses Recht haben, so wäre der ursprüngliche Vereinungsvertrag, und die darauf ruhende Staatsgesellschaft widersinnig, und eine lächerliche Spielerey. (§. 42.)

Wenn der Bürger fogar sein Leben für den Staat zu wagen und zu opfern schuldig ist (§. 42.); wie kann er wohl berechtiget seyn, unter Berufung auf das Unrecht der Selbsterhaltung das Ganze zu verlassen, und ihm die Verwendung aller seiner Kräfte für dasselbe zu verweigern? Weder das Ganze noch die Einzelnen würden auf die Realisirung des Zwecks mit Zuversicht und Gewissheit je rechnen können.



können. So eine Verfassung kann also nie der Gegenstand des Wollens vernünftiger Wesen also einer Nation oder deren Repräsentanten seyn.

§. 44.

Da dem Bürger nur die Pflicht des Gehorsams in allen — den Zweck des Staats respicirenden Anordnungen des Oberherrn belassen ist (§. 41.); so hat er nicht das Recht, Soldaten zu halten, Vestungen anzulegen, sich und die Seinige zu bewaffnen, (in wiefern die Art der Bewaffnung eine solche ist, welche nur gegen offenbare Feinde gebraucht wird), Krieg zu führen, Bündnisse mit benachbarten Mächten zu schliessen, es mögen Freundschaft - Off - oder Defensivbündnisse seyn. Alle diese Rechte sind ausschliessende Rechte und Pflichten des Oberherrn.

Man räume einer gewissen Klasse von Bürgern das Recht ein, Bündnisse welcherley Art mit den benachbarten Mächten zu schliessen. Es bleibt hypothetisch mög-



möglich, daß die benachbarte Macht, mit welcher ein Bürger aus der gedachten Klasse ein Freundschafts - Bündniß geschlossen hat, feindselige Anschläge gegen den Staat faßt, zu dem der das Bündniß schließende Bürger gehört. Der Krieg bricht wirklich aus. Der Bürger wird die Erfüllung seiner Pflicht, da sie gegen seinen vermeyntlichen Freund und Bundesgenofs gerichtet ist, erschweren; vielleicht, wenn er nur kann; gar versagen, weil er glaubt, in dem Bunde mit der benachbarten Macht, also in der Freundschaft mit ihr, das wahre zuverlässige Mittel seiner Erhaltung und Sicherheit gefunden zu haben.

Hiedurch entstehet Schwächung und Trennung der Vertheidigungskräfte des Ganzen, welche an sich schon dem Staat gefährlich ist, aber noch gefährlicher für ihn wird, und die Auflösung desselben früher oder später als unausbleibliche notwendige Folge erzeugen muß, wenn die — mit solchen Vorzügen begabte Bürgerklasse mächtig, und zahlreich ist.

Der



Der Fort- und Ausgang des Kriegs kann also nicht anders als unglücklich, und der endlich erfolgende Friede nicht anders als schädlich und schimpflich seyn. Beträchtliche Distrikte des Staatsgebiethes, auf welche eben die Anschläge des Feindes berechnet waren, müssen ihm abgetreten werden.

Der Staat ist für die Zukunft geschwächt. Diese Schwächung wird bey wiederholten feindlichen Angriffen immer mehr vergrößert, weil ihre Ursache fort-dauert. Die Kraft zu widerstehen, reicht nicht mehr zu; und der Staat wird endlich den erobrungsfüchtigen Nachbarn zur Beute; und der Bürger, der in dem Bündniss seine Erhaltung gesichert wähnte, unterjocht.

Das Bündnissrecht des einzelnen Bürgers ist also der unfehlbare Weg zu seinem, und des Staats, wozu er gehört, Verderben. Es kann also niemals, unter keinen Umständen mit dem Willen der gesammten Nation übereinstimmen; niemals ein Gegenstand des Wollens derselben also niemals
den

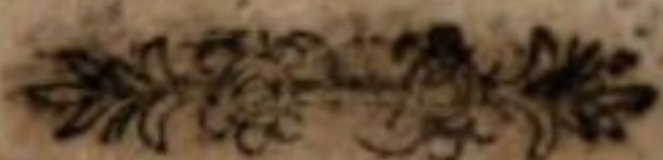


den natürlichen Grundgesetzen des Staats gemäß seyn.

Jene Konstitution also, welche einzelnen Bürgern; einer bestimmten Klasse derselben das Recht der Kriegsführung, und der Bündnisse einräumt, würde nicht als Muster von Weisheit, nicht als das Werk eines edlen, erhabenen Nationalcharakters, nicht als das Resultat eines aufgeklärten, und weisen Patriotismus gepriesen werden können; sie würde vielmehr als die unglückliche Frucht entweder des Mangels der politischen Einsichten, oder des verderblichen politischen Egoismus angesehen werden müssen.

§. 45.

Was bisher (§. 41 — 44.) von den einzelnen Bürgern gesagt worden, gilt auch von ganzen, gröfseren oder kleineren Gemeinheiten des Staats; weil auch auf diese eben dieselben Gründe, eben dieselbe Prämissen die vollste Anwendung finden. Denn auch sie sind Mitglieder des Staats, Bürger, und Unterthanen; also
auch



auch bey ihnen treten alle jene Sätze vollkommen ein, welche aus dem Zweck des Staats, und dem Begriff des Bürgers und Unterthans nothwendig fließen, und unabänderliche, untrennbare, wesentliche Folgen einer und eben derselben Ursache sind.

Sey auch der einzelne Bürger, seyen die Gemeinheiten übrigens mit grofsen, und ausgezeichneten Vorzügen von der Konstitution ausgeschmückt; diese mögen gleichwohl noch mit dem Zweck des Staats verträglich seyn; sie können es aber nie seyn, wenn sie sich auf die Erhaltung und Bewirkung der äufferen Sicherheit des Staats beziehen. Dieser Zweig der Staatswohlfahrt ist das erste Moment der Nationalglückseligkeit, das erste Glied dieser grofsen — verehrungswürdigen Kette; ist dieses einmal geschwächt, zerrissen, oder vernichtet, dann sind es auch die übrigen Bestandtheile des Gemeinwohls.

Noch läfst es sich mit den Regeln der Politik und Staatsweisheit vereinigen, dafs die Verwaltung der inneren Regierungs-



angelegenheiten einzelnen Bürgern und Gemeinheiten, so weit ihr Eigenthum, und der ihnen angewiesene Bezirk gehet, unter der Leitung und Aufsicht des Oberherrn, ohne Nachtheil der Wohlfahrt des Staats überlassen und übertragen werde, (§. 12.) aber mit der äusseren Sicherheit des Ganzen und mit der Vertheidigung des Staats gegen offenbare Feinde, und mit den dahin gehörigen nothwendigen kriegerischen Anordnungen geht dieses, wie gezeigt worden, schlechterdings nicht an.

Die zweckmässige Beforgung und Leitung dieses Theils des Nationalwohls fordert als nothwendiges — durch nichts anderes zu ersetzendes Mittel Einheit der Urtheilskraft, der Entschliessungen, Entwürfe, und Grundsätze, also auch der das Kriegswesen leitenden Person. Der geringste Widerspruch in Grundsätzen, der bey verschiedenen Personen so leicht möglich ist, die geringste Außerachtlassung des richtigen Principis des *äusseren* Staatsinteresse, dem alle Bündnisse mit auswärtigen Mächten genau entsprechen, und
auf

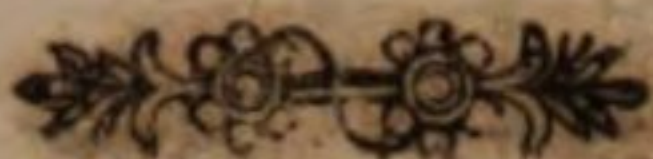


auf das pünktlichste untergeordnet seyn müssen, versetzt dem Staat die gefährlichste Wunde.

Die Vorschrift der Konstitution, daß dergleichen Bündnisse einzelner Bürger der Wohlfahrt, und dem äusseren Interesse des Staats nicht entgegenlaufen dürfen, ist widersprechend, und bey weitem nicht zulänglich; wenn die Beurtheilung dieses Punktes lediglich dem Ermessen und der Einsicht des einzelnen Bürgers anheimgegeben ist; und wenn also der Vertrag zu seiner Giltigkeit die Genehmigung des Staatsregenten nicht nöthig hat; *widersprechend*, weil das Bündniß *seiner Natur nach* den Bürger an der Erfüllung der ihm aufliegenden Bürgerpflichten hindert, (§. 44.) *unzulänglich*; weil dem Oberherrn in der gegebenen Voraussetzung das nothwendige Mittel ermangelt, den schädlichen Folgen des Bündnisses zuvorzukommen.

§. 46.

Diese Grundsätze sind nicht neu; unter den vielen Natur- und Völkerrechts-



lehrern, die sie vorlängst schon in ihre Systeme aufgenommen haben, will ich nur Vattel anführen; der in seinem Völkerrecht Tom. 2. §. 4. S. 2. 3. sich darüber erklärt wie folgt:

La nature ne donnant aux hommes le droit d'user de force, que quand il leur devient necessaire pour leur defense et pour la conservation de leurs droits; il est aisé d'en conclure, que depuis l'establissement des Sociétés politiques, un droit si dangereux dans son exercice n'appartient plus aux particuliers, si ce n'est dans ces rencontres, où la société ne peut les protéger, les secourir.

Dans le sein de la société, L'autorité publique vuide tous les differends des Citoyens, reprime la violence, et les voies de fait.

Que si un particulier veut poursuivre son droit contre un sujet d'une puissance étrangère il peut s'adresser au Souverain de son Adversaire, aux Magistrats, qui exercent l'autorité publique: et s'il n'en obtient pas justice, il doit recourir a son
pro-



propre souverain, obligé de le protéger. Il feroit trop dangereux, d'abandonner à chaque Citoyen la liberté de se faire lui-même justice contre les étrangers; une Nation n'auroit pas un de ses membres, qui ne pût lui attirer la guerre. Et comment les peuples conserveroient — ils la paix, si chaque particulier avoit le pouvoir de la troubler? Un droit d'une si grande importance, le droit de juger, si la nation a un véritable sujet de se plaindre, si elle est dans le cas d'user de force, de prendre les armes avec justice, si la prudence le lui permet, si le bien de l'Etat l'y invite; ce droit, dis-je, ne peut appartenir, qu'au Corps de la Nation, ou au Souverain, qui la représente. Il est sans doute au nombre de ceux, sans lesquels on ne peut gouverner d'une manière salutaire, et que l'on appelle Droits de Majesté. La puissance souveraine est donc seule en pouvoir de faire la guerre. —

Folglich ist auch die höchste Staatsgewalt allein befugt, die nothwendigen Mittel



Mittel zum Zweck zu bestimmen, und anzuwenden; also die zum Kriegswesen, und zur Erhaltung der äusseren Sicherheit des Staats nothwendigen Vorkehrungen und Anstalten anzuordnen. Der Bürger, der Unterthan des Staats ist also von allen den Rechten ausgeschlossen, deren Inbegriff die hoheitliche Kriegsgewalt genennt wird.

§. 47.

Alle und jede Mitglieder des Staates, Bürger, und Unterthanen desselben sind also verbunden:

a) Sich des Gebrauchs aller jenen Rechte, die zur hoheitlichen Kriegsgewalt gehören; also des Rechts der Bewaffnung sowohl als der Kriegsführung, nach seinem ganzen Umfang mithin auch der Schliessung von Off- und Defensivbündnissen mit Auswärtigen gänzlich zu enthalten.

b) Den Staat mit *allen* seinen Kräften zu vertheidigen; denn die gemeinschaftliche Vertheidigung, ist die erste, höch-



höchste, unabänderliche Absicht der Staatsvereinigung.

- c) Also alle jene Beyträge gerne, und willig abzugeben, welche der Souverän zur Vertheidigung des Staats nach Maasgabe der Konstitution fodert.
- d) Also auch auf den ersten Befehl des Souveräns die Waffen, deren er fähig ist, zu ergreifen; dem Feind unter der Anführung des Staatsregenten entgegen zu gehen, Gesundheit und Leben zur Erhaltung, Vertheidigung und Rettung des Vaterlands zu wagen.
- e) Das mit dem Feind kämpfende Heer mit Geld, Lebensmitteln, überhaupt auf jene Art, die der Souverän zu erkennen giebt, zu unterstützen.
- f) Den erlassenen Kriegsgesetzen des Staats den pünktlichsten Gehorsam zu leisten; nichts zu unternehmen, was denselben auf irgend eine Weise, direkte, oder indirekte, an sich, oder folgsweise zuwiderläuft, und, in so fern die Befolgung der Kriegsgesetze, welche eigentlich den Soldaten gege-



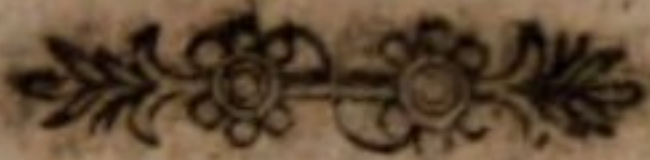
gegeben sind, durch Zusammenfluß außerordentlicher Umstände von einem Bürger *Nichtsoldaten* abhängt; dieselbe mit muthiger Beharrlichkeit so lange zu befolgen, bis die höchste dringendste Noth eingetreten ist, welche die Fortsetzung der Befolgung unmöglich oder offenbar unnütze machet.

g) Nichts zu thun, was dem Feind auf irgend eine Art nützlich seyn — und die Ausführung seiner feindseligen Entwürfe auf irgend eine Art erleichtern und befördern kann.

§. 48.

Diese Pflichten der Staatsbürger und Unterthanen sind desto heiliger, größer und wichtiger, je gewisser es ist, daß die äußere Sicherheit der erste und wesentlichste Bestandtheil des Nationalwohls ist; daß ohne jene dieses ewig nur ein Werk der Fantasie, und ein Traum bleibt, dessen Realisirung nimmermehr gehofft werden kann.

Wer



Wer also diesen Pflichten entgegenhandelt, ist ein Treulofer, ein unwürdiges Glied des Staats; ein Verräther des Vaterlands, ein Verbrecher gegen den Staat, ganz unwürdig der Ehre des Bürgers, der ihm als solchen ertheilten Vorzüge, und des von dem Staat zugesicherten Schutzes. Er ist ein direkter Feind des Staats, gegen den der Oberherr alle Maasregeln der Sicherheit und Vertheidigung, wie gegen den offenbaren Feind des Staats, zu ergreifen verpflichtet ist.

Jeder Bürger, welcher eine rechtswidrige Handlung begeht, durch deren Vervielfältigung der Staat in Gefahr gesetzt würde, ist sein *indirekter* innerer Feind: jeder Bürger, welcher den Staat unmittelbar durch eine Handlung verletzt, ist sein *direkter* innerer Feind. *

* Heydenreich nat. Staatsr. I. Th. S. 110. litt. a).

Der Bürger bricht denjenigen Vertrag, welcher ihn mit seinen Mitbürgern zu gemeinschaftlichem Zwecke vereinigt, ganz durch jede Verletzung, die das
Ganze



Ganze unmittelbar betrifft. Dießs ist ein Staatsverbrechen. *

* Heydenreich a. a. O. S. 124. §. 1.

Die gefährlichsten Verbrechen für den Staat sind diejenigen, wodurch der Bürger die Auflösung oder doch die Entkräftung des Staats unmittelbar beabsichtigt, bewirkt, befördert. Dießs ist Verbrechen der beleidigten Majestät des Staats, (Verbrechen der beleidigten Nation). Der Staatsverbrecher ist direkter Feind des Ganzen, und seine rechtliche Schuld ist die größte mögliche für den in der bürgerlichen Gesellschaft lebenden Menschen. Er wagt es jederzeit auf den Untergang des Ganzen, und demnach auf Leben, Eigenthum, Freyheit Aller, welche nur durch den Staat gesichert werden. Die innere Gesinnung des Staatsverbrechers kommt hier nicht in Betrachtung. **

** Heydenreich a. a. O. S. 135. §. 5.

§. 49.

Der Vereinigungsvertrag der bürgerlichen Gesellschaft ist ein zweyseitiger
(pac-



(*paſtum bilaterale*), und zwar *gleicher* Vertrag; weil aus demſelben die beyden Kontrahenten, der Bürger einer — und der Staat andrer Seits, ſich einander verbindlich werden. Er gereicht zu beyder Nutzen und Vortheil; weil der Einzelne durch das Ganze, und das Ganze durch die Einzelnen geſichert werden ſoll.

Er enthält alſo ein Verſprechen und Gegenverſprechen; iſt daher ein beſchwerender Vertrag (*paſtum oneroſum*). Wie nun nach dem Naturrecht jeder beſchwerende Vertrag, ſo wird auch dieſer Grundvertrag, worauf die bürgerliche Vereinigung ruhet, durch die von dem einen Theile begangene Treuloſigkeit (*perfidia*) aufgehoben. Der Treuloſe verliert alſo die aus dem Vertrag erworbenen Rechte, weil jeder beſchwerende Vertrag die auflöſende Bedingung: *Wenn der eine Theil nicht wider ſein Verſprechen handeln würde*, ſeiner Natur nach in ſich hält.

Die Treuloſigkeit aber kann von dem Bürger gegen den Staat ſowohl durch Begehung (*committendo*) als Unterlaſſung,



fung, sowohl direkte, als indirekte verübet werden; weil das Versprechen, welches der Bürger dem Staat gethan, und dieser angenommen hat, dahin geht, alles anzuwenden, was zur Vertheidigung des Staats beytragen kann, also alles zu unterlassen, und Nichts vorzunehmen, Nichts zu thun, was die Absichten und Entwürfe des Feindes auf irgend eine Art erleichtern und befördern kann. Wer aber das Gegentheil von dem thut, wozu er sich verpflichtet hat, begehet eine *Treulosigkeit*.

Wer also die Verwendung seiner Kräfte zur Abwendung der feindlichen Angriffe, und Gefahren ganz oder zum Theil verweigert, wer durch Unterlassung oder Begehung dieselbe erleichtert, und befördert, u. d. gl. bricht sein dem Staat gegebenes Wort, handelt gegen ihn treulos, und macht sich eines Unrechts schuldig, welches den Staat unmittelbar betrifft, *d. i.* ein *Staatsverbrechen*, ein Verbrechen der *beleidigten Nation* ist. Er macht sich also selbst, der Ehre des Bürgers, des Staats-



Staatschutzes, und seiner durch die Konstitution erhaltenen Rechte und Vorzüge verlustig; und ist selbst ein *direkter* Feind des Staats.

§. 50.

Die sehr wichtige Frage : ob und unter welchen Umständen der Bürger bey einem Krieg, den der Staat, dessen Mitglied er ist, führt, sich von dem Staat trennen könne, beantwortet Vattel * also:

* Droit des gens Tom. I. Liv. I. chap. 17. §§. 200. 201. 202.

Ein unabhängiges Volk, welches, *ohne Mitglied eines anderen Staates zu werden*, sich freywillig von ihm abhängig gemacht, oder sich gegen ihn in gewisse Verhältnisse von Unterwürfigkeit eingelassen hat, um *von ihm beschützt zu werden*, wird seiner Verbindlichkeiten, so bald ihm dieser Schutz mangelt, selbst durch das Unvermögen des Schutzherrn entledigt. **

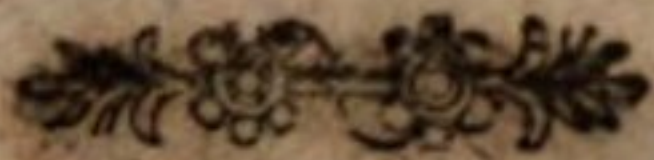
** Vattel a. a. O. chap. 16. §. 192. f.

Man



Man muß hieraus nicht schliessen, daß es sich eben so mit jedem Volk verhalte, welches sein natürlicher Souverän, oder der Staat, dessen Mitglied es ist, nicht so gleich und mit Erfolg schützen kann. Beyde Fälle sind sehr verschieden. In dem *ersten Fall* hat sich eine freye Nation einem anderen Staat nicht unterworfen, um an allen Vortheilen und Vorzügen desselben Theil zu nehmen, und unbedingt gemeine Sache mit ihm zu machen. Wenn ihr Letzterer so viel Begünstigung zufließen lassen wollte, so wäre sie ihm inkorporirt, und ein Bestandtheil desselben. Sie opfert einzig in der Absicht auf, um geschützt zu werden, ohne eine andere Gegengefälligkeit zu erwarten. Wenn also die einzige und nothwendige Bedingung ihrer Unterwerfung auf was immer für eine Art nicht erfüllt wird, so wird sie ihrer Verbindungen los, und die Pflichten gegen sich selbst verpflichten sie, durch anderweite Maasregeln für ihre Sicherheit zu sorgen.

Aber



Aber die verschiedenen Glieder eines und eben desselben Staats nehmen alle gleichen Antheil an den Vorzügen, Rechten und Wohlthaten, die er gewähret, und müssen ihn also beharrlich und ausdauernd unterstützen. Sie haben sich wechselseitig versprochen, vereint zu bleiben, in jeder Gelegenheit gemeine Sache zu machen. Wenn jene Staatsglieder, welche bedrohet, oder angegriffen werden, sich von den übrigen trennen könnten, um einer gegenwärtigen Gefahr zu entgehen, so würde jeder Staat bald zerstreut und vernichtet seyn.

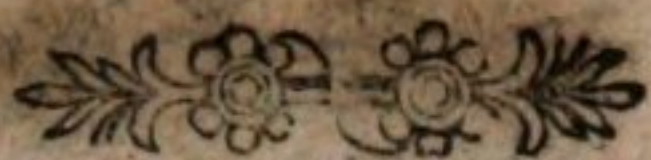
Also ist es dem Wohl der Gesellschaft und selbst dem — aller ihrer Mitglieder wesentlich, daß jeder Theil eher mit allen seinen Kräften dem gemeinschaftlichen Feind widerstehe, als sich von den übrigen trenne. Diefs ist folglich eine der nothwendigen Bedingungen der Staatsverbindung.

Die natürlichen Unterthanen eines Fürsten sind an ihn ohne einen anderen Vorbehalt, als den — der Beobachtung
der



der Grundgefetze, geknüpft. Sie find ſchuldig, ihm getreu zu bleiben, wie er, ſie gut zu regieren. Ihre Interellen ſind gemeinſchaftlich; ſie machen mit ihm nur *ein* Ganzes, nur *eine* Geſellſchaft aus. Es iſt alſo abermal eine weſentliche und nothwendige Bedingung der bürgerlichen Geſellſchaft, daß die Unterthanen mit ihrem Fürſten ſo lange, als es ihnen möglich iſt, vereint bleiben.

Wenn alſo eine Stadt, eine Provinz bedrohet oder wirklich angegriffen wird, ſo kann ſie, um ſich der Gefahr zu entziehen, ſich nicht von dem Staat, deſſen Mitglied ſie iſt, trennen, oder ihren natürlichen Fürſt verlaſſen, ſelbſt wenn er auſſer Stand iſt, ihr eine geſchwinde und kräftige Hilfe zu leiſten. Ihre Pflicht, ihre bürgerlichen Verhältniſſe verpflichten ſie, das Aeufferſte anzuwenden, um ſich in ihrem gegenwärtigen Zuſtand zu behaupten. Unterliegt ſie der Gewalt, ſo entbindet ſie die Noth, dieſes unwiderſtehlige Geſetz, von ihren erſten Verbindungen, und giebt ihr das Recht, mit dem Sieger



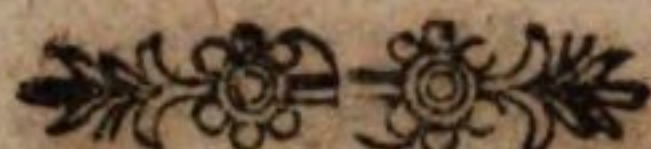
Sieger zu unterhandeln, um die möglich besten Bedingnisse von ihm zu erhalten. Wenn ihr nur die Wahl bleibt, sich ihm zu unterwerfen, oder zu Grunde zu gehen, wer wird wohl zweifeln, daß sie zu dem Ersten sich entschliessen könne, ja müsse? Dieser Entscheidung entspricht der heutige Gebrauch. *

* Aber leider! nicht in Deutschland.

§. 51.

Wer vermisst an Vattels Sätzen (§. 50.) die Evidenz? Wenn der Bürger, um sich der Gefahr zu entziehen, sich den Pflichten gegen die Gesellschaft, entziehen, von dem Staat sich trennen dürfte, so wäre desselben Zerstörung und Umsturz eine unausbleibliche Folge *q)*. Jenes Recht kann

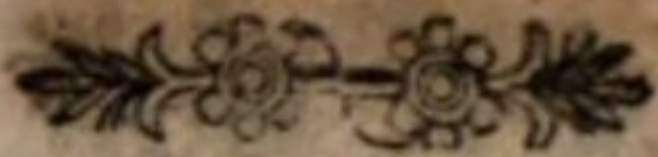
q) Schmalz natürl. Staatsrecht §. 63. Hierinn (in dem Obereigenthum des Staats) liegt 2) auch das Recht, daß ohne die Einwilligung der Gesellschaft kein Grundstück dem Staat von dem Eigenthümer desselben entzogen werden könne.



kann ihm also nur dann zustehen, wenn alles auf das äußerste gekommen ist.

Die höchste Pflicht, die der im Naturstand lebende Mensch gegen sich und die Seinigen hat, ist Selbsterhaltung, und
Si-

könne. Denn nicht nur alle übrigen rechnen auf die Gegenhilfe des Einzelnen bey ihrem Beystand gegen seine Gefahren; sondern auch dieser Einzelne rechnet bey seinen Hilfsleistungen auf die Gegenhilfe der Uebrigen gegen *alle* seine Gefahren. Es liegt also wirklich in dem Willen Aller, bey *allen* künftigen Gefahren sich zu Hilfe zu kommen, also sich *unzertrennlich* zu vereinigen; ferner aber, wenn man diese Bedingung der Unzertrennlichkeit (so fern nicht ausdrücklich nur auf eine gewisse Zeit der Verein geschlossen ist) als stillschweigend im Vereinungsvertrage liegend, nicht annehmen wollte; so müßte man annehmen, daß die ersten Paciscenten das Recht, in jedem Augenblick auszutreten sich vorbehalten hätten. Da nun alsdann ein jeder selbst im Augenblick der Gefahr, welche seinem Nachbar drohet, aus-treten könnte; so würde der ganze Vertrag den sinnlosesten Widerspruch enthalten.



Sicherheit: also sich und die Seinigen mit möglichster Anstrengung *aller* seiner Kräfte gegen den Feind zu vertheidigen.

Der Eintritt in den Staat hat ihm diese Pflicht nicht abgenommen: Nein! sie dauert fort: und er hat bey dem Eintritt — die treue und standhafte Erfüllung derselben dem Staat zugesichert: der Staat nahm diese Zusicherung an, und erwarb sich dadurch ein vollkommenes und Zwangsrecht auf die *ganze* Masse der Vertheidigungskräfte *aller* seiner Mitglieder. Nun hängt es nicht mehr, wie im Naturstande, von dem Ermessen der Letzteren ab, wie weit sie ihren Widerstand fortsetzen wollen: sie sind es dem Staat, der ganzen Nation schuldig, denselben mit *allen* Kräften zu leisten, und bis auf den Punkt es ankommen zu lassen, wo nur zwischen Unterwerfung und Untergang zu wählen ist; kann aber durch den Untergang der Stadt, das Ganze gerettet werden, so ist sie verpflichtet, den Untergang der Unterwerfung vorzuziehen. *

* Heydenreich I. Th. pag. 89. §. 9.



Eine andere eben so wichtige Frage, zu deren Erörterung hier wohl ein schicklicher Ort seyn möchte, ist diese: ob der Staat den Unterthanen den Schaden, den sie im Krieg erlitten haben, zu ersetzen schuldig, also der Unterthan befugt sey, diese Entschädigung Kraft eines vollkommenen Rechtes an den Staat zu verlangen? Von jenem Schaden kann wohl die Rede nicht seyn, den sich der Bürger durch eigene Schuld zugezogen hat; denn ihn trifft deßfalls der Grundsatz: *damnum quod quis sua culpa sentit, sentire non videtur*.

Vattel * erklärt sich hierüber also:

* Le droit des gens. Tom. II. Liv. III. chap. 15.
§. 232. S. 203.

„Il faut distinguer ici deux sortes de dommages; ceux, que cause l'Etat, ou le souverain lui-même, et ceux, que fait l'Ennemi. De la premiere Espèce, les uns sont causés librement et par précaution, comme quand on prend le champ,
la

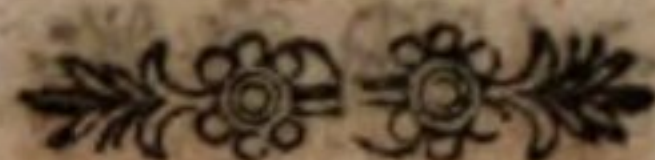


la maison, ou le jardin d'un particulier pour y construire le rempart d'une Ville, ou quelque autre piece de fortification; quand on detruit ses moissons, ou ses magasins, dans la crainte, que l'ennemi n'en profite. L'Etat doit payer ces fortes de dommages au particulier, qui n'en doit supporter, que sa *quote-part*. Mais d'autres dommages sont causés par une nécessité inévitable; tels sont, par exemple, les ravages de l'artillerie, dans une ville, que l'on reprend sur l'Ennemi. Ceux-ci sont des accidens, des maux de la fortune pour les propriétaires, sur qui ils tombent. Le Souverain doit equitablement y avoir égard, si l'état de ses affaires le lui permet; mais on n'a point d'action contre l'Etat, pour des malheurs de cette nature; pour des pertes, qu'il n'a point causées librement, mais par nécessité et par accident, en usant de ses droits. J'en dis autant des dommages causés par l'Ennemi. Tous les sujets sont exposés à ces dommages: malheur à celui, sur qui ils tombent. On peut bien, dans une société, courir ce
risque



risque pour les biens , puisq' on le court pour la vie. Si l'Etat devoit à rigueur ded ommager tous ceux , qui perdent de cette maniere , les finances publiques seroient bien ôt epuifées ; il faudroit que chacun contribuât du sien , dans une juste proportion ; ce qui seroit impraticable. D'ailleurs ces dedommagemens seroient sujets à mille abus , et d'un detail effrayant. Il est donc a présumer , que ce n'a jamais été l'intention de ceux , qui se font unis en Société.

Mais il est très conforme aux devoirs de l'Etat et du Souverain , et très equitable par conséquent , très juste même , de soulager autant , qu'il se peut les infortunés , que les ravages de la guerre ont ruinés , de même que de prendre soin d'une famille , dont la chef et le soutien a perdu la vie pour le service de l'Etat. Il est bien des Dettes sacrées , pour qui connoit ses devoirs , quoiqu' elles ne donnent point d'action contre lui.



§. 53.

Allein! die Gründe, welche Vattel für seine Sätze anführt, überzeugen mich nicht von deren Richtigkeit.

Der einzelne Bürger, eine einzelne Gemeinheit, Stadt, Provinz vermag nicht, den Angriffen äußerer Feinde hinreichenden Widerstand zu leisten. Also beruhet die Sicherheit des Staats folglich aller seiner Mitglieder, sowohl der Person als des Eigenthums ganz allein in der Summe ihrer in *eine* Masse vereinigten Vertheidigungskräfte.

Die Unterjochung eines Bestandtheils, die Trennung desselben von dem Ganzen ist also Verminderung der Totalsumme aller Kräfte, also des einzigen zureichenden Grundes der Sicherheit der Staatsglieder; die Folge steht und fällt mit ihrem Grunde; die Wirkung kann ohne Ursache nicht bestehen.

Der Angriff des einzelnen Bürgers, eines Bestandtheils des Ganzen, ist also Angriff aller, Angriff der ganzen Gesellschaft.



schaft. Eben so ist die Vertheidigung des einen Mitgliedes zugleich Vertheidigung aller. Der Schaden also, dem der Einzelne von dem Feinde erleidet, ist ein Opfer, dargebracht zur Rettung und Erhaltung der übrigen; es ist aber eben so ungerecht, daß der Wohlstand des Einen auf Unkosten des Anderen erhalten und befördert werde, als die Bereicherung desselben mit dem Schaden des Dritten.

§. 54.

Die einzige und vorzüglichste Absicht, welche bey dem Eintritt des Bürgers in die Staatsgesellschaft zum Grunde liegt, ist Selbsterhaltung und Sicherheit: unter diesem Beding entfagt er für sich der Ausübung der angebohrnen Sicherheits- und Vertheidigungsrechte; und verbindet sich gegen die ganze Gesellschaft, zu ihrer Vertheidigung im nöthigen Fall aus allen seinen Kräften selbst mit Gefahr, mit Aufopferung seines Lebens mitzuwirken: der Staat nimmt dieses Versprechen an, und sichert ihm hinwieder allen seinen Beystand



stand gegen Angriffe und Beleidigungen, also zur Abwendung der von daher zu beforgenden Beschädigungen zu; diese werden nun aber doch von dem Feinde ihm zugefügt; der Staat kann also seinem gethanen Versprechen nur durch Ersatz nachkommen; leistet er diesen nicht, so bricht er sein gegebenes Wort; weil er nicht alle Mittel, welche er in Händen hat, anwendet, um den Schaden von seinem Mitgliede zu entfernen.

Also ist der Bürger Kraft des wechselseitigen Gesellschaftsvertrags befugt, an den Staat, *d. i.* an dessen sämmtliche Mitglieder die vorwürfige Entschädigung als eine vollkommene Schuldigkeit zu fordern.

Ich kann es mit den wesentlichen Principien der Gerechtigkeit nicht vereinbaren, daß der Staat befugt seyn soll, von dem Bürger zu desselben Vertheidigung den Beytrag aller seiner Kräfte, ja selbst die Aufopferung seines Lebens zu fodern; und doch ihm nicht einmal zum Ersatz der von dem Feind zugefügten Beschädigungen.



gungen gehalten seyn will. Es ist nicht zu vermuthen, daß die Glieder des Staats in diese höchst drückende und ungerechte Ungleichheit der wechselseitigen Vertragsbedingungen je eingewilligt haben.

§. 55.

Schmalz in seinem natürl. Staatsrecht stimmt damit überein, indem er §. 117. sagt: „Sollte die allgemeine Sicherheit erfordern, einem Staatsbürger (der die Gefahr etwa nicht selbst veranlaßt hätte) eine besondere Last aufzulegen, welche andere Staatsbürger weder izt, noch vielleicht in Zukunft auf ähnliche Art zu tragen die Aussicht hätten; so ist der Staat dem leidenden Bürger Ersatz zu leisten schuldig.“ —

In dem Unterwerfungsvertrag liegt nichts, woraus die Pflicht des Staatsbürgers, den Schaden ohne Ersatz zu leiden, also die Last allein zu tragen, geleitet werden könnte: und der Vereinigungsvertrag bestimmt die Gleichheit der Beiträge zum Zweck des Staats, weil
nur



nur sie mit dem Willen *Aller* übereinstimmt.

Damit stimmt ganz überein Heydenreich in seinem nat. Staatsr. II. Th. S. 50. Anm.: „Der Staat hat wahres *Obereigenthum* an den Gütern der Unterthanen. Der Oberherr ist also verpflichtet, im Fall der Nothwendigkeit für den Staat, Aufopferung aller Güter von Einzelnen zu fordern; die aber ihrer Seits berechtigt sind, Ersatz zu verlangen.

§. 56.

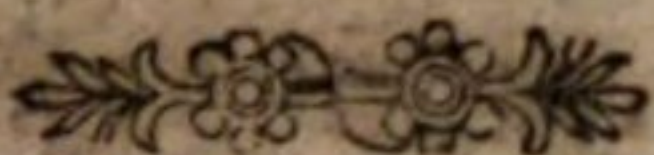
Gegen diese — aus dem Gesellschaftsvertrag mit Evidenz und Beyfall der Gerechtigkeit gezogenen Sätze vermag die ins Mittel gebrachte schwankende Idee des *Zufalls*, gegen die so manche sehr gegründete Bedenklichkeiten sich erheben, wohl nichts. Ich lasse die übrigens ganz richtige Rechtsregel: *casum nemo praestat*, oder für den Zufall haftet Niemand, gleichwohl auf ihrem Werthe beruhen; ich will auch zugeben, dafs solche Beschädigungen, von denen hier die Rede ist,



ist, der Kategorie von Zufällen eingeschaltet werden können; so sind es doch Zufälle von ganz eigener Natur, die nicht nach den allgemeinen auf das Entschädigungsrecht angewendeten Principien beurtheilet werden können, weil hier der bürgerliche Vereinigungsvertrag, wie erwiesen worden, entgegen steht (§. 53. 54. 55.).

Der von der Erschöpfung des öffentlichen Aerars entlehnte Grund hält bey weitem die Probe nicht: es könnte leicht bewiesen werden, daß er zu viel beweiset. Reicht das Aerar nicht zu, um allen Schadensersatz auf einmal zu leisten, so muß anstatt *dieser* Entschädigungsart eine *successive* gewählt werden. Wenn es *mehrere* Arten giebt, eine Pflicht zu erfüllen, so kann die Unmöglichkeit, oder die Unausführbarkeit *einer* Art den Schluss auf das Aufhören oder Nichtdaseyn der Pflicht selbst, nicht begründen, weil deren Erfüllung auf die andere Art noch möglich bleibt.

Dafs



Dass die Entschädigung nach einem gerechten und billigen Maassstab unthunlich sey, sehe ich nicht ein. Die Beobachtung einer mathematisch pünktlichen Proportion ist freylich nicht wohl möglich. Aber sie wird auch nicht gefodert. Abermal erscheint hier das Resultat einer ganz besonderen, aber auch ganz unrichtigen Syllogistik; indem Vattel also schliesst: Die *mathematische* Genauigkeit in Leistung der Entschädigungen kann nicht erzielet werden, also fällt die Pflicht zu entschädigen, *ganz* weg: er hätte vielmehr *den* Schluss daraus ziehen sollen: also hat die Pflicht, nach *mathematisch* genauer Proportion zu entschädigen, nicht Statt, und dann hätte ihm Niemand widersprochen.

Der Missbrauch und das detail effrayant können offenbar eine — für den Bürger so wichtige Pflicht, mit deren Erfüllung sein Wohlstand, seine Zufriedenheit, und Glückseligkeit so eng verknüpft ist, nicht aufheben. Der Souverän ist schuldig, und hat auch die Mittel, den Missbräuchen zu begegnen. — Und das Abschreckende
des



des Details — dieser Grund verdient doch wohl keine Widerlegung?

Wenn man diese Gründe Vattels mit dem Schluss seines Raisonnements vergleicht, so wird man in die Versuchung geführt, zu glauben, er habe bey Entwerfung dieses Paragraphs die Moral eines Despoten vor Augen gehabt, nach welcher freylich die heiligsten und offenbarsten Pflichten, die lautesten Forderungen der Gerechtigkeit nur Gegenstände des Wohlgefallens, du bon plaisir sind.

(b)

Anwendung auf Deutschland. Allgemeine Grundsätze.

§. 57.

Die Verfassung des deutschen Staats, Kraft deren nur der Grundeigenthümer der Ehre des Bürgers gewürdigt ward, ist beynahe seit einem Jahrtausend nicht mehr. Die Bürgerschaft ward dem Leibeigenen und Gutshörigen, und allen jenen, welche durch geistige oder körperliche Kräfte



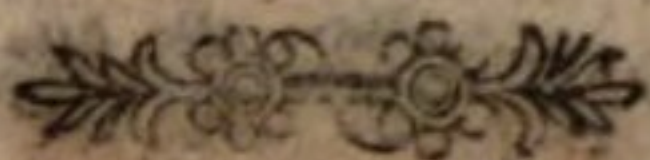
Kräfte zur Realisirung des Zwecks des Staats beytragen können, mitgetheilt. Die Gewalt der Landesherren ist nur stellvertretend, nicht oberherrlich, nur Ausfluß der höchsten Gewalt nicht diese selbst. Das Band, wodurch der Landesunterthan, mit seinem Landesherrn zusammenhängt, ist eben jenes, welches durch den ersten Vereinigungs- und Unterwerfungsvertrag, worauf der deutsche Staat ursprünglich gegründet worden, geknüpft ward. Durch die Einführung der erblichen Stellvertreter des Oberherrn ward die erste Form der Regierung, der erste Unterwerfungsvertrag selbst nicht aufgehoben, sondern nur modificirt.

Also sind alle jene, welche unter der Regierung der Landesherren stehen, Unterthanen des Reichs; eben so gut, und in eben dem Maasse, in welchem jene es sind, welche die Herrschaft der Landesherren nicht anerkennen. Mittelbarkeit, und Unmittelbarkeit sind Ideen, die sich lediglich auf die stellvertretende Mittelgewalt, nicht auf die Grundverträge des Staats



Staats beziehen: sie bezeichnen nur eine besondere Art und Weise, wie die nothwendigen Mittel zum Zweck des Staats realifirt werden sollen; sie berühren also den Zweck des Staats selbst nicht.

Sie können also auch in den Pflichten der Unterthanen, welche theils durch die Gesetze des deutschen Reichs bestimmt worden, theils aus dem Zweck des Staats nothwendig fließen, keinen Unterschied bewirken. Sie verbinden eben so sehr jetzt, da ein Landesherr zwischen dem Unterthan und dem Oberherrn mitten inne stehet, als sie, wenn *diese* Form der Regierung nicht existirte, verbinden würden. Wenn die höchste Gewalt wirkt, so kann die untergeordnete und stellvertretende nicht entgegenwirken; sondern nur durch Gehorchen thätig seyn. Denn auch der Landesherr ist Bürger und Unterthan, also gegen den Oberherrn, Kraft des Unterwerfungsvertrags zum Gehorsam verpflichtet.



§. 58.

Hieraus (§. 57.) folgt unmittelbar, daß die Wahrheiten und rechtlichen Sätze, welche in den §§en 41 — 56. von den Pflichten und Rechten der Unterthanen gegen den Oberherrn in Absicht auf das Kriegswesen vorgetragen worden sind, auf die Unterthanen des deutschen Reichs ohne Unterschied, ob sie mittelbare oder unmittelbare Reichsunterthanen sind, vollgiltige Anwendung finden.

Diese Anwendung ist nicht bloß beliebig, sondern eine nothwendige unerlässliche Wirkung und Folge der Pflichten des Unterthans und des Oberherrn. Denn die Rechte des Oberherrn sind nicht *bloße Rechte*, d. i. bloße Möglichkeiten, nach den Gesetzen zu handeln, so, daß es dem Oberherrn freystünde, auch nicht zu handeln; nein: der Oberherr *muß* handeln, *muß* das ausführen, und durchsetzen, wozu er berechtigt ist; weil er nur in so weit berechtigt ist, als er verpflichtet ist; weil seine Berechtigung nur auf nothwendige,



dige, oder doch solche Mittel zum Zweck des Staats sich beziehet, welche für nothwendig erachtet werden.

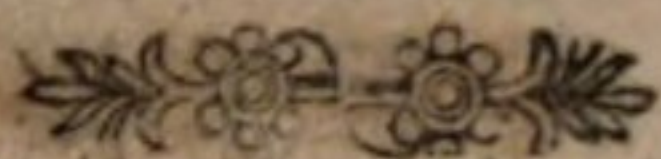
* Heydenreich nat. Staatsr. I. Th. S. 78.

1). Eben defswegen vermeide ich auch den Begriff des Rechtes ganz, weil alle im Staat Statt findende ihn betreffende *Rechte* mit der Verbindlichkeit sie durchzusetzen verknüpft sind, also nicht für *bloffe Rechte* angesehen werden können. Mit dem *bloffen Rechte* ist jederzeit die freye Willkühr verknüpft, es geltend zu machen oder nicht; diese Willkühr fällt im Staate, dem Zweck desselben zu Folge, ganz weg.

Vergl. auch *Schmalz* nat. Staatsr. §. 88.

§. 59.

Ein *Stand* ist eine Klasse von Staatsbürgern, welche durch ihre Güter, oder geistige oder körperliche Kräfte fähig sind zu bestimmten besonderen Leistungen für den Staat. Daher ist kein
Staat



Staat ohne verschiedene Stände denkbar *r)*).

In Deutschland giebt es in diesem Sinn eine Menge von Ständen. Unter denselben behaupten die erblichen und perennirenden Stellvertreter der höchsten Gewalt, die *Landesherren s)*, den ersten und vorzüglichsten Platz. Mehrere derselben haben das Recht, an der Beforgung der Staatsangelegenheiten, und überhaupt an der Ausübung der höchsten Gewalt durch Beyrath und Konsens Theil zu nehmen: *Reichsstände*.

Die meisten haben bey Antretung der ihnen vom Staat anvertrauten stellvertretenden Regierung ihrer Lande die genaue Erfüllung der Pflichten, womit sie

I 2

als

r) Heydenreich nat. Staatsr. I. Th. Seite 120.

§§. 1. 2.

s) Im weiteren Sinn, weil z. B. die Stadtobrigkeiten etwas unschicklich den Landesherren beygezählt werden.



als Bürger, dem Staat und dessen Oberherrschaft verhaftet sind, ihre Treue und gänzliche Hingebung an den Staat, noch insbesondere durch einen feyerlichen Eid zugesichert; und zu besonderen Leistungen für den Staat sich verpflichtet, wofür ihnen dieser zum Staatsvermögen gehörige Güter und Rechte zur erblichen und fortwährenden Nutznießung überlassen hat. Diese sind *Vasallen des Reichs*.

§. 60.

Eine Klasse von Ständen steht also in mannichfachen rechtlichen Verhältnissen gegen den Staat und den Souverän:

- a) Sie sind *Staatsbürger* in Rücksicht des Vereinigungsvertrags.
- b) Sie sind *Untertanen* in Rücksicht des Unterwerfungsvertrags, welcher bey allen wirklichen Staaten nothwendig zum Grunde liegt.
- c) Sie sind *Landesherrn*, in wie ferne sie in gewissen Bezirken des Staats zwar nach eigenem Ermessen, aber doch nur als Stellvertreter der höchsten Gewalt



walt Regierungsrechte auszuüben das Recht haben.

d) Sie sind *Reichsstände* in Rücksicht der Theilnehmung an der Regierung des Staats durch Rath und Konsens.

e) Sie sind *Vasallen* des Reichs in dem bereits angegebenen Gesichtspunkt.

§. 61.

Der Eid, den die Vasallen des Reichs dem Souverän und dem Staat abzuschwören verpflichtet sind, ist zu merkwürdig, als daß er hier nicht eingerückt zu werden verdiente. Die Analyse seines Inhalts wird also hier am rechten Orte stehen. Er ist folgender:

Der Reichsvasall verspricht in dem von ihm abgeschwornen Eide *t)*; daß er solle und wolle,

a) dem *Kaiser* und dem *heil. Reiche* getreu, hold, gehorsam und gewärtig,

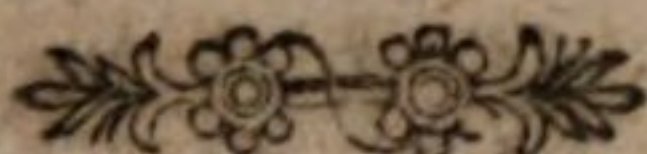
b) auch

t) Er steht in *Lünigs Corp. jur. feud. Tom. I. pag. 95.*



- b) auch nimmermehr wissentlich in dem Rath seyn, da ichten etwas wider kaif Majestät Person, Ehre, Würde, und Stand gehandelt oder fürgenommen würde;
- c) noch darinn willigen oder gehelen in einige Wege.
- d) Sondern der *kaiserlichen Majestät* und des *heil Reichs Ehre, Nutz, und Aufnehmen* betrachten und befördern,
- e) nach *allem seinen Vermögen*.
- f) Und ob er indess verstünde, dafs etwas vorgenommen oder gehandelt würde, wider kaif. Maj. Person oder das heil. Reich, demselben getreulich vorseyn,
- g) und kaiserl. Majestät ohne Verzug warnen,
- h) und sonst *alles* thun, das einem gehorsamen Fürsten u) und getreuen Lehenmann gegen kaif. Majestät und dem

u) Bey Reichsvafallen, die nicht Fürsten sind, fällt dieses Wort, wie sich von selbst versteht, weg.

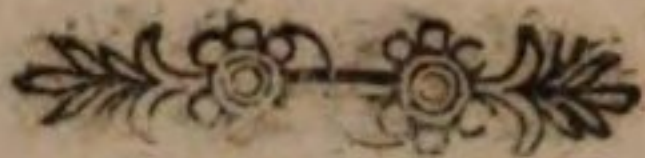


dem heil. Reich zu thun gebühret von
Rechts - oder Gewohnheitswegen,
getreulich, ohne Arglist, und Ge-
fährde.

§. 62.

Die Pflichten, und Leistungen, wel-
che in diesem Lehenseid der Reichsvafall
auf sich nimmt, sind eben dieselben Pflich-
ten und Leistungen, welche nach den
Principien des natürlichen Staatsrechts
aus dem Zweck des Staats für den Bürger
und Unterthan nothwendig fließen.

Die Ehre, Würde, und der Stand
des Oberherrn, die Ehre, der Nutzen,
und das Aufnehmen des Staats werden
nur dann gehandhabt, und befördert, wenn
der Zweck des Staats realisirt wird; wel-
cher *zunächst* darinn bestehet, daß die
Rechte jedes Einzelnen, also auch des
Oberherrn, durch das Ganze, und die
Rechte des Ganzen durch jeden Einzel-
nen gesichert seyen (§. 1 — 3.). Zu die-
sem Ende verspricht der Vafall dem Kai-
ser und dem Reich unbedingte Treue;
ver-



verspricht zur Realisirung des Zwecks des Staats mit *seinem ganzen Vermögen*, also nicht nach einem bestimmten Maafs von Beyträgen an Geld oder Mannschaft mitzuwirken. Er giebt sich folchemnach mit allen seinen Gütern, Kräften, mit Leib und Leben dem Reich hin, wie jeder Bürger des Staats (§. 42.). Er verpflichtet sich, *direkte* und *indirekte* zur Wohlfahrt des Ganzen und aller Einzelnen beyzutragen; indem er sich anheischig macht, die für den Kaiser und das Reich gefährlichen Anschläge, sobald er sie erfährt, und entdeckt, zu vereiteln, und dem Kaiser unverzüglich anzuzeigen. Er ordnet seinen Willen der höchsten Gewalt unter, erneuert also durch den Lehenseid das im ersten Unterwerfungsvertrage schon an sich liegende Versprechen des *unbedingten* Gehorsams gegen die Befehle des Oberherrn, und unterwirft sich folchemnach ohne Einschränkung der executiven Souveränität desselben. Denn der Lehenseid heftet die Pflicht des Gehorsams des Vasallen nicht an die Bedingung des eigenen Gutfindens
der

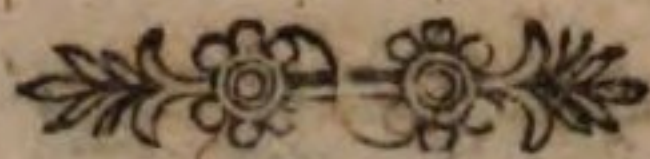


der gegebenen Befehle des Oberherrn (§. 61.); berechtigt denselben also nicht im Fall einer besseren Ueberzeugung zum Widerstand, *d. i.* zur Verweigerung des Gehorfams: also stimmen auch in diesem wesentlichsten Punkte die Pflichten des Reichsvasallen mit denen eines jeden Staatsbürgers vollkommen überein. Ohne diese Unbedingtheit des bürgerlichen Gehorfams und der executiven Souveränität kann aber auch kein Staat bestehen; weil ohne sie es nicht möglich ist, dafs der **Zweck** des Staats erreicht werde x).

§. 63.

Der Reichsvasall ist also durch den Lehenseid nicht berechtigt, den Befehlen und Anordnungen des Reichs den Gehorsam unter dem Vorwande zu versagen, dieselbe seyen Resultate des *kaiserlichen Privat- und Hausinteresse*: auch wenn er hievon eine geprüfte Ueberzeugung zu haben

x) Heidenreich nat. Staatsr. I. Th. S. 155.



ben glaubt: denn ausserdem, dass er sich bey dieser vermeyntlichen Ueberzeugung dennoch irren kann, tritt auch hier die kaum gemachte Bemerkung in dem vollsten Maasse ein, dass der Staat, in welchem dieses der Unterthan ungestraft thun kann, seiner Auflösung nahe sey (§. 18.).

Das deutsche Reich ist durch seine innere Verfassung, durch welche dem Kaiser keine Güter zum anständigen Unterhalt angewiesen sind, in der politischen Nothwendigkeit, sein Oberhaupt aus einem Hause zu wählen, welches ansehnliche Erbstaaten besitzt. Es muss also einen Kaiser wählen, dessen besonderes Staatsinteresse mit dem besonderen Staatsinteresse des Reichs nicht kollidiret, und nach der politischen Lage Deutschlands und Europens nicht so leicht kollidiren kann.

Hat diese Betrachtung und Rücksicht die Wahl geleitet und bestimmt, (und zu dieser Vermuthung verpflichten uns die tiefen Einsichten und der Patriotismus der Kurfürsten) so liegt nothwendig in der
Wahl



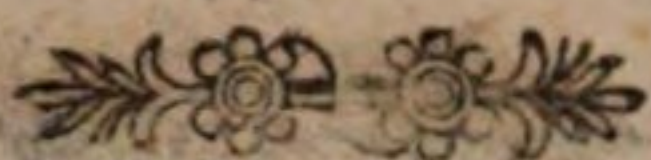
Wahl selbst die Entsagung auf den obigen Vorwand. Will man das Letztere widersprechen, so muß man annehmen:

Entweder, daß die Wahl unklug, unpolitisch, und widersinnig,
oder, daß in Deutschlands Konstitution dem Bürger etwas verstattet sey, welches mit dem Zweck des Staats schlechthin unverträglich ist.

§. 64.

Und was sagt die Klugheit? — Sie wählt in jedem Kollisionsfall das mindere Uebel.

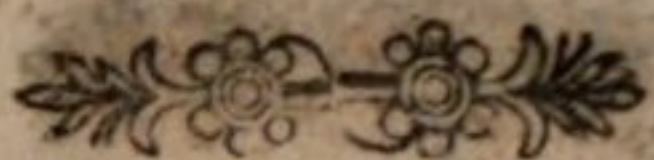
Man nehme einmal an, bey irgend einer vorkommenden Staatsangelegenheit dünke es einem oder mehreren Reichsständen, das besondere Staatsinteresse des Kaisers als Oberherrn anderweiter unabhängiger Erbstaaten sey mit dem des deutschen Reichs in Kollision; so ist für das Erste dieses Dünken nur Meynung eines oder einiger, nicht *aller* Fürsten und Reichsstände; für das Zweyte bleibt es sehr möglich, daß dieses Dünken einiger Fürsten



sten irrig sey; also ist es drittens immer noch *ungewiss*, ob die angebliche Kollision mit dem *Hausinteresse* *y)* des Kaisers wirklich vorhanden sey; *ungewiss* viertens, ob sie eine solche sey, welche dem Staat selbst gefährlich ist; und ihm seine Schwächung oder Auflösung mit Grunde besorgen läßt. Diese Ungewissheit vergrößert sich fünftens ungemein, wenn die Anordnungen des Oberherrn *d. i.* des Kaisers und Reichs, mit den natürlichen und positiven Grundgesetzen des Staats im übrigen ganz genau übereinstimmen.

Dagegen ist es *gewiss*, und eine völlig entschiedene Wahrheit des natürlichen Staatsrechtes, daß der Mangel der Unbedingtheit der exekutiven Souveränität früher oder später unausbleiblich den Umsturz des Staats nach sich ziehen wird; ist auf der anderen Seite die Meynung einiger Fürsten von der in Betrachtung stehenden Kollision eine Frucht der Infirmität.

y) Kürze halber wähle ich diesen nicht ganz passenden Ausdruck.



uationen benachbarter Mächte, so ist es *gewiss*, daß die Lähmung der exekutiven Souveränität dem Staatsinteresse dieser Mächte gemäß ist; also die letzteren Pläne entworfen haben, die auf den Umsturz des Staats, oder auf eigene Vergrößerung auf Unkosten desselben berechnet sind.

Diese Umstände und Betrachtungen werden die Wahl des *königlichen* Mannes in keiner Verlegenheit belassen, und ihn zur Erfüllung der Pflicht des Gehorsams bestimmen.

§. 65.

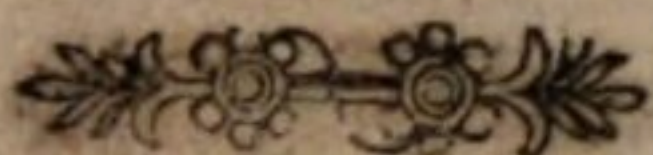
Die Lehenpflichten des deutschen Reichsvasallen sind also nicht mehr, und nicht weniger als Pflichten des Bürgers gegen den Oberherrn und den Staat. Die Geschichte der deutschen Lehensverfassung zeigt, daß die Absicht der Lehensverbindung nicht war, das vorher geknüpfte Band der bürgerlichen Gesellschaft aufzulösen, sondern es zu verstärken, und vor der Auflösung zu bewahren.

So



So harmonirt also der Zweck und die Natur des Reichsleheneides mit dem Zweck und der Natur des Eides überhaupt. Dieser erzeugt nicht neue Verbindlichkeiten, sondern soll die vorhandenen nur verstärken. Die Lehensverbindung war eine unglückliche Frucht des herrschenden Geistes der Zeit, zu welcher sie entstand, und so mancherley anderer Umstände und Verhältnisse. Unordnung, Anarchie, Gesetzlosigkeit nahmen überhand. Der deutsche Staat ward mit seinem Umsturz bedrohet. Der Oberherr nahm, um ihn und sich zu retten, zu Mitteln Zuflucht, die damals die kräftigsten waren. Er überliefs Staatsbürgern die Nutznießung von Staatsgütern und Rechten, und liefs sich dafür von ihnen die *treue* Erfüllung der Bürgerpflichten, besonders in Vertheidigung des Staats gegen auswärtige Gefahren, durch feyerliche Eide versprechen.

Das so entstandene neue Lehensverhältniß bezieht sich also nur auf *die Art und Weise*, wie die Mittel zum Zweck des



des Staats realifirt werden follten; also nur auf die Form der fchon lange beftandenen Regierung, hauptfächlich in Anfehung der Militärgrundgefetze. Es gab folchemnach weder dem Vereinigungs- noch dem Unterwerfungsvertrag das Dafeyn, hob fie aber auch nicht auf, fondern follte fie vielmehr befeitigen.

Also find die Sätze v. §. 41 — 56 auf alle Reichsvafallen und Landesherren anzuwenden.

VI.

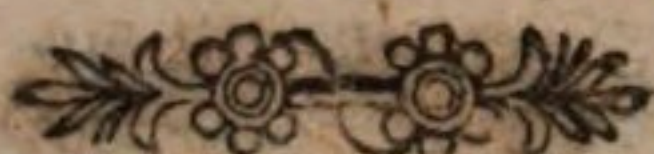
Von der landesherrlichen Kriegsgewalt insonderheit.

§. 66.

Die Fragen, welche hier erörtert werden müffen, find:

- 1) Welche Pflichten und Rechte hat in Beziehung auf das Reichskriegswesen der Landesherr?
- 2) Welche — der Oberherr?
- 3) In welchem Verhältnifs stehen beyde zu einander?

Ura



Um diese Fragen richtig und mit Bestimmtheit beantworten zu können, müssen einige allgemeine Grundsätze von der Landeshoheit, dann Grundzüge aus der Geschichte der d. Kriegsverfassung vorausgeschickt werden.

(a)

Allgemeine Grundsätze von der Landeshoheit überhaupt.

§. 67.

Der Umfang, der innere Gehalt und das Verhältniß der Landeshoheit zu der höchsten Gewalt des Reichs müssen so beschaffen seyn, und so bestimmt werden, dass sie mit den positiven Grundgesetzen des Reichs durchaus übereinstimmen. Dieser Satz bedarf wohl keines Beweises.

§. 68.

Wenn der Ausdruck und der Sinn dieser positiven Grundgesetze des Reichs dunkel, schwankend, unbestimmt und zweydeutig ist; so muss der Sinn derselben nach den Principien des natürlichen



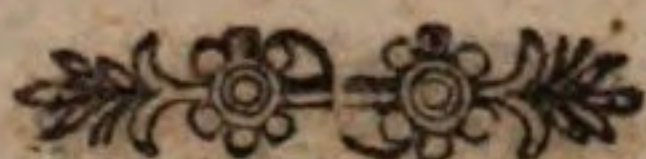
ürlichen Staatsrechts aufgesucht und bestimmt werden.

Das natürliche Staatsrecht stellt das Princip auf, nach welchem die Rechtmäßigkeit aller positiven Grundgesetze der wirklichen Staaten beurtheilt werden muß; es bestimmt, was die Grundgesetze eines jeden Staats enthalten müssen, um Basis seiner ewigen Dauer zu seyn z).

Die neueren Systeme des natürlichen Staatsrechts stellen den *allgemeinen Willen* als den Grundsatz für die Kritik der wirklichen Staaten auf. Was also nicht Gegenstand des Wollens vernünftiger endlicher Wesen, *d. i.* der Menschen seyn kann, könne in den wirklichen Staaten nicht als rechtmäßig angesehen werden.

Dieser Satz ist nicht neu; nur wurde er in den älteren Systemen mit etwas anderen Worten ausgedrückt. Die erleuchteten Beherrscher der europäischen und deut-

z) Heydenreich nat. Staatsrecht I Th. S. 108. und 80.



deutschen Staaten verwerfen mit gefühlvoller Indignation das *c'est notre bon plaisir* als Norme ihrer Regierung: sie sind überzeugt, daß das Volk nicht wegen ihnen, sondern sie des Volks wegen da sind, daß die Beförderung der Wohlfahrt, die Erleichterung und Unterstützung des Strebens der Bürger nach dem letzten Ziel der Menschheit, die einzige Quelle aller rechtmässigen Herrschergewalt; daß also nur der Zweck des Staats das richtige Erkenntnißprinzip der Pflichten und Rechte der Regenten der Völker ist, und daß folglich auch die rechtliche Gültigkeit der positiven Grundgesetze der wirklichen Staaten nur nach dem Zweck also den natürlichen Grundgesetzen des Staats beurtheilt werden könne und müsse.

Und eben dieß ist es, was allein — Gegenstand des allgemeinen Willens seyn kann.

Wenn also gleich die jetzigen Beschützer der Völker (welches ihnen wohl nicht zu verdenken ist) das allgemeine Princip für alle Grundgesetze eines Staats:

„ Sie



„ Sie müssen der ewige Gegenstand des Wol-
lens vernünftiger endlicher Wesen seyn
„ können a). “

(Die Volonté generale) verwerfen, so
anerkennen sie doch den eben dasselbe
sagenden Grundsatz:

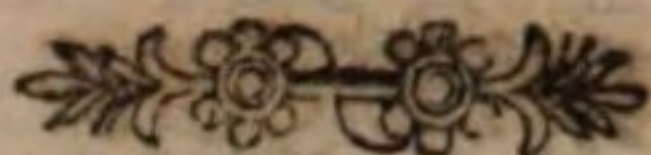
Alle Grundgesetze eines Staats müssen
mit dem Zweck des Staats überein-
stimmen.

§. 69.

Der Grundsatz für die Beurtheilung der
Grundgesetze Deutschlands ist also der Zweck
des Staats, und nicht die deutsche Freyheit.

Ich bemerke dieses nicht, als wenn
ich Grundsätze aufzustellen gedächte,
welche auf den Umsturz der deutschen
Verfassung und Freyheit berechnet sind.
Die folgende Abhandlung wird zeigen,
dass so eine Absicht bey Entwerfung die-
ses Auffatzes meine Feder nicht geleitet
K 2 hat.

a) Heydenreich a. a. O. S. 103. N. 1.



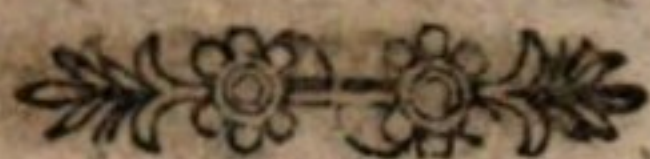
hat. Aber man kann sich des Unwillens kaum erwehren, wenn in so manchen staatsrechtlichen Schriften, die sich mit den wichtigsten Angelegenheiten einer grossen Nation beschäftigen, mit Beyseite-
setzung des wesentlichen Zwecks aller bürgerlichen Gesellschaft, die Erhaltung der deutschen Freyheit als höchster Maassstab der Kritik der Grundgesetze aufgestellt wird: als wenn Vorzüge einiger Wenigen der Wohlfahrt und Sicherheit von 30 Millionen Menschen vorzuziehen wären.

Dießs ist nicht der Wille, nicht die Gefinnung der weisen und tugendhaften Fürsten, welche Deutschland verehret.

§. 70.

Der Oberherr ist nur in so weit berechtigt, als er verpflichtet ist b). Dieser Grundsatz ist wahr, und weit wichtiger, und fruchtbarer, als er vielleicht beym ersten
An-

b) Vergl. Heydenreich nat. Staatsr. II. Th. S. 31.
und Schmalz nat. Staatsrecht §§. 77. 84. 88.



Anblick scheinen möchte. Er ist aber eben so wenig neu, als der vorhergehende (§. 68.). Die Staatsrechtslehrer haben vorlängst schon sich darüber vereinigt, daß die Herrscher der Staaten in Ausübung der höchsten Gewalt nicht nach Laune, nach unbeschränkter Willkühr verfahren können. Der Staat ist eine nothwendige Anstalt für die Menschheit; also auch sein Zweck nothwendig. Es kann also nicht in dem Belieben des Oberherrn stehen, ob er den Zweck realisiren, und die Mittel dazu anwenden wolle oder nicht. Also hat er nicht bloße Rechte, sondern allein die Verpflichtung ist es, welche ihm Rechte giebt.

Der Staatsbürger hat sich nur für den Zweck des Staats dem Oberherrn unterworfen. Die Ausdehnung der oberherrlichen Rechte über diese Gränzlinie ist Tyranney. Sie hat in Deutschland keinen hinlänglichen Rechtfertigungsgrund in der Leibeigenschaft: denn diese existirt nicht mehr (§. 9.): und wenn sie auch noch existirte, so involvirt sie nichts weniger als



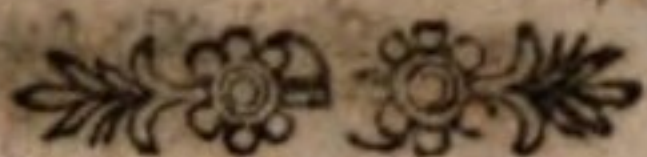
als das Eigenthum des Gutsherrn über den Gutshörigen, womit er wie über seine Heerde Viehes, nach unbefchränktem Belieben schalten und walten kann. Der ehemalige Leibeigene ist nicht nur Mensch, sondern wahres Mitglied des Staats; ein Staatsbürger; also kann er auf die — mit dieser Eigenschaft verknüpften Rechte Anspruch machen.

§. 71.

Die Landeshoheit kann sich also auf all das nicht erstrecken, dessen Bewirkung den einzelnen Landesherren nicht möglich ist. Denn es giebt keine Pflichten für das Unmögliche.

Die Landesherren aber sind nur in so weit berechtigt, als sie verpflichtet sind. (§ 70.) Diese besitzen ihre Hoheitsrechte nur aus Uebertragung des Oberherrn (§. 13). c) Diese Uebertragung kann offenbar

c) Um nicht anstößig zu seyn, bemerke ich ein für allemal, daß ich uuter dem Ausdruck: *Oberherr*, allzeit den Kaiser in Vereinigung mit den



bar nicht auf die in dem Satz angezeigten Angelegenheiten des Staats ausgedehnt werden. Daher ist z. B. die Abschaffung gewisser Mißbräuche der Handwerker ein ausschließender Gegenstand der reichshoheitlichen Gesetzgebung: weil die Abstellung derselben wegen der allgemeinen Verbindung der Handwerker in Deutschland dem einzelnen Landesherrn unmöglich ist. Aus eben diesem Grunde läßt es sich vielleicht mit Evidenz erweisen, daß das Postenrecht kein Territorialrecht seyn könne; u. f. w.

§. 72.

Also ist die Vertbeidigung des Gebiethes gegen äussere offenbare Feinde nicht Pflicht des Landesherrn ; und folglich erstreckt sich die Landes-

den Reichsständen verstehe: in wie ferne er der letzteren Einwilligung zur Ausübung eines Reichsregierungsrechtes nach Maasgabe der Grundgesetze nöthig hat. Ihm gegenüber oder vielmehr unter ihm steht der Landesherr.

(§. 14.)



desobohheit nicht auf diesen Zweig des Staatszwecks, weil es ihm nicht möglich wäre, diese Pflicht zu erfüllen. (§. 11.). Sie ist also eine Pflicht des Oberherrn und des ganzen Reichs, weil nur den vereinigten Kräften Aller — der zureichende Widerstand möglich ist.

§. 73.

In den — auf die Erhaltung der äusseren Sicherheit des Reichs und dessen Lande, d. i. auf das Kriegswesen sich beziehenden Angelegenheiten ist der Landesherr also nur in so weit nach eigenem Ermessen zu handeln befugt; als ihm dieses durch die Grundgesetze des Reichs erweislich verstattet ist; in allem übrigen ist ihm von denselben nichts a's die Ehre des Gehorsams belassen. (§. 11.).

Denn das Handeln nach eigener Urtheilskraft und Einsicht ist das Einzige, wodurch sich der erbliche Stellvertreter der höchsten Gewalt, nämlich der Landesherr, von dem gewöhnlichen Staatsbeamten unterscheidet. Könnte der Landes-



desherr in Sachen, welche die Vertheidigung gegen die Angriffe offener Feinde betreffen, nach *sein* m Ermessen Beschlüsse fassen, und durchsetzen, so würde die Erfüllung der deßfalls dem Oberherrn des Reichs aufliegenden Pflicht oft vereitelt und unmöglich gemacht werden: der Staat selbst würde also gefährdet. Also können die Grundgesetze dergleichen Befugnisse dem Landesherrn nicht einräumen. (§. 67. 68.). Die Pflichten des Reichsoberherrn und des Landesherrn würden sich in manchen Fällen kontradiktorisch entgegengesetzt seyn. Eine von beyden wäre also Pflicht, und nicht Pflicht.

§. 74.

Die übrigen Zwecke des Staats, die Justizpflege, die Polizey, die Verwaltung des Staatsvermögens, und die Erhaltung der inneren Sicherheit und Ruhe sind allerdings Gegenstände der landesherrlichen Pflichten, also unter der Landeshoheit der Regel



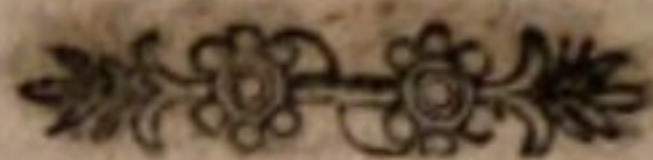
Zweytens da der Landesherr als Stellvertreter des Oberherrn handelt; so hat der Letzte durch den Landesherrn im gegebenen Fall seine Regentenpflicht schon geltend gemacht; und ausgeübt: Diese kann ihn also nicht mehr zum Handeln berechtigen.

§. 77.

Aus eben diesen Ursachen kann aber auch der Landesherr nicht berechtigt seyn, in jenen Regierungsfachen, die ihrer Natur nach dem Oberherrn vorbehalten sind, (§§. 71. 72. 73.); vermöge der Landeshoheit nach eigenem Ermessen Beschlüsse zu fassen und durchzusetzen; weil auf diese Angelegenheiten die Landeshoheit sich nicht erstreckt; noch sich erstrecken kann; so ist sie und mit ihr die deutsche Freyheit und Verfassung durch diese Einschränkung nicht gekränkt.

§. 78.

Wenn es bey einem vorkommenden Fall zweifelhaft ist, ob der Landesherr vermöge der Landeshoheit zu einer gewissen Handlung berechtigt,



tigt, oder ob sie zu den Pflichten und Rechten des Oberherrn zu zählen sey; so ist die Entscheidung für den Letzteren den Principien des natürlichen Staatsrechtes gemäß.

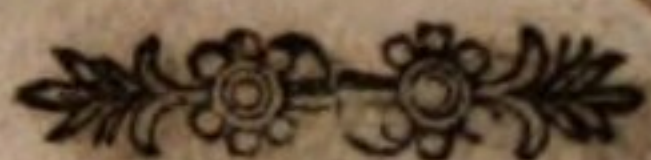
Denn ist es zweifelhaft, so sind die Gründe für und wider gleich, also ist es in Beziehung auf unsere Einsicht möglich, daß die Meynung, welche den Landesherrn begünstigt, irrig sey. Nun ist aber im gegebenen Fall die Rede von einer Pflicht des Oberherrn, ob sie durch diesen selbst erfüllt werden müsse, oder ob sie auch durch desselben erblichen Stellvertreter erfüllt werden könne, d. i. ob im gegebenen Fall ein nothwendiges Mittel zur Realisirung der Staatsabsicht von dem Landesherrn bewirkt werden könne oder nicht? ist dieses, so ist die Wohlfahrt des Staats gefährdet, und desselben Zweck kann nicht realisirt werden, wenn dem Landesherrn die Berechtigung zu der bestimmten in Frage stehenden Handlung eingeräumt wird; es ist aber nicht zu vermuthen, daß die Nation dem Landesherrn ein Recht habe gestatten wollen, dessen

Aus-



Ausübung zur Wohlfahrt des Ganzen ihm nicht möglich ist, durch dessen Ueberlassung an den Landesherrn also der Staat selbst gefährdet ist.

Es ist hier um die Erhaltung, und die Wohlfahrt des Ganzen zu thun; zu dessen Nachtheil aber können die Vorzüge der Einzelnen nicht erweitert werden. Bey der Ungewissheit also, ob der Zweck des Staats durch den Landesherrn realisirt werden könne, ist es Pflicht, das Recht dem Oberherrn einzuräumen, weil es Pflicht ist, dafs Vorzüge *Einzelner* der Wohlfahrt *Aller* nachstehen, weil es Pflicht ist, die Begünstigungen des Einzelnen dem allgemeinen Wohl, dem Zweck des Staats unterzuordnen, weil es Pflicht ist, in so wichtigen Angelegenheiten das Gewisse dem Ungewissen vorzuziehen, und weil es endlich Pflicht ist, jenes, was den Principien des natürlichen Staatsrechts gemäfs ist, als wahr anzunehmen, und nicht die deutsche Freyheit als höchste Entscheidungsnorme in dem positiven deutschen Staatsrechte aufzustellen (§. 67.).



§. 79.

Aus dem bisher gefagten ergeben sich folgende *Resultate*.

- 1) In verschiedenen Hinsichten ist also die Landeshoheit eine *höchste* Gewalt, und doch von dem Reichsoberherrn abhängig. Sie ist stellvertretend, und doch vollständig, so weit der Zweck des Staats und die darauf ruhenden Grundgesetze es zulassen.
- 2) Sie ist nur *eine*, aber zwischen zwey, nämlich dem Oberherrn — und Landesherrn nach Maassgabe der Grundsätze (§§. 71. 72. 73. 74.) getheilte Gewalt; weil jedesmal der Regel nach nur *eine* Urtheilskraft, nämlich entweder der Landesherr mit Ausschließung des Oberherrn oder dieser mit Ausschließung jenes, über die vorkommende Angelegenheit der Regierung Beschlüsse faßt, und vollziehet; und die stellvertretende Gewalt mit jener, deren Stelle sie vertritt, eben dieselbe bleibt (§. 71 — 74. §§. 76. 77.)

3) Sie



3) Sie enthält eine obgleich beschränkte und unvollständige Kriegsgewalt, in so ferne diese zu *Friedenszeiten* wirksam ist und seyn kann; diese aber, wenn ein wirklicher Reichskrieg geführt wird, berechtigt zu keinen dahin Beziehung habenden kriegerischen Anordnungen (§§. 73. 77.)

4) Sie, die Landeshoheit, erschöpft also, außer der Kriegsgewalt während einem Reichskrieg, und einigen anderen Ausnahmen (§. 71.) den ganzen Umfang der höchsten Gewalt des Staats; ist also ein Ganzes, und ein Inbegriff von ansehnlichen Hoheitsrechten.

5) Sie bleibt dieses, obgleich der Landesherr bey wirklichen Reichskriegen und den dahin sich beziehenden oberherrlichen Pflichten und Rechten *als Landesherr* gar keine Rechte, sondern bloß *als Staatsbürger* Pflichten des Gehorsams hat.

6) Un-



6) Unter *diesem* Gesichtspunkte fallen also die Begriffe von Mittelbarkeit, und Unmittelbarkeit, wie ferne letztere als Correlat der erstern gedacht wird, völlig weg. In Regierungsfachen, welche das Reichskriegswesen, oder die *äussere* Sicherheit des Reichs betreffen, stehet die Landeshoheit nicht mitten inne, weil sie sich auf diesen Gegenstand gar nicht bezieht, und ausdehnt; also sind alle hieher gehörige Pflichten der Reichsunterthanen im unmittelb ren Verhältniss gegen den Oberherrn *d. i.* den Kaiser.

7) Solchemnach kann man Deutschland mit einem Zirkel vergleichen; in dessen Innerem der Oberherr des Staats der Regel nach nur *mittelbar*, durch erbliche Stellvertreter (die Landesherren) auf der Peripherie aber, also in Beziehung auf andere Staaten *unmittelbar* und *allein* handelt.

8) Je mehr die Landesherren ihre Pflichten erfüllen, desto besser wird

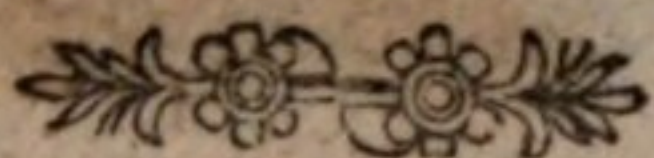
L

das



das *innere* Staatsinteresse Deutschlands besorgt — desto blühender, vollkommener, vortrefflicher es seyn: und folglich auch alsdenn der Oberherr das *äussere* Staatsinteresse, welches auf dem inneren ruhet, mit ihm stehet und fällt, desto glücklicher, kräftiger, zuverlässiger zu wahren und zu befördern im Stande seyn.

- 9) Die Landeshoheit ist eine *böchste* Gewalt; N. i. aber nur in wiefern sie die Stelle der letzteren im deutschen Reich vertritt: und der Oberherr des Reichs die Ausübung der Landeshoheit ohne rechtmässige — in den Grundgesetzen enthaltene Ursache nicht hemmen, suspendiren oder sonst beeinträchtigen darf. Aber sie erhebt das Subjekt derselben, den Landesherrn nicht zu dem Rang der *Oberherren*. Denn der Landesherr ist nur Stellvertreter des Oberherrn, nur Repräsentant desselben; das Vorstellende aber ist nicht das Vorgestellte selbst. Das Staatspapiergeld stellt nur
das



das Geld vor, ist aber nicht selbst Geld. So auch der Landesherr.

Der wahre Oberherr ist für die Handlungen die er als Oberherr vornimmt, Niemanden responfabel, er kann wegen derselben nicht zu Rede gestellt, noch gestraft werden; er ist nur durch sein Gewissen gebunden. Alles dieses trifft bey dem deutschen Landesherrn nicht zu. Wie das jedem bekannt ist. Also ist derselbe nicht Oberherr.

Die deutschen — unter den einzelnen Landeshoheitsbezirken befaßten Lande und Besitzungen sind nicht Staaten (§. 14 — 17.). Die Definition des Staates passet gar nicht auf sie. Ein wesentlicher Zweck, der die Gesellschaft zum Staat stempelt, kann bey gedachten deutschen Landen, wie fern sie einzeln genommen werden, und für sich allein da stehen, nicht gedacht werden. Es wäre Thorheit, wenn vernünftige endliche Wesen, wie die Menschen sind, zu etwas als Zweck sich vereinigen wollten, dessen Realisirung ihnen unmöglich ist. Abermal steht also



die Idee eines Landesherrn mit der eines Oberherrn im geraden Widerspruch: beyde Ideen find miteinander schlechthin unverträglich. Die eine hebt die andere auf. Ein aus mehreren untergeordneten Staaten zusammengesetzter obere Staat, den man bisher an Deutschland zu finden geglaubt hat, ist ein bloßes Gedankending; bey dem man etwas zu denken wähnt, und in der That nichts denkt.

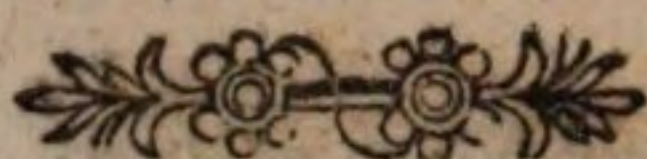
Die Vorsteher der bisher fogenannten unteren deutschen Staaten *einzelne* genommen haben nur einen Theil des Staatszwecks, nämlich die innere Staatsverwaltung, und diesen nicht einmal nach ihrem ganzen Umfang, zu verwalten, und zu realisiren. Die einzelnen deutschen Lande find also, an und für sich, und einzeln genommen, nur Theile eines Ganzen, welches ein Staat ist: sie können gleichwohl Territorien genennt werden; find es aber nicht, wenn unter diesem Ausdruck das Gebieth eines Staates verstanden wird.

Die *zufällige* Vereinigung der einzelnen freyen Grundstücke Deutschlands in
einer



einer Person, oder Familie kann die *wesentlichen* aus der Natur und dem Begriff des Staates fließenden Wahrheiten nicht abändern oder aufheben, wenn auch dadurch eine Ländermasse entstanden wäre, deren Inwohner die Behauptung der äußeren Sicherheit als Zweck ihrer Vereinigung aufstellen und realisiren könnten; denn diese Begebenheit kann den ursprünglichen Vereinigungsvertrag, worauf der deutsche Staat ruhet, nicht aufheben; sie ist keine von jenen Ursachen, welche die Verbindlichkeit aus Verträgen rechtmässig auflösen. Jener Vereinigungsvertrag ist seiner Natur ewig *d)*. Die in Staat zusammentretenden Menschen haben also auf ewig dem Recht, sich von dem Ganzen zu trennen, entsagt. Die übrigen einzelnen Bürger sowohl als das Ganze haben durch Annahme dieser Entfagung ein fortwährendes Recht auf die ewige Fortdauer der
Ver-

d) Vergl. Heydenreich nat. Staatsrecht, und denselben *Versuch über die Heiligkeit des Staats*. Leipzig 1794. S. 52. 121. f.



Vereinigung Aller zu dem Staatszweck erworben; welches ihnen durch einseitiges Belieben eines Theils der Nation nicht genommen werden kann.

(b)

*Grundriss der Geschichte der deutschen
Kriegsverfassung.*

§. 80.

Die vorzüglicheren Gegenstände, welche die Geschichte der Reichskriegsverfassung erörtern muß; sind folgende:

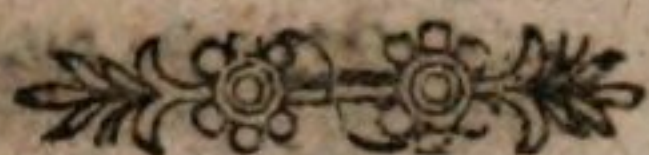
1) Die Art der Miliz.

2) Die Reichskriegsmatrikeln.

3) Die weitere Ausbildung der Reichskriegsverfassung.

Von diesen Gegenständen können hier nur Grundzüge geliefert werden, in so weit sie zur deutlichen Einsicht der nachfolgenden Rechtstheorie nothwendig sind.

§. 81.



§. 81.

I. *Reichskriegsmannschaft.*α. *Heerbann.* bis — 900.

Die Art der Bildung des Reichskriegsheers, und der Stellung der Kriegsleute, aus denen es bestehet, erlitt manche Schicksale und Abänderungen, bis sie die heutige Form und Konsistenz bekam.

Sie lassen sich auf 5 Hauptperioden zurückführen. Vom Ursprung der fränkischen Monarchie bis gegen Anfang des zehnten Jahrhunderts war jeder Bürger — bey drohender oder einbrechender Gefahr zu Kriegsdiensten verpflichtet: alle Bürger mußten zu Feld ziehen, für die Ruhe, Sicherheit, und Freyheit des Vaterlandes fechten: sich auf eigene Kosten ausrüsten und währendem Zug unterhalten. Diefß war der *Heerbann*. Diesen verdrängte die

§. 82.

β. *Lebenmiliz* — v. 900 — 1200.

Die ursprüngliche Verfassung, auf welcher der Heerbann ruhte, war schon
nicht



nicht mehr so ganz rein und unverfehrt. Europens Völker waren in der Kultur — bereits über die Linie der Barbarey — geschritten: der schwerfällige, langsame, dem Einzelnen kostbare und ihn drückende — Heerbann vertrug sich nicht mehr mit der Denkens - und Lebensart der Deutschen: der Geist der Germanen des Tacitus erwachte wieder. Nun ward es wieder Ruhm, an Anzahl und Tapferkeit des Gefolgs zu glänzen; und die Stärke des Kriegsvolks wieder in der Reuterey gesetzt. Die äufferere Sicherheit des Vaterlands war durch die Städte, und durch die Errichtung der Mark - und Landgr ffschaften mehr bevestigt. Man fieng an, die Pflicht zu fechten, auf die Vertheidigung des Gaues, und der Provinz, zu der man gehörte, zu beschränken. Diese und manche andere unnennbare Umstände des Zeitalters erzeugten die Lehenmiliz, und verwandelten die *Heerbannalisten* in *Lebenmänner*.



§. 83.

γ. *Die Söldnersmiliz von 1200 — 1422.*

Die persönlichen Kriegsdienste, wozu der Lehenmann, wie der Heerbannalist verpflichtet war, fiengen gegen Ende des XII. Jahrhunderts an, allzubeschwerlich zu fallen. Der alte kriegerische Geist war verschwunden, und die Erblichkeit der Lehengüter bevestigt. Der Lehenmann sah sich daher um Leute um, die an seiner Stelle die Kriegsdienste thaten. So entstanden die *Söldner*, oder *Miethsoldaten*.

§. 84.

δ. *Der besoldete Reichsfoldat.*

von 1422 — 1555.

Gegen Anfang des XV. Jahrhunderts litt die Art zu kriegen, eine wesentliche Aenderung.

Vorzüglich die Schweizer und Böhmen verschafften dem Fußvolk wieder die verlorne Achtung; und schwächten die Wichtigkeit der Reuterey. Da nun der Lehenmann den Kriegsdienst nur zu Pferd lei-



leistete; so ward die Erlassung der *persönlichen* Kriegsdienste desselben eine unvermeidliche Folge. Der Kaiser setzte daher jedem Lehenmann eine sichere Anzahl von *Gleven* und *Schützen* an, nahm anstatt der nun aufhörenden persönlichen Kriegsdienste von ihm Geld, und warb Söldner, die so lang der Feldzug oder der Vertrag dauerte, im Feld dienen mußten. *Dies* war der *besoldete Reichsoldat*. Diese Kriegsverfassung dauerte bis auf die a. 1555. eingeführte

§. 85.

ε. Reichsexekutionsmiliz seit 1555.

Die Reichsexekutionsordnung v. 1555. führte den *beständigen* — itzt noch fortwährenden *Kreisfoldaten* ein, und gab dem deutschen Reiche eine wahre, solide, dauernde, auf die Matrikel von 1521. gegründete *Reichskriegsverfassung*. Sie bestimmt die Pflichten

A. Der einzelnen *Reichs- und Kreisstände* dahin:

Jeder



Jeder Kreisstand soll

- 1) auf des Kreisobersten Ansinnen gleich mit der anschlagsmäßigen Mannschaft zu Hilfe eilen;
- 2) wenn diese nicht zureichend, das *doppelte*, und auf Begehren des Kreisobersten das *dreyfache* Kontingent stellen.
- 3) Sich mit den Seinigen in Bereitschaft halten, um im unverföhlichen Nothfalle sogleich Hilfe leisten zu können.
- 4) Taugliches und geübtes Kriegsvolk, welches in den Musterungen bestehet, in Dienst, Wartgeld, und Bestallung nehmen.

B. *Des ganzen Reichskreises.*

Jeder Kreis soll

- 1) seinen Obersten und Zugeordnete beständig haben.
- 2) Taugliche Kriegsbefehlshaber zu Fuß und zu Pferd beständig in Bestallung nehmen.
- 3) Sich mit der nothwendigen Artillerie und Zugehör versehen.

4) Eine



4) Eine Kreiskasse zur Bestreitung der nothwendigen Auslagen des ganzen Kreises errichten.

5) Aus dem vorrathigen Geld, auf Kosten des in Stellung seines Kontingents säumigen Standes, anderes taugliches Volk annehmen,

6) und die darauf ergangenen Kosten und Schaden von dem Säumigen sodann exekutive beytreiben.

C. Aller Kreise gegeneinander.

1) Sie sind verpflichtet, einander α) ohne alle Ausnahme und Ausflucht unverzügliche Hilfe zu leisten; β) den Fuß der Mannschaft und Verfassung jeder dem anderen bekannt zu machen.

2) Der *Kreisoberste* mit Rath seiner Zugeordneten ist daher berechtigt und verpflichtet,

a) die nächsten vier Kreise zu Hilfe zu rufen.

b) Alsdenn das Kommando der übrigen Truppen zu führen, und

c) im



- c) im Falle der Unzulänglichkeit dieser Hilfe, es dem Kurfürst von Maynz anzuzeigen.
- 3) Der Erzkanzler soll dann im Namen des Kaisers die dazu besonders ernannte *Reichsdeputation* nach Frankfurt berufen.
- 4) Die *Reichsdeputation* hat mit Zuziehung des allenfalls dabey erscheinenden kaiserlichen Kommissars
- a) über die Hilfe zu berathschlagen,
 - b) nöthigen Falls die übrigen Kreise aufzubiethen.
 - c) Sich wegen des Generalkommando zu vereinigen.
 - d) Oder, wenn die Macht des Feindes zu groß, es dem Kaiser zur weiteren Berufung eines Reichstages gutächtlich zu berichten.
- 5) Bestimmung der Bestreitung der Kosten, des Verfahrens gegen den säumigen Stand, Kreis, oder dessen Obersten u. f. w.



§. 86.

Diese E. O. ward in den folgenden Jahren 1559. 64. 66. 70. 76. 82. 95. wiederholet, und noch in dem jüngsten R. A. zu Regensburg von 1654. erneuert.

§. 87.

Der Zweck der Reichsexekutionsordnung von 1555. ist also die Bewirkung und Erhaltung der *inneren* und *äußeren* Sicherheit des Reichs.

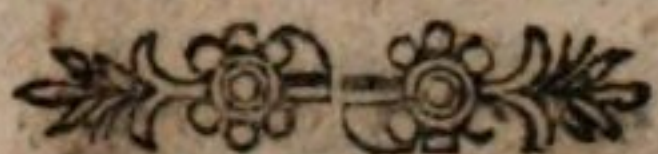
a) Der *inneren*.

1) Die Veranlassung zu dieser Exekutionsordnung gab der unruhige Markgraf Albrecht von Brandenburg-Kulmbach. Also eine innere Empörung im Reich.

2) Die Grundlage der R. E. O. war das a. 1512. errichtete Kreisystem; dessen Zweck aber die Handhabung der *inneren* Ruhe und Sicherheit; insbesondere des Landfriedens, und

3) dieser war vorzüglich gegen *innere* Feinde, und wider alle Vergadderung und Aufwieglung gerichtet.

b) Der



b) Der *äusseren*.

1) Der Zweck des *Kreisystems* erstreckte sich auch auf jene ausserhalb des Reichs, die dieses oder dessen Glieder beschädigen, vergewältigen, bedrücken.

2) Der Landfriede von 1548, den das *Kreisystem* handhaben soll, bezieht sich auf alle thätliche Handlung derjenigen, welche das Reich und dessen Stände bekriegen, überziehen, und ihr Land und Leute einzunehmen, und zu beschädigen sich unterfangen.

3) Der R. A. von 1570. erklärt §. 19. ausdrücklich.

Dass diese exekutionsmässige Hilfe auch gegen die äusseren Feinde des deutschen Reichs angewendet werden soll. Eben so auch der

4) R. A. zu Regensburg von 1654 §§. 178. und 185. (§. 85.).

2. *Reichskriegsmatrikeln*.

I. *Wormser Reichsmatrikel* 1521.

a) Entstehung.

§. 88.



§. 88.

Der besoldete Reichsfoldat (§. 83.) gab den *Kriegsmatrikeln* in Deutschland den Ursprung. Da der Kaiser statt der persönlichen Kriegsdienste von dem Reichsvasall Geld annahm, so mußte diese Geldsumme, die an die Stelle der persönlichen Dienste trat, berechnet werden; und hierzu bedurfte es eines Maasstabes. Um diesen zu finden, brachte man

alle Lehenleute des Reichs,
alle Schutzverwandte des Reichs,
alle von den Kaisern mit Freyheiten
begnadigte Städte und Klöster
in besondere Verzeichnisse, und schlug jeden nach *seinem Vermögen*, das man aus der Erhebung des gemeinen Pfennings entdeckt hatte, an. Hiernach ward, so oft es die Umstände erforderten, die Anzahl der Gleven und Schützen bestimmt, welche nebst anderen nothwendigen Kriegsgerathe, jeder Reichslehenmann zu stellen und zu liefern, oder dafür das Geld zu erlegen hatte. So entstanden die *Reichsanschläge*, die *Reichsmatrikeln*.

§. 89.



§. 89.

Ueber diese Reichsansschläge gab es aber immerfort Anstände; immer Klagen, und Beschwerden wegen *Ungleichheit*: die Nothwendigkeit der Erneuerung der Matrikel kam also bey jeder Gelegenheit wieder. Daher entstanden die Reichsansschläge von 1422. 27. 31. 67. 71. 80. 81. 86. und 1489. Also blieb die Kriegsverfassung immer schwankend und unsicher; und konnte folglich dem Zweck, der Behauptung der äusseren Sicherheit des Reichs, welche zu diesen Zeiten im Ost von den Türken, und im Süd von den unruhigen, und eroberungsfüchtigen Königen von Frankreich ununterbrochen bedrohet, und zum Theil erschüttert ward, nicht entsprechen.

§. 90.

Einen Theil dieser Kriegsverfassung, nämlich die Eintheilung des Reichs in 10 Kreise, und die Anordnung des Kreishauptmanns und dessen Zugeordneter brachte zwar Kaiser Max. I. auf dem

M

Reichs-

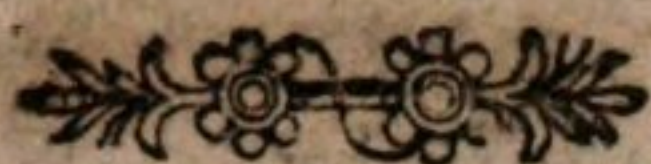


Reichstag zu Trier und Kölln a. 1512. zu Stande.

Aber die Ausführung der Hauptsache, d. i. der fortdauernden Festsetzung einer bestimmten von jedem Reichsvasall in Geld und Mannschaft zu leistenden Hilfe gelang erst Karl dem V. auf dem Reichstag zu Worms a. 1521. Daher die berühmte *Wormser Reichsmatrikel* von 1521.

§. 91.

Um dieses nach dem Ausdruck der Stände, *so kostbare Werk* durchzusetzen, bediente sich Karl V. der *Vorspiegelung* des *vorhabenden Römerzugs*. Die ewige Dauer der Wormser Matrikel, und die Bestimmung derselben zu einem perennirenden Normativ für alle künftige — die Leistung der Kriegsdienste nothwendig machenden Fälle lag also nicht in den damaligen Gefinnungen der Reichsstände; wohl aber des Kaisers. Diesem gelang es, allmählig es dahin zu bringen, daß die Wormser Matrikel vorerst a. 1542 und 1544 zu einer *beharrlichen Hilfe gegen die Türken*, und a. 1555



1555 zu einem *beständigen Kriegsfuß*, und *immerwährenden Normal* in Friedensbruchfällen angenommen ward.

b) *Schicksal der Wormser Reichsmatrikel.*

§. 92.

So war denn die Wormser Reichsmatrikel als perennirender Kriegsfuß festgesetzt. Aber sie hatte wesentliche Gebrechen. Drückendes Mißverhältniß manches Anschlags zu dem Vermögen des Standes; und Ungleichheit der Anschläge überhaupt waren die vorzüglichsten Ursachen der Unausführbarkeit, und eine höchstfruchtbare Quelle von Klagen, Beschwerden, Widersprüchen. — Die Matrikel war bey ihrer ersten Verfertigung nur für einen Römerzug bestimmt (§. 90.). Dieses und die Ehre, den Kaiser unter einem eigenen Rennpanier zu begleiten, mochten manchen bestimmen, mit dem an ihn gefonnenen, obgleich zu hohen Anschlag es eben so genau nicht zu nehmen. Für die mächtigeren Fürsten hatte diese



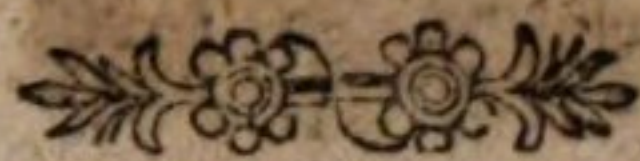
Ehre weniger Reiz: sie übernahmen also einer Seits für sich möglich geringe Anschläge: und halfen andrer Seits sehr willig, die gröfseren Bürden auf andere überschieben. Die Reichsstädte insbesondere nahmen an der Verfertigung der Matrikel gar keinen Antheil, und waren damals mächtig und reich: endlich waren nur die Reichslehenleute in die Matrikel aufgenommen.

Es war also sehr natürlich, dafs die Bestimmung derselben zu einer fortdauernden Norme, zahllose Klagen, Beschwerden, Vorstellungen, Widersprüche, Moderationsgesuche — erzeugte.

§. 93.

Diesen Beschwerden abzuhelpfen rechneten die Kaiser unter ihre vornehmsten Regierungspflichten. Daher die vielen Moderationstäge a. 1545. 51. 57. 67. 77. Daher die Rektifikationsversuche auf den Reichstagen von 1570. 1576. 1582. 1594. — Daher die anderweiten Verbesserungsvorschläge des Kaisers Maximilian II. a. 1570. u. f. w.

§. 94.



§. 94.

Aber alle Bemühungen für die Aufrechthaltung der Wormser Matrikel waren fruchtlos. Und da die vollziehende Gewalt damals schon, nur auf dem Papier, eine vortreffliche Organisation hatte, so that zuletzt jeder, was ihm beliebte; so, daß gegen Ende des XVten Jahrhunderts das Kriegsheer des grossen deutschen Staats, dessen Bevölkerung keinem andern in Europa nachstehet, nach der Wormser Matrikel, und den theils rechtmässigen, theils willkührlich angemessenen Moderationen der Stände, kaum 16 oder 17000 Mann in Simplo betrug.

II. *Reichskriegsfuss* von $\frac{1669}{1672}$ und 1681.

a) Geschichte.

§. 95.

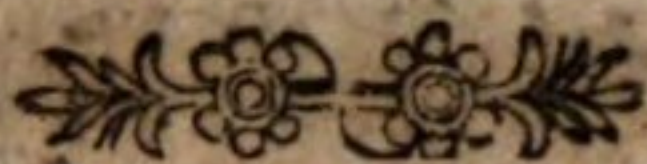
Bey diesem kläglichen Zustande der deutschen Kriegsverfassung suchten sich die Reichskreise und Stände auf andere Arten zu helfen. Einige Kreise, als
Schwa-



Schwaben, Franken, und Bayern, errichteten Landmilizen; andere schlossen Bündnisse, worunter der Rheinische Bund der merkwürdigste. Andere thaten gar nichts, und legten die Sorge für die Angelegenheiten des Vaterlandes in die Hände der allweisen, und allgütigen, alles zum Besten der Sterblichen leitenden Vorsehung. Allein! *dieses* fromme Nichtsthun einer — und *jene* isolirten Maasregeln andrer Seits vermochten nicht, die raschen Unternehmungen der Eroberer im Süd und Ost — aufzuhalten, oder zu entkräften. Die Noth erzwang endlich a. 1664. den deutschen Fürsten und Ständen die Bewilligung einer — aber nicht nach der Wormser Matrikel, sondern nach den Verhältnissen und Kräften der Reichsstände und Kreise bemessenen *Reichsbilfe* gegen die Türken.

§. 96.

Fünf Jahre hernach bewirkte die Noth abermal, was in wohlgeordneten Staaten nur Resultat weiser Entschlüsse der Regierung ist; doch war es kein *ständiger* Kriegs-



Kriegsfuß; wornach die Mannschaft zu dem damals beschlossenen Reichskriegsheer von 30,000 Mann gestellt ward; aber er gründete den — in den folgenden Reichskriegen von 1702. 1734. 1756. 1792. immer beybehaltenen Reichskriegsfuß von 1681; nach welchem das Reichskriegsheer im Einfachen 40,000 Mann, und zwar ein Drittheil Kavallerie und zwey Drittheile Infanterie beträgt, oder vielmehr betragen sollte.

Da die unten bemerkte Schrift e) den Ursprung, und die Beschaffenheit beyder Reichsmannschaftsfüße von 1669 und 1681 aus den Reichstagsverhandlungen bereits vortreflich dargestellt hat, so will ich aus derselben, um unnöthige Wiederholungen zu vermeiden, nur jene Bemerkungen hier ausheben, welche einen hinlänglichen und deutlichen Begriff von den staatsrechtlichen

Ei-

e) Pragmatische Erörterung der Grundsätze der deutschen Reichskriegsverfassung. Frankfurt und Leipzig 1795. in 8. Aus welcher ich überhaupt diesen Grundriß gezogen habe.



Eigenschaften beyder Normative zu verschaffen im Stande sind.

b) Staatsrechtliche Bemerkungen

α) über den Reichskriegsfuss von 1669
1672

§. 97.

Die Entstehungsgeschichte des Reichskriegsmannschaftsfusses von 1669 setzt folgende Sätze außer allen Zweifel.

1) Die im Jahre 1669 beliebte Festsetzung des Reichskriegsheers auf 30,000 Mann und deren Vertheilung unter die sämmtlichen Reichskreise beruhet lediglich auf dem *freywilligen Anerbiethen der Kreise*.

2) Dieses Anerbiethen, und diese Bewilligungen der Reichskreise geschehen nur per modum provisionis, und so, daß die damals von den Kreisen geschehenen Erklärungen und Uebernehmungen der zum Reichskriegsheer zu stellenden Kreismilitärmannschaften einem jeden Kreis und Stand ohne Nachtheil und Konsequenz seyn sollten.

3) Der



3) Der Kriegsfuß von 1669 weicht von der Wormser Matrikel von 1521 sowohl in Ansehung der Proportion der Kavallerie zu der Infanterie als auch in Rücksicht der Kontribuenten ganz ab; denn

a) die Wormser Matrikel verlangt an Kavallerie $\frac{1}{8}$, und an Infanterie $\frac{5}{8}$ tel, der Kriegsfuß von 1669 aber an Kavallerie $\frac{1}{3}$, und an Infanterie $\frac{2}{3}$.

b) Die Wormser Matrikel verlangt die Anlagen von den *einzelnen* Ständen; der Kriegsfuß von 1669 aber von dem *ganzen Kreis*, und verweist die einzelnen Stände unmittelbar an die Kreise.

4) Die Bestimmung des jeden Kreis betreffenden Anthells an den 30,000 M. wurde der bloßen Willkühr der einzelnen Kreise überlassen.

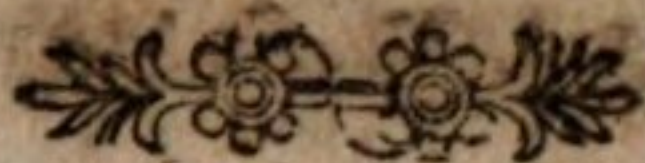
5) Es kann sich also kein Kreis über ein zu hohes ihm zugetheiltes Kreismilitärquantum beklagen. (N. I.)

6) Der Kriegsfuß von 1669 war nur ein auf 6 Jahre festgestellter Provisionalfuß.

7) Er



- 7) Er hob also die Nothwendigkeit der Rektifikation der Wormser Matrikel nicht auf.
- 8) Die Unterabtheilung des ganzen Kreis-militärquantums unter die einzelnen Stände jedes Kreises — ward vom Reichsoberherrn den Kreisen überlassen. Was also nach den Principien des natürlichen Staatsrechts Pflicht und Geschäft des Oberherrn ist, ward zu einem einheimischen Geschäft gewisser im Staat vorhandenen — freylich von ihm selbst gestifteten Gesellschaften gemacht.
- 9) So wie bey Uebernahme des Kreis-militärquantums die Wormser Matrikel nicht zum Grunde gelegt ward (N. 2. 3); kann dieses auch bey der weiteren Eintheilung desselben unter die Stände jedes Kreises — nicht geschehen. Denn hätte man dieses gewollt; so hätte es der weitläufigen und mühefamen Verhandlungen nicht bedürfet, um den Provisionalfuß v. 1669 zu Stande zu bringen; sondern man hätte



hätte sich lediglich an die Wormser Matrikel halten können — und auch sollen.

10) Da es also bey Regulirung dieser Subrepartition an einer gesetzlichen positiven Norme fehlt; so muß diese nach den Prinzipien des natürlichen Staatsrechts aufgefucht und festgestellt werden.

Dieselbe aber stellen die Bevölkerung jedes Landes als den einzig zweckmäßigen, und vernünftigen Maassstab auf, nach welchem die waffenfähige Mannschaft bestimmt werden kann und *muß*.

11) Dieser Maassstab hätte zwar auch bey Bestimmung des ganzen zum Reichskriegsheer zu stellenden Kreismannschaftquantum zum Grunde gelegt werden sollen: da dieses aber nicht geschah, so würde die Klage eines Kreises über einen zu hohen Mannschafsanschlag nur dann gerecht seyn, und die Aufmerksamkeit des Oberherrn verdienen, wenn derselbe beweisen könn-



könnte, das Quantum stehe mit der Bevölkerung des Kreises in keinem Verhältniß: diese mache also die Stellung desselben unmöglich.

12) Da man aber aus den Populations- tabellen der sämmtlichen Reichskreise sich überzeugen kann, daß der von dem Misverhältniß des ganzen Kreismilitärquantums zu der Bevölkerung jedes Kreises hergenommene Klagegrund durchaus nicht Statt hat, so kann und darf auch der Oberherr auf dergleichen Klagen, Beschwerden, und Behauptungen keine Rücksicht nehmen.

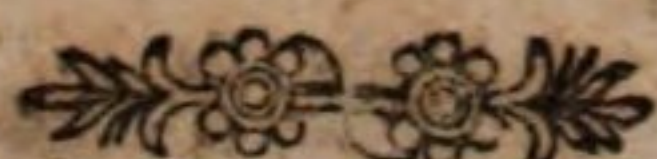
13) In jenen Kreisen, welche bey der Subrepartition des Kreismilitärquantums die Bevölkerung nicht zum Grunde gelegt haben, ist es dennoch leicht möglich, daß einzelne Stände eine mit dem Populationsstand ihrer Besitzungen in keiner Proportion stehende Anzahl zu stellender Mannschaft auf irgend eine Art zugetheilt erhalten haben; in diesem Falle würde die Beschwerde
des



des einzelnen Kreisstandes über zu hohes Mannschaftsquantum gerecht und gegründet seyn; ungeachtet der Kreis selbst zu dieser Beschwerde nicht berechtigt ist.

14) Findet der Oberherr nach geschehener Untersuchung diese Klage des einzelnen Standes gerecht und gegründet, so ist er *verpflichtet*, ihr abzuhelpen, *d. i.* dem einzelnen Stande eine Moderation der von dem Kreise ihm zugeheilten Militärquote zu bewilligen; somit diese mit dem Populationsstand seiner Besizung in Uebereinstimmung zu bringen.

15) Diese Moderation aber begründet den rechtlichen Schluss auf die Verminderung des *ganzen Kreismilitärquantums* keineswegs; weil die Moderation des Oberherrn nur die Erklärung ist: das diesem einzelnen Stande zugeschiedene Quantum sey zu dem Populationsstand *seines* (des einzelnen Standes) Gebiethes unverhältnismässig. Die Unverhältnismässigkeit *eines Theils* aber invol-



involvirt noch nicht die Unverhältnißmäßigkeit des *Ganzen*; welche letztere doch ganz allein die Beschwerde des Kreises selbst begründen und rechtfertigen kann (N. II).

16) Sehr ungegründet, und allen Grundsätzen des Rechts widersprechend ist die Einwendung: *Niemand kann auf Unkosten des Dritten von dem Oberherrn begünstiget werden: dies folgt aber nothwendig aus dem (n. 15.) aufgestellten Satz; weil diesem zufolge die übrigen Stände die dem einen Stand durch die bewilligte Moderation abgenommene Bürde übernehmen und tragen müßten.*

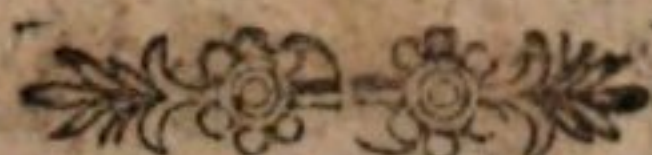
Denn diese Moderation ist keine Begünstigung; keine Gnadenfache; sondern strenge Pflicht des Oberherrn; strenge Foderung der Gerechtigkeit: weil sie dem Stand eine Pflicht abnimmt, deren Erfüllung ihm unmöglich ist: oder giebt es vielleicht Pflichten für das Unmögliche?

Da das ganze Kreiskontingent mit der Population des Kreises im Verhält-



hältniß; ja weit unter demselben bey vielen — vielleicht allen Kreisen stehet (N. 12.); so ist es evident, daß die übrigen Stände, außer dem moderirten, bey der Subrepartition an dem ganzen Kreisquantum keinem verhältnißmäßigen Antheil übernommen — oder zugeschieden erhalten haben.

Dadurch aber sind sie dieser ihrer Pflicht nicht entlediget worden: diese dauert also noch fort: und durch die Bewilligung der Moderation erklärt der Oberherr, daß der Fall nunmehr wirklich eingetreten ist, wo jene Pflicht übernommen und erfüllt werden *muß*; wer sich dessen weigert, will, daß sein Mitstand eine Bürde tragen soll, die er nicht tragen kann, unter welcher er also erliegen und zu Grunde gehen muß; er will also seinen Vortheil auf Unkosten, und mit dem Verderben seines Mitstandes befördern. Diefs widerspricht aber laut und offenbar der in dem natürlichen Staatsrecht gegründeten (§§. 53. 54. 55.)



55.) und in den positiven Grundgesetzen des deutschen Staats *f*) so oft und vielmal eingeschränkten Gleichheit in Tragung der Staatslasten.

17) Also ist der nicht moderirte Kreisstand, dem ein gleicher Moderationsgrund, nämlich das Mißverhältniß zu dem Populationsstand, nicht zur Seite steht, verpflichtet den Abgang zu übernehmen.

18) Der Steuerfuß ist von dem Mannschafftsfuß wesentlich verschieden; jener ist das Vermögen der Bürger, wovon die Grundstücke einen Hauptbestandtheil ausmachen; *dieser* die Bevölkerung. Einer Seits also begründet die Moderation der Geldbeyträge nicht den Schluss auf die zugleich bewilligte Moderation der zu stellenden Naturalmannschaft, und erstreckt sich

f) Ratif. R. G. A. dict. 16. April 1734. (bey Pachner IV. 444.)

R. G. A. v. 2ten May 1676. (Pachner II. 37. 58. — und andere mehr.)



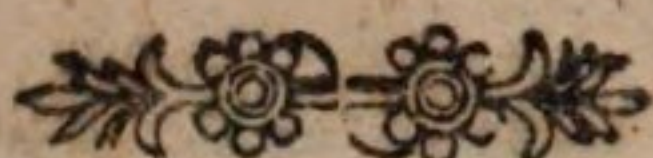
sich anderer Seits auch nicht auf jene Reichssteuern und Geldbeyträge, welche nach Proportion der zu stellenden Mannschaft entrichtet werden müssen.

ß) Ueber den Reichskriegsfuss von 1681,

§. 98.

Nachstehende Bemerkungen sind aus den Reichstagsverhandlungen gezogen, und geben mit den daraus abgeleiteten Folgesätzen eine richtige Vorstellung von der staatsrechtlichen Beschaffenheit des Kriegsfusses von 1681.

- I) Am 23ten May 1681 kam ein Reichsgutachten zur Diktatur, worinn beschlossen wurde, daß neben der von Sr. kaiserl. Majestät auf ihre Kosten zu stellen und zu unterhalten anerböthenen Mannschaft, von Reichswegen 40,000 Mann, und zwar 10,000 schwere Reuterey, 2000 Dragoner, und 28000 Mann zu Fufs an geworbenem guten und wohlgeübten Volk



gestellt und so lang, *bis* man befinden wird, dass es des Reichs Nothdurft und Sicherheit nicht mehr erfordern g), unterhalten — alsdenn aber nach Befinden der Sache verringert oder abgeschafft werden sollen.

2) Dieses R. G. A. erhielt die kaiserliche Genehmigung dictat. 28. Junii 1681 b).

3) Bey der Eintheilung dieser 40,000 Mann in die sämmtlichen Reichskreise konnte die Matrikel von 1521 nicht zum Grunde gelegt werden, weil sie noch nicht rektificirt war (§. 92 — 94); und den Populationsstand wollte man nicht zum Maassstab annehmen; es blieb also nichts übrig; als den Fuss von 1669 d. i. die A. 1669 freywillig geschehenen Anerbiethungen der Kreise zum Grunde zu legen: dies war einer Seits eine nothwendige Folge der damaligen Lage der Dinge, und

g) Bey Pachner 2. Th. S. 312, 313.

b) Bey Pachner 2. Th. S. 316.



und andrer Seits eine obgleich nicht ganz tadelfreye, doch solide Grundlage.

Denn hätte man auch die Bevölkerung als Norme der Eintheilung aufstellen wollen, so würde die mit der Natur dieses Geschäfts unzertrennlich verknüpfte Weitläufigkeit und Langsamkeit der Operation mit der damals sehr dringenden Nothdurft des Reichs unverträglich gewesen seyn. Tadelfrey aber war die Grundlage nicht, weil sie nicht auf der genauen Berechnung des Vermögens und des Bevölkerungsstandes der einzelnen Gebiethe ruhte; demungeachtet solid, weil man voraussetzen kann und muß, daß die freywilligen Erklärungen der Kreise a. 1669 mit Ueberlegung, und Bedacht gemacht worden waren.

- 4) Ruhet nun aber die Eintheilung des ganzen Kreismilitärquantums nicht auf der Wormser Matrikel; so konnte diese auch bey der Subrepartition derselben unter die einzelnen Stände je-



des Kreifes nicht zum Grunde gelegt werden (§. 97 N. 9).

5) Hingegen ſcheint es eben ſo gewiß zu ſeyn, daß die vorher den einzelnen Ständen bewilligten Moderationen von dieſen bey der Subrepartition nicht geltend gemacht werden können; weil ſie nur in Anſehung des in der Reichsmatrikel von 1521 beſtimmten Mannſchaftsanſchlags, worauf bey der Feſtſetzung der 40,000 Mann und der Uebernahme des Kreisquantums keine Rückſicht genommen worden, ertheilet worden ſind.

6) Nur dann würden die moderirten Stände ihre vom Reich erhaltenen Moderationen zu reklamiren befugt ſeyn, wenn die Subrepartition die Wormſer Matrikel als Norme annehmen wollte: welches aber durchaus nicht Statt hat.

7) Eben ſo unbezweifelt iſt es, daß die ſeit 1669 eingechlichenen, theils eigenmächtig angemafsten, theils von den Kreiſen ertheilten Moderationen

we-



weder von den einzelnen Ständen, noch von den Kreisen selbst gegen den Kriegsfuß von 1681 gültig gemacht werden können; weil selbst der Zweck, *d. i.*, die Stellung eines Reichskriegsheers von 40,000 Mann — und die dadurch zu bewirkende äußere Sicherheit des Reichs, schlechterdings nicht realisirt werden könnte: und die ganze mühsame Verhandlung, wodurch endlich der Kriegsfuß v. 1681 zu Stande kam, unnütz und fruchtlos seyn würde.

- 8) Ueberhaupt sind die über den Kriegsfuß von 1669 gemachten Bemerkungen (§. 97) auch auf den von 1681 anwendbar. Nur darinn zeigt sich zwischen diesen zwey Kriegsmannschaftsnormen ein bedeutender Unterschied, dafs, ob zwar nach dem Buchstab des R. G. A. von 1681 der Kriegsfuß von 1681 einzig und allein *amore boni publici* acceptirt worden, und weder jetzt noch ins künftige für einen Matrikularanschlag gehalten werden



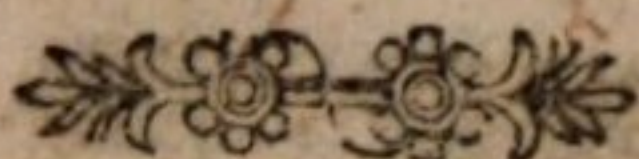
den soll, er dennoch nach der Absicht und der ausdrücklich beygesetzten Bedingung ein fortdauernder Kriegsfuß ist, und so lange als verbindliche Norme bestehet, bis entweder die Wormser Reichsmatrikel völlig berichtigt — oder ein anderer Reichsmannschaftsfuß verfassungsmäßig angeordnet seyn wird (N. I).

3) *Weitere Ausbildung der Kriegsverfassung des deutschen Staats.*

§. 99.

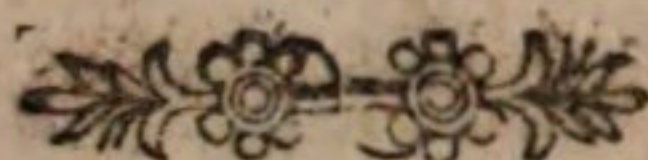
So war denn die Stärke des Reichskriegsheers im Jahre 1669 auf 30,000 und a. 1681 auf 40,000 Mann auf eine der Konstitution gemäße Art verbindlich festgesetzt, und jedem Kreis das ihn treffende Militärquantum auf eben diese Weise zugetheilt.

Damit war aber bey weitem noch nicht alles gethan, um dem deutschen Kriegswesen eine — die Realisirung des Zwecks versprechende Verfassung zu geben.



ben. Die Subrepartition der Kreismilitärquoten ward den einzelnen Kreisen überlassen, ohne den Grundsatz festzustellen, wornach sie geschehen soll. Dieß war eine wesentliche Lücke, welche unter anderen schlimmen Folgen den ungeliebten Kreisusualfuß erzeugte. Sie ausfüllen konnte das Reichsoberhaupt für sich allein nicht; und die Stände wollten nicht. Dieß allein beweist schon, daß die Kriegsverfassung des deutschen Staats noch sehr weit von jenem Grad der Vollkommenheit entfernt ist, auf welchem sie in den übrigen Staaten Europas stehet. Deutschland hat dieses Gebrechen schon theuer genug büßen müssen; dennoch war man noch nie bedacht, ihm abzuhelpen.

Dieser Tadel trifft jedoch die Repräsentanten des deutschen Staats nicht in Ansehung anderer zwar nicht gleich wichtigen — aber doch auch zur gutgeordneten Kriegsverfassung nothwendigen Anordnungen.



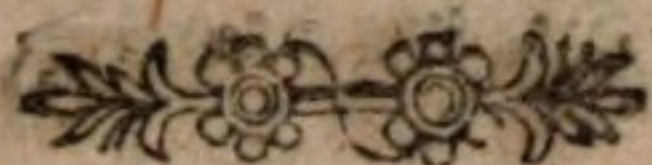
§. 100.

Als der Kaiser a. 1671 und 1672 sowohl bey dem Reichstag, als bey den kreisauschreibenden Fürsten die unverweilte Aufstellung und Austheilung der a. 1669 beliebten 30,000 Mann samt al-lem An- und Zugehör betrieb, so willigte der Reichstag dazu ein.

Dieser I. befahl, daß die ständischen Kontingente in den Kreisen, wo es noch nicht geschehen, unverweilt repartirt, ausgerüstet, dem Reichsgeneralissimus zu des Kaisers, und Reichs Diensten beeidiget, von einem jeden Stand mit Sold und Munition durchaus gleich versehen werden sollen.

Er legte den Kreisen zur Pflicht auf die Völker mit dem nothwendigen Proviant zu versehen, er befahl, überliefs jedoch ihnen die Eintheilung der Regimenter, die Auswahl der Farben, und die Sorge, den Abgang der Mannschaft durch Rekrutirung wieder zu ersetzen, und dem gemeinen Mann den Ankauf der Lebensmittel zu erleichtern.

Man



Man erinnerte die Kreise, daß sie die Mannschaft zum schuldigen Gehorsam gegen den Reichsgeneralfeldmarschall anweisen, und selbe ohne Zurückfordern bey der Reichsarmee lassen sollen.

Man entwarf Instruktionen für den Reichsgeneralfeldmarschall, und die übrige Generalität, für die Kriegsräthe, und Kriegsrathsdirektoren, und für den Kriegskommissär; man verfaßte Kriegsartickel, Verpflegungsordonnanzen, und Beeidigungsformeln.

Man bestimmte den Reichsgeneralstab, das Personal der Artillerie, und den Rang der Reichsgeneralität; organifirte den Kriegsrath, legte in demselben bey entstehender Stimmengleichheit die Entscheidung dem R. G. Feldmarschall bey; verordnete eine vollkommene Gleichheit unter den verschiedenen Officieren und im Gewehr; und überliefs den Rang der Regimenten der Entscheidung des Looses.

Man setzte den Gehalt der Generalität, des Staabs, und des dazu gehörigen Personals fest, und wies einen jeden Stand an,
nach



nach der Zahl des ihm zufallenden Kontingents auf den Reuter 2 fl., und auf den Infanteristen 40 kr. zu ihrem Unterhalt beyzutragen u. f. w.

II. Man errichtete eine *Reichskriegskasse*, befahl in Ansehung der *Artillerie* die Anschaffung, die Zahl und Beschaffenheit des *groben* und *leichten* Geschützes, und ordnete eine Kriegskanzley an etc. i).

§. 101.

In den folgenden Zeiten wurden diese Anordnungen theils näher bestimmt, und erläutert, theils erweitert. Der Reichstag gab — das Marschwesen und die *Einquartierungen* betreffende Gesetze, er verordnete und empfahl die Errichtung der *Zeughäuser* und *Magazine*, beforgte die Wiederherstellung und Erhaltung der *Reichsvestungen*: mit einem Wort: Die anord-

i) Ich begnüge mich hier, und für meinen Zweck ist es jetzt genug, von allen diesen Anordnungen nur einen summarischen Auszug aus der *pragmatischen Erörterung der Grundsätze* etc. S. 40. hier einzurücken.



ordnende Reichskriegsgewalt dehnte ihre Sorge auf alle Gegenstände des Reichskriegswesens aus: sie that alles, was sie für zuträglich, ausführbar, und nothwendig hielt, um der Kriegsverfassung des Staats eine — dem Zweck zufagende Einrichtung zu verschaffen.

a) *Die landesherrliche Kriegsgewalt.*

§. 102.

Die höchst wichtige und eben so delikate Frage: hat der deutsche Landesherr eine Kriegsgewalt? und in welchem Maaße? wird sich am zuverlässigsten und bestimmtesten beantworten lassen, wenn die einzelnen Bestandtheile, woraus die Kriegsgewalt als ein Ganzes zusammen gesetzt ist, durchgegangen werden; und von jedem ausgemacht wird, ob und wie ferne er als Recht und Pflicht dem Landesherrn zustehet.

α) *Recht der Bewaffnung und der Kriegsführung.*

§. 103.

Die oberherrliche Kriegsgewalt zerfällt in zwey Hauptäste, 1) das Recht der
Be-

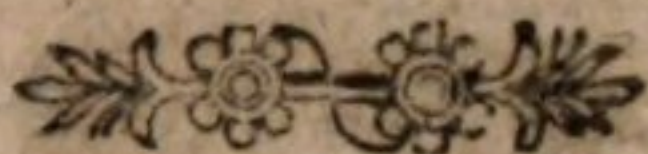


Bewaffung, 2) das Recht der Kriegsführung. (§. 20. f.). Jenes verhält sich zu diesem wie das Mittel zu dem Zweck. Nur die Pflicht zur Realisirung des Letzteren giebt die Pflicht und das Recht zur Anwendung des Ersten. Wer nicht verpflichtet ist, einen gewissen bestimmten Zweck wirklich zu machen, kann sich auch das Recht und die Pflicht, die Mittel anzuwenden, nicht zueignen. Ich glaube, diese Sätze sind evident, und sie gewinnen in der Anwendung auf Staaten, und die Pflichten und Rechte der Oberherren an Stärke und Evidenz: weil die rechtswidrige Ausdehnung der oberherrlichen Rechte und Pflichten das Unglück und Verderben einer ganzen Nation, also vieler Millionen Menschen gründen und befördern kann. Der Landesherr hat also nur insoweit das Bewaffnungsrecht, als ihm das Recht der Kriegsführung zusteht.

§. 104.

Steht nun dem Landesherrn das Recht der Kriegsführung zu?

Der



Der Zweck eines jeden Kriegs ist Behauptung der Sicherheit des Staats gegen offenbare äußere Feinde desselben; Sicherung gegen Gefahr und Angriff von außen.

Der Landesherr ist nicht verpflichtet, diesen Zweck zu realisiren (§. 11); also hat er auch nicht das Recht, das dazu nothwendige Mittel in Ausübung zu bringen, *d. i.* Krieg zu führen. Hätte er dieses Recht, so würde ihm auf Seiten der Landesunterthanen eine Pflicht entsprechen. Da aber die Kräfte der Unterthanen nicht zureichen, folglich die Erreichung des Zwecks ihnen unmöglich ist (§. 11); so haben sie die Pflicht nicht, wovon hier die Rede ist; also kann auch der Landesherr auf das Korrelat keinen Anspruch machen.

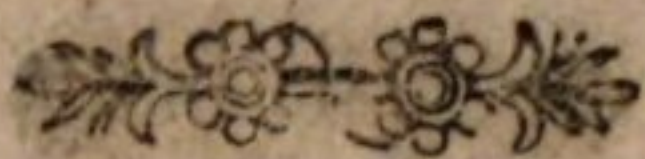
§. 105.

Der Krieg ist entweder ein Angriffskrieg oder Vertheidigungskrieg.

Der Landesherr hat nicht das Recht, Angriffskriege zu beschliessen und zu führen. Ich setze hier einen gerechten Angriffskrieg voraus.



voraus. In dieser Voraussetzung ist das Recht, zu dessen Verfolgung der Krieg geführt wird, ein vollkommenes, erzwingbares, ausgemachtes und sehr wichtiges Recht. Ein so geartetes Recht gehört zur Integrität des Reichs; deren Erhaltung aber ist Pflicht und Recht des Oberherrn; also kann sie nicht Pflicht und Recht des Landesherrn seyn. Denn wäre dieses, so würde den aus diesem Recht des Landesherrn fließenden Verfügungen auf Seiten seiner Landesunterthanen die Pflicht des unbedingten Gehorsams entsprechen. Aber eben dieses trifft auch bey den Verfügungen des Oberherrn ein. Da nun der Oberherr sowohl als der Landesherr in den — ihrem Wirkungskreis angehörigen Regierungs-Angelegenheiten nach eigenem Ermessen verfahren, dieses aber von den Einsichten abhängt, welche bey den Menschen sehr verschieden sind, so ist es sehr möglich, daß im gegebenen Falle die Beschlüsse, welche zu Behauptung des Rechtes, das durch den Angriffskrieg verfolgt werden soll, von



von dem Oberherrn einer — und von dem Landesherrn andrer Seits gefasst werden, sich widersprechen. In solchem Fall gäbe es also in dem deutschen Staate kontradiktorisch entgegengesetzte Pflichten. Dieß ist ungereimt. Also ist der Landesherr nicht berechtigt, Angriffskriege zu beschliessen, und zu führen.

§. 106.

Wenn der Landesherr berechtigt ist, Angriffskriege zu führen, so ist er auch berechtigt, unter gewissen Umständen etwas von seinem Land an den Feind abzutreten, und dadurch den Frieden herzustellen *k*). Dem Oberherrn aber ist durch die Grundgesetze die Pflicht auferlegt, die Integrität des Reichs mit allen seinen Kräften zu erhalten. Er ist also verpflichtet, die Abtretung eines — auch geringen Theils des Reichsterritoriums an auswärtige Staaten durchaus nicht zu gestatten. Und doch ist der Landesherr dazu berechtigt? —

Da

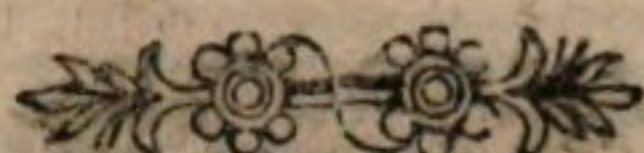
k) Schmalz nat. Staatsrecht. §. 151.



Da jeder Landesherr diese Berechtigung hat; da jede Trennung eines Theils vom Ganzen ein Schritt zur Auflösung des Ganzen ist; so hat die Konstitution die Landesherrn *d. i.* gerade die reichste und mächtigste Bürgerklasse, berechtigt, den Staat aufzulösen und umzustürzen. — Wie viele auffallende Widersprüche?

§. 107.

Wenn der Landesherr berechtigt ist, Angriffskriege nach eigenem Ermessen zu beschließen, und zu führen, so ist er auch berechtigt, sein Land allen Drangfalten des Kriegs auszusetzen, und seine Unterthanen dem Brand, den Verwüstungen, Plünderungen, Verheerungen des Feindes zu überliefern: und diese sind verpflichtet, diese oft unabwendbare Uebel des Krieges zu dulden: der Oberherr aber ist verpflichtet, das Wohl Aller und der Einzelnen auf alle nur mögliche Art theils unmittelbar, theils mittelbar durch seine Stellvertreter, die Landesherrn zu befördern. Der Landesherr spottet dieser Pflicht,



Pflicht, und fängt nach eignem Ermessen einen Krieg an.

Hier ist also eine Berechtigung, die die Erfüllung der Pflicht des Oberherrn unmöglich macht. (Vergl. auch §. 46.)

§. 108.

Der Landesherr hat nicht das Recht, einen Vertheidigungskrieg gegen auswärtige Mächte l) nach eignem Ermessen zu beschliessen und zu führen.

Hätte er dieses Recht, so müßte er auch dazu verpflichtet seyn. (§. 70.). Dieß Letztere fällt weg (§. 11.) als auch das Erste.

Wenn ein Landesherr von einem anderen Landesherren oder von einem auswärtigen offenbaren Feind angegriffen wird, so ist es Pflicht und Recht des Oberherrn, ihn zu schützen §§. 10. 11. f.
Also

l) Von diesen ist hier immer allein die Rede; da die Kriege unter den Landesherren selbst in den Grundgesetzen bey hoher Strafe verboten sind.



Also kann diese Vertheidigung gegen äußere Gefahren und Angriffe nicht Pflicht und Recht des Landesherrn seyn (§. 105.)

Wollte er seine Vertheidigung allein übernehmen; so würde er unklug und ungerecht handeln: *unklug*, weil er des Beystandes, wozu das Ganze ihm verpflichtet ist, sich nicht bedient; sich also der Gefahr, besiegt zu werden, und zu unterliegen, desto mehr aussetzet; *ungerecht*: weil er seinen Unterthanen die ganze Vertheidigungslast aufladet, an der nach den Grundgesetzen Alle Theil zu nehmen schuldig sind.

Die Unterthanen des Landesherrn sind also nicht verpflichtet, allein den Angriffen zu widerstehen; also kann auch der Landesherr das Recht nicht haben, Vertheidigungskriege zu beschließen, und zu führen.

§. 109.

Der Oberherr hat bereits alle jene Anstalten und Verfügungen getroffen, welche er zur Behauptung der öffentlichen
auf-



äußeren Sicherheit für nothwendig erachtet hat: (§. 80 — 101.). Weitere Anstalten sind also zu eben diesem Zweck nicht mehr nothwendig: und sind sie es, so ist es Pflicht des Oberherrn, sie vorzukehren. Wollten sie also von den Landesherren in ihren Landen auf Unkosten der Unterthanen angeordnet werden, so wären sie eine — die letzteren drückende und ungerechte Willkühr (§§. 10. 18.)

Die Landesherren haben also das Bewaffnungsrecht nur in jenem Maafse, in welchem es ihnen *als Pflicht des Gehorsams* durch die Grundgesetze übertragen ist. (§. 103.)

Die Anwendung dieses allgemeinen Grundsatzes auf die einzelnen in dem Bewaffnungsrecht enthaltenen Bestandtheile (§. 20 — 24.) giebt sich von selbst. Ich will also nicht länger dabey verweilen. Doch finde ich für nöthig, das den Landesherren beygelegte Recht, Vestungen anzulegen, einer besonderen Prüfung zu unterwerfen.

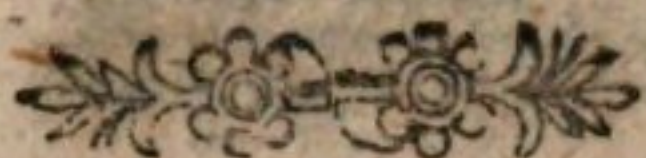


β) Das Recht der Landesherren, Vestungen zu bauen.

§. 110.

Nach den bisher aufgestellten Principien hat der Landesherr das Recht, Vestungen anzulegen, nicht. Diefes aber widerspricht den Grundgesetzen des Staates. Also sind jene Principien irrig. Dieser Schlusssatz folget nicht nothwendig aus der Prämisse, wenn auch diese richtig wäre. Allein! gegen die Richtigkeit des Satzes: Der Landesherr hat das Recht, wenigstens, *nöthige* Vestungen in seinem Gebieth anzulegen; dringen sich mir sehr gegründete Bedenklichkeiten auf; und diese werden zu einer Art von Verwunderung, wenn ich bey — berühmten Staatsrechtslehrern *m)* den Satz lese: das Recht, Städte zu bevestigen; und die Vestungen auszubessern, kommt in den Gebiethen der Landesherren kraft des §. 2. Art. VIII. des W. Fr. Schl. weder dem
Kaifer

m) Z. B. v. Selchow elem. jur. publ. §. 319.



Kaiser noch dem Reich, sondern vermöge des §. 4. Art. IV. der kaif. Wahlkap. einzig und allein den Landesherren zu.

Die vorzüglicheren Grundgesetze, welche das vorwürfige hoheitliche Bevestigungsrecht betreffen, sind

a) der §. 2. Art. VIII. des W. Fr. Schl.

b) Der §. 6. des IV. Art. der kaiserl. Wahlkap.

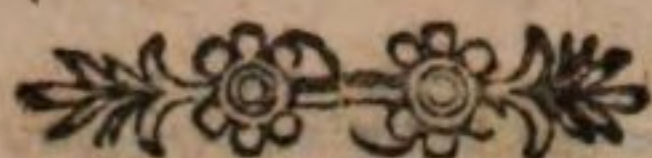
c) Der §. 180. des R. A. v. 1654.

Die Erörterung derselben, so weit sie dem Zweck gemäfs ist, und es die Grenzen dieser Abhandlung verstatten, wird hier nicht am unrechten Orte stehen.

§. III.

Der §. 2. des VIII. Art. des O. Fr. Schl. n) verordnet, dafs in allen Berathschla-

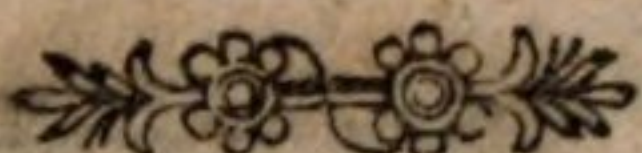
n) Art. VIII. §. 2. Gaudeant sine contradictione jure suffragii in omnibus deliberationibus super negotiis imperii, praefertim ubi leges ferendae vel interpretandae, bellum decernendum, tributa indicenda — *nova munimenta intra statuum ditiones exstruenda* — nec non ubi pax aut
foe-



schlagungen über Angelegenheiten des Reichs, insbesondere, wenn neue Vestungen innerhalb den Gebiethen der Reichsstände erbauet und angeleget werden sollen, die Stände sich des freyen Stimmrechtes zu erfreuen haben sollen. Die Anlegung solcher neuen Vestungen soll ohne reichstägliche und freye Einwilligung der Stände des Reichs nicht geschehen, noch verstattet werden.

Diese Verordnung setzet das Recht des Oberherrn, neue Vestungen in den Gebiethen der Landesherren anzulegen, offenbar voraus; denn sonst wäre sie höchst überflüssig, ja sehr widersinnig. Es ist widersinnig, einem Recht des Oberherrn, welches nicht existirt, Schranken zu setzen; widersinnig, dem Oberherrn Pflichten aufzulegen und Rechte einzuräumen, von deren Erfüllung und Ausübung einer Seits
 nie-

foedera facienda — nihil horum aut quicquam simile posthac unquam fiat vel admittatur, nisi de *comitiali* liberoque omnium imperii statuum suffragio et consensu.



niemal die Frage feyn kann; und wozu ihm andrer Seits das nothwendige Mittel genommen wird.

Wenn das Recht, neue Vestungen in den Besitzungen der Landesherren zu bauen und die alten auszubessern, vermöge des 2. §. VIII. Art. des O. Fr. Schl. ein ausschliessendes Recht der Landesherren ist; so ist es auch das Recht, den Reichskrieg zu beschliessen, Frieden im Namen des Reichs zu machen; mit einem Worte, die Reichsregierungsrechte müssen sammt und fonders ausschliessige Rechte der Landesherren geworden seyn, — weil kraft des angezogenen §. 2. zur rechtmässigen Ausübung derselben ebenfalls die freye Einwilligung der auf einem Reichstag versammelten Stände erfordert wird. Das sind eben so viele Ungereimtheiten als Worte und Sätze.

§. 112.

Allein! der §. 6. des IV. Art. der K. W. K. entscheidet offenbar für die Landesherren. Er lautet also:

Er



W. K. Leopold II. und Franz II.
 Art. IV. §. 6. „Jedoch S. und W. W. weder in währendem solchen Reichskriege, noch auch sonst in der Kurfürsten, Fürsten und Stände Landen und Gebiethen, auch reichsritterschaftlichen Orten und Gütern einige Vestungen von neuem anlegen, oder bauen, noch auch zerfallene oder alte wieder erneuern, vielweniger Anderen solches gestatten oder zulassen; *immassen dieses allein die Landesherren, nach den Reichsfatzungen, in ibren Territoriis zu thun befugt und berechtigt sind.*“

§. 113.

Diese Disposition der K. W. K. scheint nun dem im §. 109. aufgestellten Satz geradezu zu widersprechen. Aber dieß scheint nur: eine genauere Prüfung dieses §. 2. wird den Schein zerstreuen.

Vorderfamst glaube ich, daß, wenn diese Stelle der K. W. K. nach der Absicht der Wahlfürsten den Landesherren das Recht, neue Vestungen in dem Reichsgebieth anzulegen etc., mit gänzlicher
 Aus-



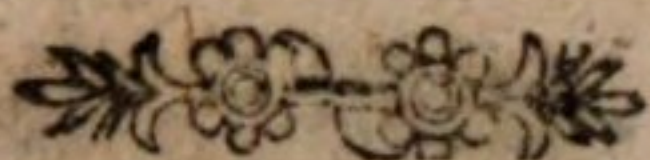
Ausschließung des Oberherrn einräumte, derselben die Kraft eines Grundgesetzes abgesprochen werden müßte. Denn in dieser Voraussetzung würde die K. W. K. einen wesentlichen Bestandtheil der Grundverfassung des Reichs umstoßen (§§. III. 19.), sie würde dem Oberherrn ein Mittel aus den Händen zu winden suchen, welches zur Handhabung der äußeren Sicherheit des Reichs nothwendig ist; dessen Nothwendigkeit bey entstehenden Reichskriegen weit dringender werden kann, — die Vernachlässigung aber der Nation den verheerenden Drangfalen des Kriegs desto gewisser Preys giebt; sie würde der Reichshoheit ein Majestätsrecht entziehen wollen, welches ihr nach einem älteren Grundgesetz, nämlich dem W. Fr. Schl. offenbar zuständig ist (§. III.) So weit reicht doch wohl das Wahlkapitulationsrecht der Kurfürsten nicht? Selbst die mit Beobachtung aller Förmlichkeiten hinzukommende Einwilligung des übrigen reichsständischen Korpus vermag nicht, einer solchen Disposition der W. K. die Kraft des Gesetzes zu



zu geben, weil die Repräsentanten der Nation Nichts verfügen können, was die Sicherheit und Wohlfahrt der Letzteren so offenbar und geradezu untergräbt: So etwas könnte ich nicht von dem Mißbrauch der Nationalrepräsentantenschaft unterscheiden.

Wollte man dergleichen Dispositionen mit der nothwendigen Sicherstellung der deutschen (Reichständischen) Freyheit rechtfertigen, so muß und wird die Vernunft erwiedern: vorerst muß diese vorgegebene Nothwendigkeit mit Evidenz erwiesen seyn; bey so hochwichtigen Angelegenheiten der Nation ist's nicht genug, daß man sich nicht weiß was für politischen Gespenster erschaffe und den Insinuationen gefährlicher Nachbarn, denen der dadurch geschmeichelte Egoismus noch eine besondere Stärke beyzulegen pflegt, Gehör gebe, um auf *eingebildete* Gefahren — höchstbedenkliche und *wahre* Gefahren des Umsturzes des Staats erzeugende Anordnungen zu bauen.

Jedoch,



Jedoch! mache auch die Sicherung der deutschen Freyheit solche Anordnungen nothwendig; ist denn diese Freyheit der höchste Grundsatz der Kritik der positiven Grundgesetze (§. 69)? soll das Wohl einiger Personen dem Wohl, und der Sicherheit von 30 Millionen Menschen vorgezogen werden? ist die Glückseligkeit, die Sicherheit, und Freyheit einer grossen Nation nicht mehr werth, als die Sicherheit und Freyheit einiger Wenigen? o)

§. 114.

Jedoch! die Kurfürsten hatten bey Einrückung der vorwürfigen Stelle in den §. 6. des IV Art. der K. W. C. die Absicht nicht, eine neue — von den Reichsfatzungen abweichende gesetzliche Verfügung zu machen.

Dieser §. 6. ist ein Enthymema, bey dem die Worte: *immassen* u. f. w. den Vorderatz ausmachen, und hat eigentlich diesen Bau:

Da

o) Garve über die Verbindung der Moral mit der Politik.



Da das Recht, neue Vestungen in den Landen der Reichsstände anzulegen etc., den Landesherren allein zustehet, so soll es der Kaiser dort nicht ausüben dürfen.

Der Schlusssatz ist richtig, wenn er so viel sagt: das gegenständliche Recht soll kein kaiserliches Reservatrecht sein. Die Prämisse aber ist irrig, da der W. Fr. Schl., worauf der Concipient der W. C. zu deuten scheint, nichts weniger festsetzet, als daß das vorwürfige Recht allein den Landesherren so und in dem Mafse zustehen soll, daß auch nicht von Reichswegen neue Vestungen in den Ständischen Territorien angelegt werden können (§. III).

Die Prämisse ist im unterstellten Fall eigentlich das Präsuppositum, das Motiv, und der Grund des Gesetzes: dieser Grund selbst aber ist nicht Gesetz, hat kein gesetzliches Ansehen. Seine Unrichtigkeit schadet daher auch dem Gesetz selbst nicht, sondern zeugt nur von der irrigen Meinung des Concipienten; er kann also auch als Beweis staatsrechtlicher Sätze nicht gebraucht werden.

Bliebe



Bliebe, des bisher Gefagten ungeachtet, diese Frage doch noch zweifelhaft, so müßte ihre Entscheidung *für* den Oberherrn und *wider* die Landesherren ausfallen (§. 78).

Das vorwürfige Recht behauptet also jetzt noch einen Platz unter den kaiserlichen Comitialrechten.

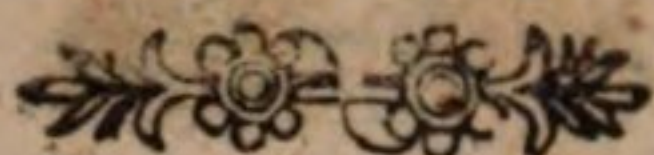
§. 115.

Der §. 180 des A. A. von 1654 lautet wie folgt:

„Sonderlich aber sollen jedes Churfürsten und Standes Landsassen, Unterthanen und Bürger zu Befetz- und Erhaltung der einem oder andern Reichsstand zugehörigen *nöthigen* Vestungen, Plätze und Garnisonen, ihren Landesfürsten, Herrschaften, und Oberen mit hülflichem Beytrag gehorfamlich an Hand zu gehen schuldig seyn. p)

Mit dieser Gesetzstelle muß die auf die von den Ständen nachgesuchte Ausdehnung dieses §. 180. — erfolgte kaiserl. Re-
fo-

p) Schmaufs Corp. iur. publ. acad. P. II. Seite 1018.



olution von 1670 q) sorgfältig verglichen werden.

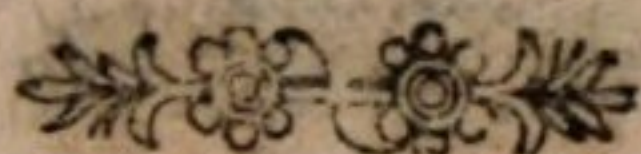
§. 116.

Wenn man den §. 180 des R. a. v. 1654 und die kaiserliche Resolution von 1670 (§. 115) mit einiger Aufmerksamkeit betrachtet, so liegen darinn nachstehende Wahrheiten:

- 1) Die Unterthanen sind verpflichtet, zur Erhaltung der einem Landesherrn zugehörigen *nöthigen* Vestungen, Plätze und Garnisonen mit *hilfflichem Beytrag* an Hand zu gehen.
- 2) Sie sind also nicht schuldig, die Kosten der Unterhaltung solcher nöthigen Vestungen *ganz* zu bestreiten.
- 3) Die Erhaltung und Besetzung derley festen Plätze setzt ihr Daseyn schon voraus: also ist der Landesherr nur unter zwey Bedingungen berechtigt, zu dem bestimmten Erhaltungszweck Geldbeyträge von seinen Unterthanen zu fodern:

a) Wenn

q) Bei Schmaufs a. a. O. S. 1077.



- a) Wenn die Vestung nothwendig ist,
- b) Wenn sie schon vorhanden ist.
- 4) Der Landesherr ist also nicht berechtigt neue Vestungen zu bauen, und die Kosten dazu von den Unterthanen ganz oder zum Theil zu erheben; also auch entspricht auf Seiten der Unterthanen dießfalls gar keine Pflicht.
- 5) Wenn auch der Landesherr überzeugt wäre, und überzeugen könnte, daß die neue Vestung, die er anlegen will, nothwendig ist. Die Entscheidung der Nothwendigkeit hängt nicht von der Urtheilskraft des Landesherrn ab: sie kann also auch für die Unterthanen nicht verbindlich seyn:
- 6) Die Nothwendigkeit einer neuen Vestung kann sich nur auf die Behauptung der Sicherheit gegen auswärtige Feinde des Staats beziehen. Das Urtheil über die dahin sich beziehenden Angelegenheiten des Staats aber stehet lediglich dem Oberherrn zu (§§. 8, 9, 10). Ist es bejahend, so ist die Anlegung der neuen Vestung ein nothwen-



wendiges Mittel zur Realisierung des nächsten wesentlichen Staatszweckes (§§. 3, 4.): also Angelegenheit des Ganzen, nicht des Einzelnen. Der Einzelne ist also nicht verpflichtet, diesen Staatsaufwand allein zu bestreiten (§. 57.), weil er Alle angehet, weil *Alle* schuldig sind, zu den gemeinnützigen Anstalten beyzutragen. Daher ist der Landesherr nur berechtigt, zur Erhaltung der schon vorhandenen *nöthigen* Vestungen einen Beytrag von seinen Unterthanen zu verlangen; und das noch Fehlende muß er entweder von dem gesamtten Reich zu erhalten suchen, oder aus seinen anderweiten Einkünften beylegen. Will er das Letztere nicht (verpflichtet ist er nicht dazu); so muß er das Erste wollen, und durchzusetzen sich bemühen: oder die Vestung eingehen lassen:

- 7) Vergeblich ist die Einwendung: *Die Vestung sey nöthig.* Denn hieraus folgt die Pflicht des Oberherrn und des gesamt-
- sam-



Samten Reichs, für die Erhaltung der Vestung zu sorgen, nicht aber die Pflicht der Unterthanen des Landesherrn, in dessen Gebieth die Vestung gelegen ist, diese Last ganz zu übernehmen, und zu tragen. Dieß würde offenbar den Grundgesetzen des Reichs widersprechen, welche die Gleichheit der Reichsunterthanen in Tragung der gemeinen Reichslasten so oft und vielmal festgesetzt, und eingeschränket haben.

8) Die nämliche Bewandniß hat es mit der Besetzung solcher nöthigen Vestungen. Reicht das Kreiskontingent zu; so ist der Landesherr berechtigt und verpflichtet, mit dem Kontingent die Vestung zu besetzen; ohne zur Foderung eines weiteren hilflichen Beytrags der Unterthanen berechtigt zu seyn. Reicht aber das Kreiskontingent zur Besetzung der Vestung nicht zu; so tritt die Pflicht des Oberherrn ein, für die hinlängliche Besatzung auf gemeine Unkosten des Reichs zu sorgen.



Der §. 180. des R. A. v. 1654 beweist also nicht das vorwürfige Bevestigungsrecht der Landesherren.

γ) Das Bündnissrecht der Landesherren.

§. 117.

Die Bündnisse mit auswärtigen Mächten sind ein nothwendiges Mittel zur Erhaltung der äusseren Sicherheit des Staats (§. 35.). Diese aber ist Pflicht und Recht des Oberherrn (§. 36.). Also kann das Bündnissrecht nicht zu den Rechten der Landesherren gehören (§§. 14. 105.).

Da bey Schliessung der Bündnisse jeder, der Oberherr, und der Landesherr, nach eigenen Einsichten handelt; so wäre es möglich, dass in einem und eben demselben Staate entgegengesetzte Verfügungen getroffen würden. Die höchste Gewalt des Staats wäre in solchem Fall mit sich selbst im Widerspruch: sie würde, wie fern sie von dem Stellvertreter ausgeübt wird, das Bündniss mit A gutfinden, und dieses, wie ferne sie von dem Oberherrn



herrn ausgeübt wird, zu gleicher Zeit als dem Staat schädlich verwerfen. Der Landesherr ist von allen oberherrlichen Rechten ausgeschlossen, welche die äussere Sicherheit des Reichs angehen (§. 10. b); also auch von dem Recht, Bündnisse mit auswärtigen Mächten zu schliessen.

§. 118.

Vergebens wendet man ein:

Wenn auch gegen die Richtigkeit der im vorhergehenden §. vorgetragenen Schlüsse nichts erhebliches eingewendet werden könnte; so stehen ihnen doch die positiven Grundgesetze Deutschlands schnur gerade entgegen.

Der Osnabr. Fr. Schl. verordnet Art. V. §. 2.:

„Cum primis vero jus faciendi inter se et cum exteris foedera, pro sua cujusque conservatione ac securitate singulis statibus perpetuo liberum esto, ita tamen, ne ejusmodi foedera sint contra imperatorem et imperium pacemque ejus publicam vel hanc in primis



*transaſtionem, fiantque ſalvo per omnia jura-
mento, quo quisque imperatori et imperio obſtri-
ctus eſt.“*

Dieſe Verordnung des W. Fr. Schl. wiederholet in der Ueberſetzung die K. W. K. wörtlich, und ſetzt noch eine neue zwar in der Sache ſelbſt ſchon liegende Beſtimmung hinzu.

W. K. Leopold II. und Franz II. Art. VI.

§. 4. So viel aber die Stände des Reichs belanget, ſoll denſelben Allen und Jeden das Recht, Bündniß unter ſich und mit Auswärtigen zu ihrer Sicherheit und Wohlfahrt zu machen, dergeltalt frey bleiben, daß ſolche Bündniß nicht wider den regierenden römischen Kaiſer und das Reich, noch wider Uns, den allgemeinen Landfrieden, auch Münſter - und Osnabrüggischen Friedensſchluß ſey, und daß dieß alles nach Laut deſſelben und unverletzt des Eides geſchehe, womit ein jeder Stand dem regierenden römischen Kaiſer und dem heiligen römischen Reich verwandt iſt.

§. 5.



§. 5. Dafs auch die von fremden Potentaten begehrende Hilfe also und nicht anders begehret werde, noch gethan sey, dann dafs dadurch dem Reiche keine Gefahr noch Schaden zuwachsen möge.

§. 119.

Die (§. 118.) angezogenen positiven Grundgesetze des d. Staats reduciren sich also auf folgenden Satz.

A. *Subjekt* Das Recht, Bündnisse unter sich und mit Auswärtigen zur *eigenen Erhaltung* und *Sicherheit* zu schliessen.

B. *Prädikat*. Soll

a) allen und jeden Ständen ewig ungekränkt und frey zustehen und bleiben;

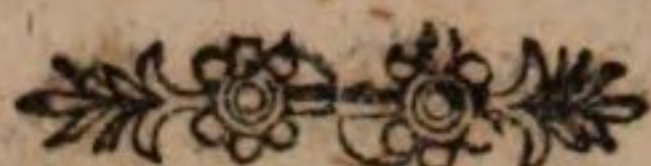
b) jedoch so; dafs *solche* Bündnisse nicht sind

a) wider den Kaiser und das Reich,

β) und den Landfrieden, noch wider den Münster - und Osnabrüggischen Friedensschluss.

c) Und dafs der Eid, womit jeder dem Kaiser und Reich verpflichtet ist,

durch,



durchaus unangetastet und unbeeinträchtigt bleibe.

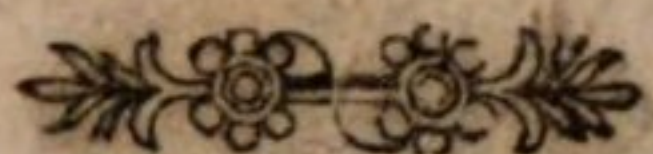
§. 120.

Das Subjekt (§. 119.) ist also durch das Grundgesetz ausdrücklich auf jene Bündnisse eingeschränkt, deren Zweck ist eigene Erhaltung und Sicherheit der Landesherren; also sind alle übrige Arten von Bündnissen ausgeschlossen.

§. 121.

Der Eid, worauf sich der W. Friedenschl. beziehet (§§. 118 und 119. c), ist kein anderer als der oben (§. 61—65) paraphrasirte Reichsleheneid.

Solche Bündnisse, zu deren Schließung die Reichsstände berechtigt werden (§. 120.), dürfen also dem Reichsleheneid durchaus nicht, also auf keine Weise, weder ausdrücklich, noch stillschweigend, weder nach dem Buchstab, noch nach dem in den festgesetzten Bedingungen des Bündnisses liegenden Geist, weder direkte, noch indirekte, weder unmittelbar, noch mit-



mittelbar und folgsweise (per consequentiam) entgegen feyn.

§. 122.

Die Grundgesetze des Reichs haben also zwey Dinge als nothwendige Bedingungen der Rechtmässigkeit der Bündnisse, welche Landesherren mit auswärtigen Mächten schliessen, festgesetzt.

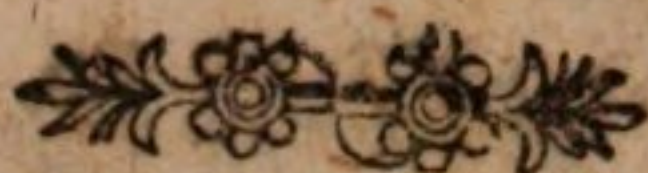
a) Sie müssen wahre, nicht eingebildete Mittel zur Erhaltung und Sicherheit des — das Bündniss schliessenden Landesherrn feyn.

b) Sie dürfen dem Zweck des Staats auf keine Weise zu nahe treten. Sie müssen überhaupt mit dem inneren und äusseren Staatsinteresse Deutschlands in keinem Widerspruche stehen.

Die Bündnisse der Landesherren mit auswärtigen Mächten sind also unrechtmässig und konstitutionswidrig:

a) Wenn sie ihrer Natur nach niemals wahre Mittel zur Erhaltung und Sicherheit der Landesherren sind;

β) wenn



durchaus unangetastet und unbeeinträchtigt bleibe.

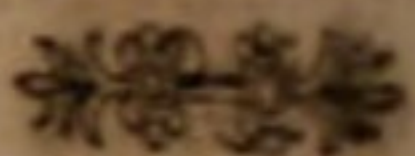
§. 120.

Das Subjekt (§. 119.) ist also durch das Grundgesetz ausdrücklich auf jene Bündnisse eingeschränkt, deren Zweck eigene Erhaltung und Sicherheit der Landesherren; also sind alle übrigen von Bündnissen ausgeschlossen.

§. 121.

Der Eid, worauf sich der Landesherr beziehet (§§. 118 und 119.) ist kein anderer als der oben (§. 119.) paraphrasirte Reichsleheneid.

Solche Bündnisse, zu deren Abschluss die Reichsstände berechtigt (§. 120.), dürfen also dem Landesherrn durchaus nicht, also auch weder ausdrücklich, noch stillschweigend, weder nach dem Buchstaben noch nach dem in den festgesetzten Bedingungen des Bündnisses liegenden Geiste, noch indirekt



mittelbar und folgsweise (per consequen-
tiam) entgegen feyn.

§. 122.

Die Grundgesetze des Reichs haben
also zwey Dinge als nothwendige Bedin-
gungen der Rechtmäßigkeit der Bündnisse,
welche Landesherren mit auswärtigen
Mächten schliessen, festgesetzt.

a) Sie müssen wahre, nicht einge-
mittelte Mittel zur Erhaltung und Sicher-
ung des — das Bündniss schließenden
Landesherrn feyn.

b) Sie dürfen dem Zweck der — te Leitung und
auf keine Weise zu nahe treten. — gungskräfte nach
müssen überhaupt mit den — ritten der Reichs-
und äusseren Staatsinteressen — anwenden; wenn
lands in keinem Widerspruch — und unter den ver-

Die Bündnisse der Landesherren mit
auswärtigen Mächten sind also — cien des Kaisers in
so — die Nation

a) Wenn — mächtig —
wahr — und sie

— — —
— — —
— — —



- β) wenn sie die Angriffskräfte der auswärtigen Macht, deren Staatsinteresse dem des deutschen Reichs entgegengesetzt ist, auf irgend eine Weise, direkte, oder indirekte und folgsweise verstärken.
- γ) Wenn sie die Vertheidigungskräfte des Reichs selbst an sich oder folgsweise schwächen.
- δ) Wenn sie dem feindlich gesinnten Nachbar Vorthelle einräumen, die ihn mehr in Stand setzen, seine — dem Staatsinteresse Deutschlands zuwiderlaufende Absichten und Plane durchzusetzen.
- ε) Wenn sie den — das Bündniss schließenden Landesherrn in der Erfüllung der ihm als Bürger und Mitglied des Staats aufliegenden — und durch den Reichsvafalleneid verstärkten (§. 61) Pflicht gegen das Vaterland hinderlich fallen.

§. 123.

Der Zweck der Bündnisse der Landesherrn mit auswärtigen Mächten ist, wie ferne er

in



in die eigene Erhaltung und Sicherheit der Landesherren gesetzt wird, nur imaginär.

Es ist sonderbar, und doch so gewöhnlich, daß der Mensch in der Ferne die Hilfe sucht, die er ganz in der Nähe, und bey sich zu Hause in zureichendem Maasse findet, wenn er nur will.

Jeder Landesherr hat an der Konstitution des Reichs, und deren thätigen, redlichen, und ernsthaften Achtung und Verehrung das zuverlässigste und kräftigste Mittel zu seiner eigenen Erhaltung und Sicherheit.

Wenn die Landesherrn die ihnen von der Konstitution anvertraute Leitung und Bewahrung der Vertheidigungskräfte nach den Absichten und Vorschriften der Reichsgesetze und Verfassung anwenden; wenn sie dieselbe vereinigen, und unter den verfassungsmässigen Auspicien des Kaisers in Bewegung setzen, wenn so — die Nation mit ihrem Oberhaupt vereint — mächtig und kraftvoll da stehet; dann wird sie die erste, wie im Rang, so auch in Macht und Ansehen seyn: sie wird jeden Angriff be-



benachbarter Mächte mit Nachdruck zurückzuweisen, und jeden Frevel, den irgend jemand gegen sie, gegen ihre Freyheit und Unabhängigkeit, gegen die Verfassung und Integrität des Reichs sich je erlauben mag, nach Gebühr zu züchtigen vermögen: sie wird nicht nöthig haben, zu *trostvollen* Versicherungen eines zweydeutigen Nachbars ihre Zuflucht zu nehmen, nicht —, den Frieden zu erbetteln, nicht —, von dem Wink des Siegers die — auch demüthigendsten Friedensbedingungen mit schweigender Ehrfurcht anzunehmen, nicht — die Hand des Räubers in dem Moment zu küssen, da sie die frevelhaftesten Angriffe auf Vaterland, Religion, Eigenthum wagt: sie wird jeden gefährlichen Entwurf auf deutsche Freyheit, er mag von Süd, Nord, oder Ost kommen, kräftig und mit gewissem Erfolg vereiteln: insbesondere wird sie der verheerenden Eroberungsfucht des Westfranken Grenzen stecken, die er zu überspringen nie wagen wird; Sie wird, ich sage nicht zu viel, selbst Europa den Frieden,



Frieden, und diesem Dauer und Vestigkeit zu geben im Stande seyn.

Diese für Deutschland, die Landesherren und sämmtliche Mitglieder dieses Staates; ja für ganz Europa so wichtige Vorthelle wird die *treue, thätige, aufrichtige Anhänglichkeit der deutschen Stände an die Konstitution* — unfehlbar gewähren. Sie ist das einzige zuverlässige — aber auch nothwendige durch kein anderes zu ersetzende Mittel zur Erhaltung und Sicherheit der einzelnen Landesherren, der deutschen Freyheit und Verfassung. Alle diese Eigenschaften vermist man an den Bündnissen der einzelnen Landesherren mit auswärtigen Mächten. Sie sind und bleiben dem Staatsinteresse der Letzteren untergeordnet. Sobald dieses es fodert, wird ihm der Bundesgenosse, der Landesherr aufgeopfert. Denn das Staatsinteresse ist das höchste Gesetz. Die Bündnisse sind nur Mittel, also nur untergeordnete Zwecke; müssen folglich im Kollisionsfall nachstehen.

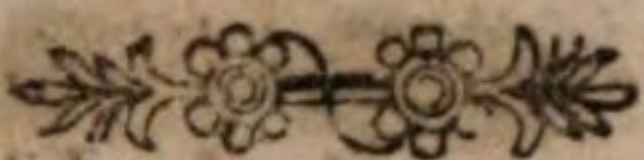


§. 124.

Da demnach die Bündnisse der Landesherren mit auswärtigen Mächten nichts weniger sind, als zuverlässige Mittel zur Erhaltung und Sicherheit der Stände; da sie, um zu diesem Zweck zu gelangen, durch Deutschlands Konstitution und deren thätige und pflichtmäßige Befolgung zum voraus ganz entbehrlich geworden sind (§. 123); da sie sogar durch die — damit den psychologischen Prinzipien nach allemal verknüpften Folgen der gemeinen Wohlfahrt des Reichs Schaden und Nachtheil bringen (§§. 44, 45, 46. 123); so ist das vorwürfige Bündnisrecht den Landesherren durchaus nicht zuständig.

Nicht nach den Prinzipien des natürlichen Staatsrechts; weil diese alles Willkührliche in den Staatshandlungen der Regenten ausschliessen (§§. 18. 70).

Nicht nach den positiven Grundgesetzen Deutschlands; weil diese das gegenständliche Bündnisrecht den Landesherren nur unter der unerläßlichen Bedingung eingeräumt haben, daß dergleichen Bündnisse
als



als zuverlässige und nothwendige Mittel die Sicherheit und Erhaltung des einzelnen Reichsstandes bewirken und bevestigen. Dieses unglückliche Bündnißrecht der Landesherren aber ist vielmehr eine der vornehmsten Ursachen, welche den seit 1552 im Süden fortdaurenden Verlust der schönsten deutschen Provinzen und Lande folglich den Verlust der Freyheit und Rechte der dortigen Fürsten und Stände hervorgebracht haben. Dieses Bündnißrecht ist es, welches der deutschen Freyheit das Schicksal der pohlischen zubereitet; weil es die Landesherren fähig macht; zu ihrem eigenen und des gesamten Vaterlands Verderben indirekte und doch nachdrücklich mitzuwirken; weil es die Politik der benachbarten Mächte in Stand fetzt, den Landesherren den Wahn beyzubringen und geltend zu machen, dafs durch solche Bündnisse ihre Existenz, Freyheit, und Unabhängigkeit gesichert werde. In diesem Bündnißrecht liegt also der Keim, aus welchem sich früh oder spat, aber unfehlbar noch die

po-



politische Vernichtung Deutschlands entwickeln wird.

§. 125.

Um die schlimmen Folgen der Bündnisse, von denen hier die Rede ist, desto anschaulicher zu machen, will ich das oben gefagte (§. 44.) auf die Subsidien-Traktate mit irgend einer benachbarten Macht z. B. mit Frankreich anwenden.

Die dem deutschen Reich verderblichen Plane Frankreichs sind kein Geheimniss. Ganz Europa weiß es, daß sie auf Unkosten Deutschlands berechnet sind. Diese Vergrößerungsplane aber sind unausführbar, sobald Deutschlands Fürsten und Stände mit vereinter Kraft sich entgegenstellen. Diese Vereinigung der deutschen Thatkraft muß also verhindert — und unmöglich gemacht werden.

Dergleichen Subsidien sind ein vortreffliches Mittel dazu. Der deutsche Fürst wird vom französischen Gold eingenommen, und geblendet: es setzt ihn in Stand, die ungeheure Menge eingebildeter Bedürfnisse



dürfnisse zu befriedigen; und seinen Leidenschaften zu fröhnen. Die Liebkosungen, und Schmeicheleyen, womit sie gereicht werden, erhöhen ihren Reitz und ihre Wirkung. Zu gleicher Zeit unterhält der schlaue Westfranke den Wahn von der Fortdauer gewisser geheimen im Ost geschmiedeten der deutschen Freyheit gefährlichen Entwürfe.

Alles muß zusammenwirken, um den Fürsten zu bethören. Doch am meisten wirkt das Gold auf den verschuldeten und wollüstigen Prinzen: ohne dieses würden die Vorspiegungen politischer Gespenster minder wirksam seyn. Der Westfranke ist ein feiner und erfahrner Kenner der Menschen. Die Subsidentraktaten kommen zu Stande, *d. i.* der Landesherr wird von dem Interesse seines Vaterlandes abgezogen und ein besoldeter Knecht der französischen Politik.

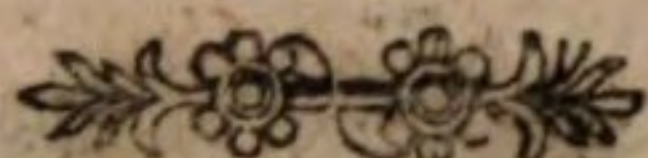
§. 126.

Unterdeffen werden die Plane zur Ausführung reif. Frankreich überfällt unter



ter irgend einem nichtswürdigen Vorwand Deutschland. Auf dem Reichstag werden Berathschlagungen über die Frage: ob der Krieg gegen Frankreich zu erklären? auf Veranlassung des kaiserlichen Hofes angesetzt. Die gerechtesten und dringendsten Ursachen rufen zu den Waffen. Aber soll der Reichsstand gegen seinen so wohlthätigen, so artigen, liebkosenden alten Freund und Bundesgenoss, der ihm schon so viele Jahre hindurch so großmüthige und ergiebige Beyträge zur Befriedigung seiner (noch fortdaurenden) Launen und Lüsten gemacht hat, die Stimme erheben? so treulos soll er an seinem Wohlthäter handeln, in dem Augenblick handeln, da er *) den französischen — auf Sicht zahlbaren herrlichen Wechsel in seine Chatulle hinterlegt? Das Gewissen regt sich; aber ein Blick auf das Gegenwärtige (den Wechsel) und ein Blick in die Zukunft, begleitet von der Hoffnung, die (wenigstens

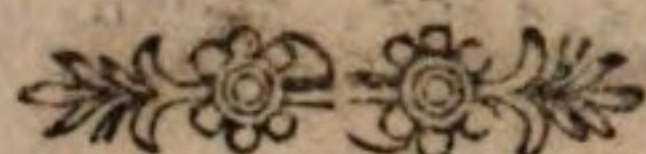
*) Und sein Minister — denn es versteht sich, daß dieser auch mitbedacht wird.



stens nach dem Krieg) sich erneuernden Zuflüsse werden die leider! immer nur allzufrüh sich leerende Kasse des gnädigsten Landesvaters wieder füllen, legen der sich zur Unzeit regenden inneren Richterin Stillschweigen auf. Der patriotische Reichsstand giebt nun in seiner Abstimmung die dringendsten Beweggründe an, welche dem Reich die Ergreifung der Waffen misrathen; er schlägt daher gütliche Unterhandlung und Nachgiebigkeit s) vor, um die verheerenden Folgen eines unseligen — und gewiss unglücklich ablaufenden Kriegs von dem bedrängten Vaterland abzuhalten, u. d. gl.

Aber er wird überstimmt, und die schleunigste Herstellung des Reichswehres beschlossen. Der Kaiser erläßt nun Avocatorien und Inhibitorien, und zugleich auch Zirkularschreiben an die kreisauschreibenden Fürsten, und trägt die vom Reich feyerlich beschlossene schleu-

s) Denn unmittelbar hat er dabey Nichts zu verlieren.



schleunige Armirung der Stände und die unverweilte Abschickung der Kontingente an bestimmte Sammelplätze reichsväterlich auf.

Allein! der Patriot, entrüstet, daß man an dem Reichstag seiner warnenden Stimme nicht achtete, und zum voraus versichert, daß die exekutive Gewalt — der deutschen Freyheit nicht zu nahe treten wird, stellt entweder sein Kontingent gar nicht, oder (welches aber kaum zu erwarten) nur zum Theil, und dann — so auch wenn er zur Stellung des ganzen Kontingents gleichwohl sich großmüthig entschließet, sehr langsam.

Indessen erkämpft der Feind entscheidende Vortheile. Sie ihm wieder zu entreißen, dazu ist bey solcher Situation der Dinge wenig oder gar keine Hoffnung. Man sehnt sich nach dem Frieden, und er wird durch Ueberlassung beträchtlicher Ländereyen an den Feind — schimpflich erkauft.

Wem hat man nun diesen unglücklichen Ausgang des gerechtesten Vertheidigungs-



gungskrieges zu verdanken? Den Bündnissen und Subsidentraktaten einzelner Landesherren mit benachbarten Mächten. Sie sind zwar an sich und direkte nicht wider den Kaiser und das Reich; aber indirekte und folgsweise; weil sie den Landesherren von Erfüllung seiner Pflicht abhalten.

Da folchemnach die Landesherren bey Schließung der Bündnisse, von welcher Beschaffenheit diese immer seyn mögen, mit auswärtigen Mächten, die Bedingung, unter welcher ihnen die Reichsgrundgesetze dieses Recht eingeräumt haben, nicht erfüllen können; so können sie auf dasselbe weder nach dem Buchstab noch nach dem Geist der Reichsgrundgesetze einigen begründeten Anspruch machen.

δ) Prüfung der Pütter'schen Lehre von der landesherrlichen Kriegsgewalt.

§. 127.

Es ist also die Theorie, welche der berühmte Staatsrechtslehrer Püt-

Q 2

ter



ter *t*) von der landesherrlichen Kriegsgewalt aufstellt, eine Kette irriger, schwankender, und verderblicher Sätze. Sie sind folgende.

1) Alles, was zur Unterstützung der höchsten Gewalt erfordert wird, um ihren Verfügungen mit starker Hand erforderlichen Falls den gehörigen Nachdruck zu geben, ist aufs vollkommenste in der Landeshoheit begriffen.

* Dieser Satz ist in der so ganz unbedingten Allgemeinheit, in welcher er da stehet, irrig. Die Landeshoheit erstreckt sich nur auf jene Zwecke, deren Realisirung dem Landesherrn möglich ist, sie erstreckt sich nur auf die *innere* Landesverwaltung; nicht auf das äußere Staatsinteresse *u*); das unter der Landeshoheit befaßte Land hat, einzeln, und für sich genommen, gar

t) In seinem *kurzen Begriff des deutschen Staatsrechts*. Göttingen 1764. §§. 148. 212. 213.

u) Das äußere Staatsinteresse hat zwey Momente: 1) die äußere Sicherheit, und 2) das Kommerz: ich rede hier durchaus nur von jener.



gar kein äufferes Staatsinteresse. In dieser Hinsicht ist der Landesherr — bloßs Bürger und Unterthan; und der unbedingte Gehorsam auf Seiten der Landesunterthanen beschränkt sich lediglich auf die rechtmässigen *d. i.* mit der Reichs - und Landesverfassung übereinstimmenden Verfügungen (§. 8, 9, 10. und die bisherigen Ausführungen).

2) Daher hat ein jeder Reichsstand das Recht,

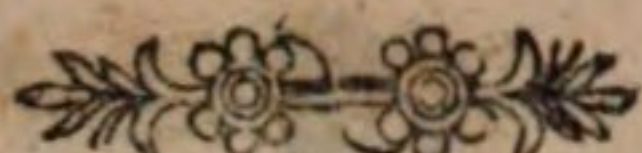
a) *Miliz von allen Gattungen zu halten.*

* Ganz irrig. (§. 109.)

b) Sie mit Ober - und Unterofficieren zu versehen, in Kompagnien und Regimenten abzutheilen, ihre Einquartierung und Werbung zu veranstalten, Vestungen, Gewehrfabriken, Stückgießereyen, Pulvermühlen u. d. gl. anzulegen.

* All dieses fällt mit dem Vorderatz, worauf es gebaut worden.

c) Und zwar so, dafs an allem dem die Landstände für sich keinen Antheil haben,



haben, und dafs keinem Landstand und Unterthan das Geringste von allem dem gestattet wird.

* Sie werden auch keinen Anspruch darauf machen. Aber wenn der Landesherr zur Ausübung seiner so aufs vollkommenste ihm, wie dem Despot beygelegten Militärgewalt Geldbeyträge von seinen Unterthanen und Landständen fodert; dann ist's doch wohl ihnen erlaubt, auf den §. 180. des R. A. von 1654 und auf die kaiserliche Resolution von 1670 sich zu berufen? (§. 115. f.)

3) Wie ein jeder Reichsstand das Recht der Armatur hat (N. 2); so kann er *auch allen Gebrauch davon* machen, den das allgemeine und europäische Völkerrecht mit sich bringet, nur mit dem einzigen Unterschied, dafs er nicht wider seine Verbindlichkeit gegen den Kaiser und das Reich und gegen seine Mitstände anstofse.

* Dieser Unterschied ist sehr wichtig; und involvirt eine Bedingung, die der Lan-



Landesherr nicht erfüllen kann.
(§§ 119 — 126).

Sein Reichskontingent kann der Landesherr nur nach den Vorschriften der Reichsgesetze gebrauchen; und zu Haltung anderweiter sogenannten *Haustruppen* ist er nicht berechtigt. (§. 122. f.)

- 4) So ferne hieraus keine Einschränkung entsteht, hat ein jeder Reichsstand freye Hände, sowohl mit andern Reichsständen als mit auswärtigen europäischen Mächten *alle Arten von Bündnissen* zu schliessen mithin auch wirklich zu thun, was deren Erfüllung mit sich bringet, vermöge des §. 2. Art. 5. des O. Friedenschl.

* Die Einschränkung des Reichsgrundgesetzes vernichtet alles Bündnis- und Kriegerrecht der Landesherren (§. 122 f.). Diese wichtige Bemerkung hätte nicht verschwiegen werden sollen, und dann — wäre gegen den Satz nichts einzuwenden.

5) Folg-



5) Folglich kann ein Reichsstand als *hauptkriegender Theil* mit auswärtigen Mächten Krieg führen, ohne Unterschied, ob er angegriffen werde oder selbst angreife.

* Ganz irrig und falsch (§. 105. f.)

6) In eben dieser Absicht kann er sowohl Off - als Defensivbündnisse schließen, um durch fremde Hilfe an Volk oder Geld verstärkt zu werden.

* Irrig — sehr irrig (§. 123). Wozu bedarf er der fremden Hilfe, die er in so vollem Maasse an Deutschlands Konstitution findet, wenn diese *thätig* und *aufrechtig* geachtet und befolget wird.

7) Er kann

a) mit anderen hauptkriegenden europäischen Mächten für *gewisse Summen Geldes* eine gewisse Anzahl Mannschaft oder Regimenter in Bereitschaft halten, und, wenn es erfordert wird, wirklich ins Feld stellen.

* Welches Grundgesetz des natürlichen oder positiven deutschen Staats-



Staatsrechts hat den Landeshern be-
rechtigt, seine Chatouille mit Blut-
geld zu füllen, oder Menschenhan-
del zu treiben?

b) Garantien übernehmen, und ausfüh-
ren etc. etc.

* Irrig, weil dergleichen Garantien
ihn in Kriege verwickeln können.

d) *Verhältniss der Reichskriegsgewalt zu den
Rechten der Unterthanen besonders zu der
Landeshoheit.*

§. 128.

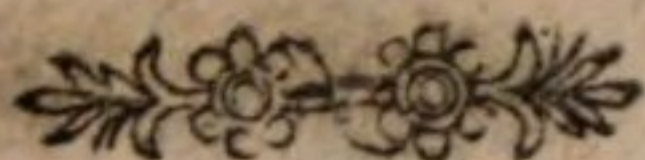
Die Grenzen der Reichskriegsgewalt,
und das dadurch festgesetzte rechtliche
Verhältniss derselben zu der Landeshoheit
sind eben dieselbe, welche die Principien
des natürlichen Staatsrechts zwischen der
höchsten Gewalt und den Unterthanen
festgestellt haben.

Nach diesen Principien ist der Ober-
herr nur zu jenen Mitteln berechtigt, zu
deren Anwendung er verpflichtet ist (§. 70);
ohne welche also die Realisirung des Zwe-
ckes



ckes vereitelt, erschwert oder gar unmöglich gemacht würde. So geartete Mittel aber sind *nothwendige*. Denn Pflicht erzeugt moralische — und die Verbindung zwischen A und B, kraft deren B nicht ohne A realisirt werden kann, physische Nothwendigkeit des A. (§. 18).

Die kriegerischen Anordnungen des Oberherrn dürfen also nichts weniger als willkürlich und blos beliebig sein. Sie müssen mit möglichster Schonung der Rechte, des Eigenthums, der Freiheit, und des Lebens der Unterthanen veranstaltet, und ausgeführt werden. Sie müssen dem Zweck, so viel es immer möglich, ganz genau anpassen. Sie müssen die Gleichheit in Vertheilung der Kriegslasten mit sorgfältigster Gewissenhaftigkeit beobachten, und in Fällen, bey denen dieses nicht möglich ist, ist der Oberherr schuldig, durch nachher erfolgenden Ersatz die Ungleichheit, die nicht vermieden werden konnte, zu heben.



§. 129.

Die deutsche Reichskriegsgewalt hat vollkommen eben dieses rechtliche Verhältniß zu den Rechten der Landesherren und der übrigen Reichsunterthanen.

Kraft derselben also können während einem Reichskriege keine willkührliche Einschränkungen der Landeshoheit, und der inneren Landesregierung angeordnet werden. Der Oberherr ist nicht befugt, willkührliche Operationsplane zu entwerfen; nach unbefchränktem Belieben Fortificationswerke zu bauen, u. d. gl.

Alle Maafsregeln, die er trifft, und anordnet, müssen solche seyn, dafs ohne sie der Zweck nicht wohl erreicht werden könnte: Nur die Bedingung der Nothwendigkeit des Mittels ist die rechtmässige Quelle der Rechte und Pflichten des Oberherrn.

§. 130.

Aber diese Nothwendigkeit darf nicht so weit ausgedehnt werden, dafs sie ein *Nothfall*, vielweniger dafs sie ein *offenbarer Nothfall* sein müsse (§. 128).

Diese



Diese Foderung ist übertrieben und vernunftwidrig.

Wenn das Recht des Oberherrn in Anordnung der kriegerischen Anstalten auf Nothfälle, und gar noch auf offenbare Nothfälle eingeschränkt wäre, wie könnte er wohl die Pflicht, die Sicherheit des Staats gegen den Feind zu behaupten, erfüllen?

Wenn nur offener Nothfall den Oberherrn berechtigte, währendem Lauf des Kriegs das Eigenthum der Unterthanen zu beschränken, so könnte er auch nur das Recht haben, auf Nothfälle berechnete Operationsplane zu entwerfen und auszuführen. Ihm wäre nicht erlaubt, Vorichtsmaafsregeln, seyen sie auch sehr nothwendig und zweckmäfsig, anzuordnen. Denn, wenn sie auch auf einen Nothfall berechnet sind, so ist es doch möglich, dafs solcher Nothfall, den man besorget hat, nicht eintritt: und dann wäre die getroffene Anstalt konstitutions- und pflichtwidrig. Kurz: der Oberherr, dessen Rechte und Pflichten nur der Nothfall, nur der *offenbare* Noth-

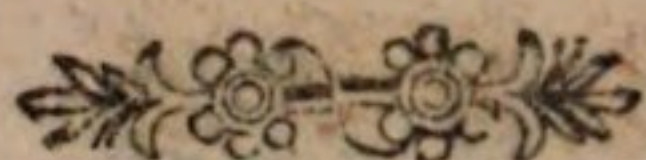


Nothfall nach der Konstitution des Staats gründet, ist ein Unding, und die Konstitution könnte nicht wohl auf die Ehre, das Product vernünftiger Wesen zu seyn, Anspruch machen.

§. 131.

Auf Seiten des Unterthans entspricht den Anordnungen des Oberherrn die Pflicht des unbedingten Gehorfams, auch wenn er glaubt, oder eine geprüfte bessere Ueberzeugung hat, die getroffene Anstalt sey zweckwidrig oder überflüssig (§. 18).

Der Landesherr hat nun in Beziehung auf die kriegerischen Anstalten und Maassregeln blos Pflichten des Bürgers und Unterthans, und da die äussere Sicherheit des Staats der erste und vornehmste Staatszweck ist, ohne welche die übrigen nothwendigen Zwecke der bürgerlichen Gesellschaft nicht realisirt werden können (§. 4); so sind alle Rechte und Pflichten des Landesherrn; überhaupt alle Fürstenrechte der Reichshoheitlichen Kriegsgewalt untergeordnet; und der Landesherr, der unter dem



dem Vorwand gekränkter Fürstenrechte den kriegerischen Anordnungen des Oberherrn den Gehorsam zu versagen, oder die Vollziehung der getroffenen Anstalten zu hindern, oder zu erschweren sich unterfängt, würde sich eines Verbrechens gegen den Oberherrn, den Staat und die Nation schuldig machen.

§. 132.

Die Einwendung: dieser Satz (§. 131) führe geradeswegs zum Umsturz der deutschen Verfassung und Freyheit, ist so grundlos, daß sie kaum einer ernstlichen Antwort werth ist.

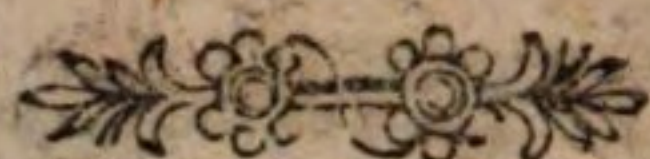
Denn da die kriegerischen Anordnungen nothwendige Mittel zur Realisirung des Zwecks nämlich zur Erhaltung der äusseren Sicherheit, also während einem Reichskriege zur Abwendung der feindlichen Angriffe sind (§. 128.) so ist einleuchtend, daß die Erschwerung oder die Verhinderung der Vollziehung der getroffenen kriegerischen Maafsregeln den Umsturz des Staats, und die Auflösung der bür-



bürgerlichen Vereinigung — nach sich ziehen müsse.

Die Pflicht des unbedingten Gehorsams kann aber die deutsche Freyheit um so weniger kränken, da der Landesherr als Reichsstand an den oberherrlichen Verfügungen Theil nimmt; also im strengsten Verstande des Worts sein eigener Gesetzgeber ist, und nur sich selbst und seinem Willen den Gehorsam leistet: er bleibt also der freyeste Bürger des Staats, wenn auch gleich der verweigerte Gehorsam ihm erzwungen wird; weil er bey dem Eintritt in den Staat kraft des Unterwerfungsvertrags, den er mit der Nation geschlossen, sich dem Recht des Oberherrn, den Gehorsam zu erzwingen, unterworfen hat.

Endlich ist die deutsche Freyheit nicht der höchste Maassstab, wornach die Rechte des Oberherrn bemessen werden müssen, sondern die Sicherheit und die Wohlfart der Nation, *d. i.* der Zweck des Staats. Es ist widersinnig, dass das Ganze dem Einzelnen nachstehen soll. Widersinnig, den Rechten *einer* Bürgerklasse — die Rechte



te aller übrigen aufopfern, jenen vor diesen den Vorzug einräumen, das Ganze der Gefahr Preis geben, um ein Theilchen zu retten; dessen Existenz und Dauer nur auf der Existenz und Dauer des Ganzen ruhet.

So viele auffallende Widerfinnigkeiten sind doch wohl den Grundgesetzen Deutschlands nicht gemäfs; und sind sie es, so ist dieser Staat verloren, und er wird demnächst sammt der deutschen Freyheit und allen Fürstenrechten eine Beute der Nachbarn werden.

VII.

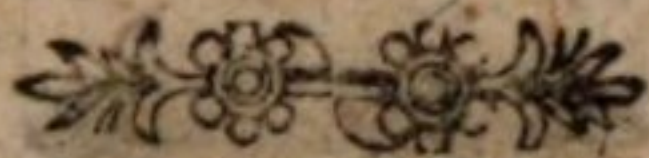
Reichskriegsrichterliche Gewalt und Jurisdiktion.

a) Grundsätze aus dem natürlichen Staatsrechte.

§. 133.

Die Pflicht, die äussere Sicherheit des Staats zu handhaben, giebt das Recht, alle jene Mittel, ohne welche dieser Zweck nicht erreicht werden kann, sowohl überhaupt als in einzelnen Fällen anzuordnen,

d. i.



d. i. Kriegsgesetze, u. Kriegsbefehle zu geben, b) zu wachen, daß diese Anordnungen befolgt werden, c) zu beurtheilen, ob die einzelnen Fälle und Handlungen den gegebenen Kriegsgesetzen und Befehlen gemäß sind oder nicht. d) Die Befolgung durch alle angeeignete Mittel, nöthigen Falls zu erzwingen, und e) die den Kriegsgesetzen zuwiderlaufende Handlungen der Bürger und Soldaten zu strafen.

Diese Rechte und Pflichten sind notwendige Bestandtheile der Kriegsgewalt, weil ohne sie der Zweck *d. i.* die äußere Sicherheit des Staats, nicht realisirt werden kann.

§. 134.

Solchemnach stehen die gesetzgebende, aufsehende, und vollziehende, also auch die richterliche Kriegsgewalt dem Oberherrn in eben jenem Maasse zu, als die Kriegsgewalt überhaupt ihm durch die Grundgesetze des Staats übertragen ist. Die Ausnahme muß um so strenger erwiesen werden, je wichtiger der Staats-

R

zweck



zweck ist, den sie betrifft, und je gefährlichere Folgen sie für den Staat hervorbringen kann (§. 4. f.).

§. 135.

Die Pflichten des Bürgers, welche durch die Kriegsgesetze bestimmt worden, beziehen sich auf den ersten und vornehmsten Zweck des Staats (§. 4.); sind also höchst wichtig. Die Vernachlässigung, und Uebertretung derselben setzen nicht nur einzelne Bürger, sondern den Staat selbst in Gefahr (§. 48). Daher sind die Kriegsgesetze ihrer Natur nach mehr Pönal - als vindikative Gesetze. Da der einzelne Bürger den dem Staat durch solche Verbrechen zugefügten Schaden zu ersetzen selten oder niemals im Stande ist. Die richterliche Kriegsgewalt ist also eine *Kriminalgewalt*.

Die Beamten, denen die Verwaltung derselben vom Oberherrn aufgetragen ist, heißen *Kriegsvichter*, ihr Gewalt *Kriegsgerichtsbarkeit*, und die förmlich organisirten Anstalten zur Ausübung der dazu gehörigen Funktionen *Kriegsgerichte*.

§. 136.



§. 136.

Nach dem natürlichen Staatsrechte be-
fasset sich also die Kriegsgerichtsbarkeit le-
diglich mit Untersuchung, Beurtheilung,
und Bestrafung solcher Handlungen des
Bürgers, die den Kriegsgesetzen zuwider
sind, *d. i.* der Kriegsverbrechen. Sie ist
also ihrer Natur nach *peinlich*, und die
Kriegsgerichte sind peinliche oder Krimi-
nalgerichte.

§. 137.

Die Kriegsgerichtsbarkeit erstreckt
sich ihrem Begriff und ihrer Natur nach
auf alle Kriegsverbrechen. Die Bezie-
hung der Handlung des Bürgers auf das
Gesetz, welches ein militärisches ist, ist
der einzig rechtmäßige Bestimmungsgrund.
Die Grenzen der Kriegsgerichtsbarkeit
werden also durch das Objekt, *d. i.* die
Handlung, nicht durch die Person, welche
das Verbrechen begehet, abgesteckt; es
hätte dann der Oberherr in Absicht
auf eine gewisse Klasse von Bürgern aus-
drücklich etwas anderes verordnet.



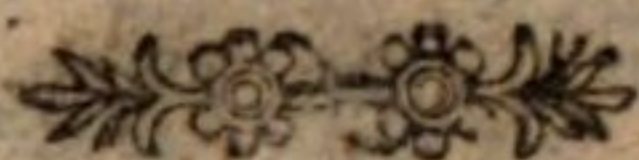
Letzteres aber wäre eine Anomalie in der Verfassung jenes Staats, in welchem der Gerichtsstand in der Regel nach der Beschaffenheit des Objekts und nur in jenen Sachen nach der Person regulirt ist, welche zu keiner Gattung der — den verschiedenen Gerichten zugetheilten Sachen und Gegenstände wohl gerechnet werden können.

§. 139.

Ueberhaupt ist die Bezeichnung der Gränzen der verschiedenen Gerichtsprenge im Staate, welche nach den Objekten selbst geschieht, zuverlässiger, und weit geschikter, die Verwirrung der Gerichtsbarkeiten zu verhüten, und sich so — des ungehinderten, und zweckmäßigen Gangs der Justizpflege zu versichern.

Dies ist noch einleuchtender, wenn die Beurtheilung des Gegenstandes besondere Kenntnisse erfordert, die man nicht bey jedem voraussetzen kann, die ihren eignen Mann fodern, und nur durch anhaltendes langes Studium erworben werden müssen.

§. 140.



§. 140.

Die in den §§en 4. 5. 6. 7. aufgestellten Sätze sind in jenem Staat, in welchem jeder Bürger auch Soldat ist, wohl keinem gegründeten Bedenken unterworfen. Sind sie es aber auch in jenem, welcher ein stehendes Kriegsheer unterhält, in welchem also der Soldat einen besonderen Stand ausmachet? ich glaube es: Denn die Anordnung einer stehenden Armee spricht die übrigen Bürger von ihren Pflichten gegen den Staat nicht los. Ihr pflichtmäßiges Verhältniß gegen die Kriegsgesetze bleibt also eben dasselbe. Wenn nun der Oberherr ein besonderes Kriegsgericht zur Verwaltung der Kriegsgerichtsbarkeit niedersetzt, so ist nicht abzusehen, daß und warum die Untersuchung und Bestrafung der Kriegsverbrechen, deren sich Bürger, die nicht in Person und wirklich Kriegsdienste thun also nicht Soldaten sind, schuldig machen, nicht vor jenes Kriegsgericht gehören soll. Desselben Amtsgewalt vertritt die Stelle des Oberherrn; da nun des Letzteren Kriegsgewalt

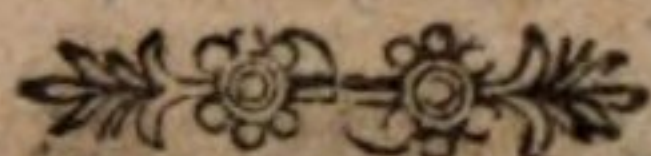


gewalt nach ihrem ganzen inneren Umfang auf alle Bürger und Kriegsverbrechen sich erstreckt, so muß dies auch von der stellvertretenden kriegsrichterlichen Gewalt gelten.

§. 141.

Die Kriegsgerichtsbarkeit befaßt sich ihrem Begriffe nach nur mit der Anwendung der Kriegsgesetze auf vorkommende Thatfachen und Handlungen, und mit der Beurtheilung, in welcher Beziehung letztere auf die Kriegsgesetze und Befehle stehen; dann der — dem Resultat entsprechenden Bestrafung oder Losprechung. Auf die übrigen Verhältnisse des Bürgers und Soldaten erstreckt sie sich nicht. In Ansehung derselben ist dieser den andern im Staat angeordneten Gerichten unterworfen.

Verbrechen also, die nicht Kriegs- oder militärische Verbrechen sind; persönliche, dingliche, kirchliche Rechtsfachen gehören nicht zu dem Ressort der Kriegsgerichte. Aber der Oberherr kann ihnen



ihnen die Erörterung derselben, in wie fern er es als zuträglich für den Zweck des Staats anfieht, zugleich mit übertragen. Als denn wird der Sprengel des Kriegsgerichts über die von dem natürlichen Staatsrecht gesetzten Gränzsteine hinausgerückt. Das Kriegsgericht ist nicht mehr bloß militärisch, sondern zugleich ein bürgerliches und Civilgericht. Dieser Zusatz darf nie außer Acht gelassen aber auch nie mit der im strengen Sinne genommenen Kriegsgerichtsbarkeit verwechselt werden; und da er mit Letzterer nicht nothwendig verknüpft ist; so kann von dieser Letzteren auf jenen auch kein Schluss gezogen werden.

§. 142.

Da, wo die im vorhergehenden §. 141. angezeigte Einrichtung Statt hat, sind also die Kriegsgerichte im weiteren Sinne

- a) *bürgerliche* oder Civilgerichte,
- b) *Kriminalgerichte*, in Ansehung der *gemeinen* Verbrechen, die der Soldat als Bürger, und Mitglied des Staats, oder überhaupt als Mensch begehen kann.
- c) *Kriegs-*



c) *Kriegsgerichte im strengen Sinn*, in Ansehung der eigentlichen militärischen oder Kriegsverbrechen; die sowohl von Soldaten als Nichtsoldaten begangen werden können.

§. 143.

In wie fern die Gerichtsbarkeit der Kriegsgerichte auf die *gemeinen* Verbrechen und die bürgerlichen (persönlichen) Rechtsfachen der Soldaten ausgedehnt wird, kann sie als ein Privilegium, als ein besonderes Recht des Soldatenstandes angesehen werden; und sich also nur auf die in wirklichen Kriegsdiensten stehende Personen erstrecken.

Mit der Gerichtsbarkeit der Kriegsgerichte im strengen Sinn (§. 4) aber hat es eine andere — sehr bemerkenswerthe Bewandnis. Der Bestimmungsgrund ihrer rechtmässigen Wirksamkeit ist nicht die Person, sondern die Sache *d. i.* das Kriegsverbrechen, dieses mag von einem wirklichen Soldaten oder von einem Nichtsoldaten verübt werden (§. 141). Denn diese

Ge-



Gerichtsbarkeit ist allgemein, *d. i.* sie umfaßt eine bestimmte Klasse von Thatfachen und Handlungen, ohne Rücksicht auf die Person. Wie z. B. das *forum caesarum feudaliū*.

Die Gerichtsbarkeit des Lehengerichts erstreckt sich auf alle Lehenrechtsfachen, ohne auf die Qualität, den Rang, und Stand der Person Rücksicht zu nehmen. Ihr Bestimmungsgrund ist die *Sache*, nicht die Person.

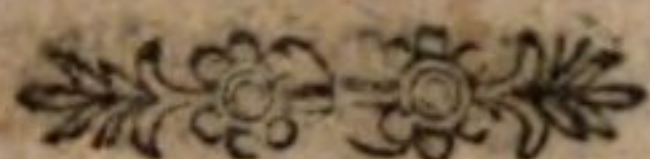
§. 144.

Die eigentliche Kriegsgerichtsbarkeit (§. 142.) ist also von der Kriminal- und der bürgerlichen — dem Kriegsrichter zugleich übertragenen Gerichtsbarkeit wesentlich verschieden. Der Schluss von dieser auf jene, oder von jener auf diese würde ein sehr wichtiger Fehlschluss seyn. Nur die eigentliche Kriegsgerichtsbarkeit ist ein wesentlicher — und unzertrennlicher Bestandtheil der Kriegsgewalt.



§. 145.

Auch in *Friedenszeiten* können Kriegs-
verbrechen begangen werden. Aber wäh-
rend einem wirklichen Krieg ist ihre Ge-
fährlichkeit für den Staat weit gröfser
und dringender. Eben so kann mit der
Letzteren die Gefährde, und der Schaden,
welche aus den gemeinen Verbrechen für
den Staat entspringen, und entspringen
können; in keinen Vergleich gestellt wer-
den. Wenn die Bestrafung der Kriegsver-
brechen, die während einem wirklichen
Krieg begangen werden, ihren Zweck, die
Abschreckung anderer, nicht verfehlen
soll, so muß sie auf der Stelle, und mit
einer Promptheit geschehen, die mit den
gewöhnlichen Formalitäten des Kriminal-
prozesses ganz unverträglich ist. Es kann
demnach das Verfahren des Kriegsrichters
nach den Regeln, welche den — zur
Untersuchung der gemeinen Verbrechen
angeordneten Gerichten vorgeschrieben
sind, nicht so schlechthin bemessen wer-
den. Der Grad der Gefährlichkeit des
Verbrechens kann oft den Kriegsrichter zu
Ver-



Verfügungen *verpflichten*, welche dem Civilkriminalrichter *x)* eine schwere Verantwortung zuziehen würden.

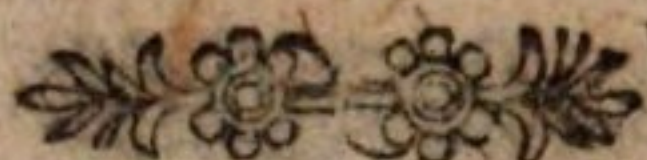
Jedoch wird hierdurch der Kriegsrichter von der Pflicht, die wesentlichen Principien der Gerechtigkeit bey Verwaltung seiner Amtsgewalt mit der gewissenhaftesten Pünktlichkeit und Sorgfalt zu befolgen, und zu respektiren, nicht frey gesprochen.

§. 146.

Hieraus ergiebt sich, zu welchem Verfahren der Kriegsrichter gegen *verdächtige* Personen berechtigt — und verpflichtet ist. Eine Person ist *verdächtig*, wenn die Gründe, nach welchen man sie als Thäter einer Handlung annehmen kann, die Gründe des Gegentheils überwiegen.

Jede verdächtige Person muß sich einer ihrer wegen anzustellenden Untersuchung und derjenigen Behandlung unterwerfen, ohne welche die Untersuchung
nicht

x) Civil wird hier dem *militärischen* entgegen gesetzt.



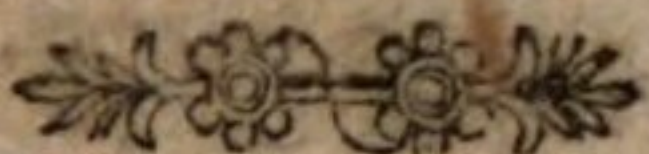
nicht möglich ist. Diese Behandlung stehet im Verhältniß gegen die Wichtigkeit der That, auf welche sich der Verdacht bezieht, und den Grad von Wahrscheinlichkeit, auf welchem der Verdacht ruhet. Kein Bürger wird durch diese Behandlung in seinen Rechten gekränkt, vielmehr muß jeder, wie fern er den Zweck des Staats will, in die Maafsregel einstimmen, jeden Verdacht eines Verbrechens zu untersuchen.

Zu dieser Behandlung gehört unstreitig, daß man sich der Person versichere, welche verdächtig ist, und ihre Freyheit bis zur Entscheidung in so weit einschränke, als es nöthig ist, um das Entkommen derselben zu verhindern. y)

§. 147.

Zu diesem Verfahren gegen verdächtige Personen ist schon der Civilkriminalrichter verpflichtet; um wie vielmehr also der Kriegsrichter? er ist es so sehr, daß, wenn

y) Heydenreich natürl. Staatsrecht. II. Theil
S. 41. 42.



wenn er die Erfüllung dieser Pflicht unter-
liesse, er sich eines hohen Verbrechens
gegen die Nation schuldig machen würde:
um wie viel mehr ist der Kriegsrichter zu
dem angegebenen Verfahren verpflichtet,
wenn er Urkunden oder sonstige Beweise
bereits in Händen hat, daß die Person
das Kriegsverbrechen wirklich begangen
hat? Der Stand und die Würde der Person,
welche sie immer seyn mag, hebt diese
Pflicht des Kriegsrichters nicht auf, weil
sie die Pflichten des Bürgers gegen den
Staat nicht aufhebt. Jener Staat, wo so-
etwas Statt fände, stünde am Rande des
Verderbens.

§. 148.

Allein, fährt Heydenreich z) fort;
entschieden muß unausbleiblich werden a),
und

z) a. a. O. S. 42. 43.

a) Ganz anderer Meynung ist der Verfasser der
Schrift: Europens politische Lage und Staats-
interesse. 1tes und 2tes Heft. 1795.; der in
dem 2ten Heft S. 181. f. behauptet: Dey
Kaiser



und zwar für Schuld oder Unschuld, je nachdem die Untersuchung der Umstände zur Gewissheit über jene oder diese führt. So wie die bürgerliche Schuld darinn besteht, daß ein Bürger eines Verbrechens überwiesen worden, so besteht die bürgerliche Unschuld darinn, daß ein Bürger keines Verbrechens überwiesen worden ist. Diese bürgerliche Unschuld muß öffentlich erklärt werden, wenn der Verdacht eines Verbrechens nicht hat zur Gewissheit gebracht werden können.

b) *Grundsätze des deutschen Staatsrechts.*

§. 149.

Es entstehet nun die Frage: wie fern die positiven Grundgesetze des deutschen

Kaiser habe sich kompromittirt, daß er über das Verhältniß des Hessenkasselschen Separatfriedens gegen die Grundgesetze ein Reichsgutachten abgefodert hat.

Dieser preussische Schriftsteller hat entweder gar keine Kenntniß von der deutschen Reichskonstitution, oder schreibt absichtlich solch unstaatsrechtliches Zeug!



fchen Staats mit den Principien des natürlichen Staatsrechts (§. 133. f.) übereinstimmen?

Zur richtigen Beantwortung dieser Frage ist nöthig, die Reichsgesetze, welche die reichsoberrichterliche Kriegsgewalt, und die Reichskriegsgerichtsbarkeit betreffen, und bestimmen, hier in Auszügen voraus zu schicken.

§. 150.

a) Reichsgesetze, welche die reichsrichterliche Kriegsgewalt und Reichskriegsgerichtsbarkeit betreffen.

R. A. zu Regensburg von 1641 §. 47.

Der Inhalt dieses §s ist dieser:

a) Wenn der Delinquent über drey Meile von seinen Quartieren und Kompagnie, auf frischer That in strafmässigem Verbrechen ergriffen würde, oder der Officier gegenwärtig, oder nur drey Meilen Wegs von Dannen ist, und genugsame Versicherung thut, die Justiz zu administrieren, soll der Missethät.



fethäter demselben abgefolget werden.

b) Widrigenfalls aber sollen die Stände nicht allein die Verhaftung vorzunehmen, sondern auch mit vorgehendem rechtlichen Proceß zu verfahren, und alsdenn nicht weniger die Exekution vorzunehmen Macht haben.

c) Jedoch zu diesem Prozeß den nächsten Kommandanten, wenn der Befehlhaber, zu dessen Regiment der Strafmäßige gehörig über die drey Meile von der Stelle, erfordern, und ihm frey stehen, dem Rechten beyzuwohnen.

d) Würde aber ein Soldat, so mit seiner Bieleten gewisse Sachen zu verrichten, versehen, etwas verbrechen und auf frischer That begriffen, wenn es gleich weiters als drey Meil Wegs von seinem Quartier und Kompagnie wäre, soll er doch seinem Obersten oder nächsten Kriegskommandanten zur Bestrafung zugeschikt werden, und dieses, damit



damit die Kriegsanschläge, so manchem vertraut, nicht offenbar werden. *b)*

R. G. A. dictat. 4. Febr. 1664.

Wurde einmüthig beschlossen:

„Die zu solcher Reichsverfassung gehörige Völker sollen in - und ausserhalb der Kriegsoperation in Pflichten eines jeden Standes, der sie geworben und gestellet, verbleiben; jedoch Zeit während der Operation zugleich auch kaiserlicher Majestät und dem Reich auf den Artikulsbrief verpflichtet und des Reichs Generalitäten angewiesen seyn.“ *c)*

In dem hierauf erfolgten kaiserl. Kommiss. Dekret. dictat. 7ten Februar 1664 erklärt sich der Kaiser dahin:

„Ihro kaiserliche Majestät ist nicht zuwider, dass die Völker auch in Zeit der Operation demjenigen Stand, der sie
ge-

b) Neue S. der R. A. A. III. Th. S. 560.

c) Pachner I. Th. S. 58.



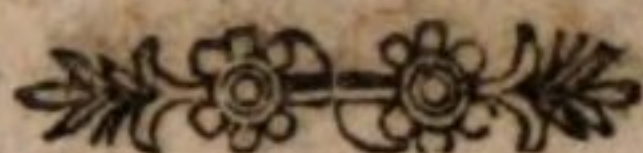
geworben, verpflichtet bleiben, doch mit dem Unterschied, daß hierdurch der Pflicht, welche laut der Reichsabschiede der Soldat einem römischen Kaiser und dem heil. Reich in solchen Fällen zu leisten hat, nicht präjudicirt werde. Und weilen im übrigen besagte Reichsabschiede, wie die hohe und nachgesetzte Officiere, auch gemeine Knechte sich nicht weniger gegen ihr Oberhaupt und das Reich zu verpflichten haben, genugsam ausweisen; also zweifeln Ihro kaiserl. Majestät nicht, man werde gleicher Gestalt die Reflexion darauf machen, und den Artikulsbrief, und was dem weiter anhängig, demselben gemäß einrichten. d)

*Instruktion für den Reichsgeneral - Feldmarschall
dictat. 1ten August 1672.*

Zum vierten

a) soll von dem Herrn Reichsfeldmarschall bey der Armee gute Ordre und Kriegsdisciplin gehalten werden, auf daß

d) Pachner I. Th. S. 62.



dass Niemand wider Recht und Billigkeit beschwert, noch des Seinen gewaltsamer Weise beraubet, gebrandschatzet, oder sonst an Leib und Gut beleidigt, und bey der Soldatesca alle Excesse, Insolentien und Laster verhütet, auf den Artikulsbrief steif und fest gehalten, auch das Balgen und Kugelwechseln bey der Armee gänzlich verboten seyn, und die Authores, nach Beschaffenheit der Umstände, und Inhalt des Artikulsbriefs ohne einigen Respekt der Nationen, Personen, des Stands, oder der Religion abgestrafet werden.

b) Gestalten dann ihm auch die Oberjurisdiktion und Administration der Justiz über alle hohe und niedrige Kriegsofficiere, und der ganzen Soldatesca insgemein, bey *währendem Feldzug*, und so lang das Reichskorpus beyfammen, in denen *militärischen Verbrechen* gebühret und zukommt;

c) Also wird derselbe solche Excesse und Verbrechen, der Gebühr, und



dem Kriegsgebrauch nach mit den verdienten Strafen anzusehen wissen,

d) doch vorbehaltlich die einem jeden Obristen bey seinem Regiment habende Jurisdiktion, wie solche bey deutschen Kriegsheeren gebräuchig.

e) So viel aber die nachgesetzte Generale, und den Generalstab betrifft, wo einer oder der andere solchen Excess begienge, so ungestraft nicht könnte belassen werden, so soll der Herr Feldmarschall in kraft des ihm hiemit ertheilenden Gewalts, denselben also bald in Arrest nehmen lassen, die Cognition und der Ausspruch aber soll dem ordentlichen Kriegsrecht übergeben, und dann die Exekution ohne Ihro kaiserl. Majestät und der Kurfürsten und Stände, oder derjenigen, woran er von denenselben noch weiters verwiesen werden möchte, Vorwissen und weitere Verordnung nicht fürgenommen werden.

f) Dafern nun aber unter währendem Feldzug, in dem Marsch oder in den Quar-

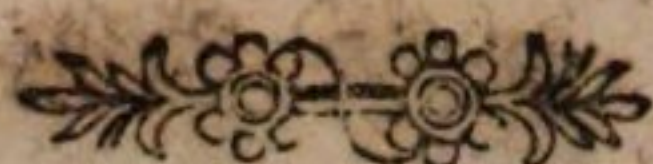


Quartieren gegen einen Stand des Reichs, deffen Angehörige oder Unterthanen mißhandelt, oder fonsten in deffen Land ein *Verbrechen nicht militare* begangen wird, follen die Thäter, wenn dieselbe nicht vorhin zur Verhaft gebracht, ermeldtem Stand ausgeliefert werden, und demselben darüber die Kognition und Abstrafung verbleiben. e)

Reichskriegsartikel von 1682. Art. 35:

„Gestalten dann zu mehrerem Nachdruck und Versicherung jeder Kreisstand, wo sich die Soldaten im Quartier oder fonsten befinden, oder da derselbe nicht mächtig genug, die ausschreibenden Fürsten zu erfuchen, wann wider die Ordonnanz gehandelt, und was darüber erpresfet, oder mit Verwunden, Rauben, Brennen, Morden, oder in anderen dergleichen *nicht militärischen* Verbrechen excediret worden, die Delinquenten nicht allein vor sich selbst

e) Pachner I. Th. S. 577.



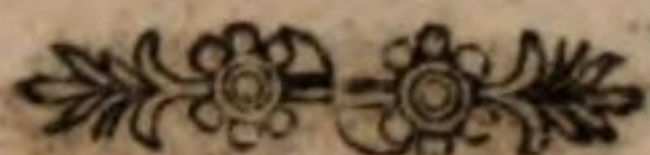
selbst gefänglich anzunehmen, und zu examiniren, fondern auch die Strafe anzusetzen, und an ihnen zu exequiren.

Art. 56 :

- a) Jedermann soll die Schild - und andere Wachten gebührend respektiren, ihnen, da er angerufen oder gefragt wird, bescheidenlich Antwort geben, wer dawider handelt, soll mit Ernste bestrafet werden ;
- b) würde aber jemand gar Hand an sie legen, soll des Lebens verlustig seyn.“

R. G. A. oder Schluss dat. 11. diēt. 12 März 1704.

Weil auch unter den Soldaten die defordres nicht besser als durch richtige Bezahlung verhütet werden können, so ist hauptsächlich daran gelegen, dass jeder Kreis und Stand sowohl zu dem Beytrag der Operationskasse als Unterhalt seiner eignen Völker in gebührender Zeit zuhalte; wann nun solches geschiehet, könnte im Feld und Quartier genugsam verfügt wer-



werden; dafs ein jeder Soldat seinen Sold ohne Aufenthalt bekomme, das Auslaufen durch die Generalspersonen und kommandirende officiere abgestellt, die Exorbitantien verhütet, und die Uebertreter exemplarisch abgestrafet, wie auch die kommandirende Officiers befage Artikulsbriefs zu Erstattung des Schadens gehalten werden.

Auf das aber die Officiere sowohl als Gemeine wissen mögen, welcher gestalt die Mannszucht oder Disciplin eingerichtet, und sie zu deren Observanz verbunden, auch wie die Domini Territoriales die verübende Delicta und Excesse von den Soldaten ohne Ausnahme zu bestrafen befugt seyn; so ist beschlossen worden, dafs bey allen Kreistruppen der im Jahre 1682 von Reichswegen beliebte Artikulsbrief zu publiciren und darauf scharf zu halten sey.

Und hätten die — Reichsgenerale nach Anleitung der R. G. A. von 1672, 1673, 1674 auf die damals concertirte formulam juramenti, denen Instructionen gemäfs ihre
Pflich-



Pflichten Kaiserl. Majestät und dem Reich abzustatten *f*).

β) Grundsätze von der Reichskriegsjurisdiktion.

§. 151.

Vergleichen man diese Reichsgrundgesetze (§. 150) und den Kriegsbrauch in Deutschland mit den Principien des natürlichen Staatsrechts (§. 133 — 148); so bemerkt man eine durchgehende Uebereinstimmung der Ersten mit den Letzteren; und folgende Grundsätze haben das Gepräge der Wahrheit;

I. Zu Friedenszeiten.

§. 152.

Ist die Reichsoberrichterliche Kriegsgewalt, und die Reichskriegsgerichtsbarkeit den Kreisen und Ständen überlassen; welche sie also als Stellvertreter des Oberherrn nach ihrem — den Reichsgesetzen jedoch untergeordneten Ermessen auszuüben befugt sind.

§. 153.

f) Pachner 3. Th. S. 107. 109.



§. 153.

In Ansehung α) der persönlichen Sachen sowohl der streitigen als willkührlichen Gerichtsbarkeit und β) der *gemeinen* Verbrechen stehet die Gerichtsbarkeit über die gemeine zu den Kreistruppen gehörige Mannschaft den einzelnen Werbständen zu; welchen dann frey stehet, zu bestimmen, wie und durch wen diese Jurisdiktion ausgeübt werden soll.

§. 154.

Doch ist es in Deutschland herkömmlich, daß jene Stände, welche ein ganzes Regiment zu dem Kreis oder Reich zu stellen haben, die Kriegsgerichtsbarkeit im weiteren Sinne (§. 142.) nach ihrem ganzen Umfange dem Obersten des Regiments übertragen, der sie denn sowohl über den gemeinen Mann als auch über die zu dem Regiment gehörigen Unter- und Oberofficiere — jedoch theils nach den bestehenden Gesetzen theils nach dem gemeinen Kriegsrecht und Kriegsgebrauch zu verwalten hat.

§. 155.



§. 155.

Jene Stände, welche kein ganzes Regiment stellen, haben über ihre gemeine Kreismannschaft sowohl in Ansehung der persönlichen Rechtsfachen als auch der gemeinen und militärischen Verbrechen die richterliche Gewalt und Kriegsjurisdiktion; die Oberofficiere aber stehen in *Militärverbrechen* nicht unter der ständischen Gerichtsbarkeit, sondern unter dem Kriegsrecht. g)

§. 156.

In jenen Sachen, in welchen die Regiments - Jurisdiktion gegründet ist, ist diese — der Kreisgeneral - Kriegsgerichtsbarkeit untergeordnet. Das Regimentsgericht ist demnach ein Unter - und das Kreisgeneralkriegsgericht ein Obergericht.

§. 157.

g) Vergl. den Versuch einer staatsrechtl. Theorie von den deutschen Reichskreisen überhaupt und dem Schwäbischen insbesondere. II. Theil. §§. 143 — 151. dann §. 174 — 177.



§. 157.

In allen jenen Sachen, in welchen die Gerichtsbarkeit weder des einzelnen Landesherrn, noch des Regiments kompetent ist, tritt die Jurisdiktion des Kreis-general - Kriegsgerichts ein. *b)*

II. Während einem Reichskrieg.

A) Regiments - Jurisdiktion.

§. 158.

Entsteht ein Reichskrieg, und die Reichs-armee ist wirklich beyfammen, und ausgerückt, so sind bey derselben nur zwey Gerichtsbarkeiten.

1) Die Gerichtsbarkeit des Obersten.

2) Die Gerichtsbarkeit des Feldmarschalls. *i)*

§. 159.

Ein jeder Oberst hat bey seinem Regiment die Jurisdiktion, wie diese bey deutschen Kriegs-beeren gebräuchig ist. k)

§. 160.

b) Die weitere Erörterung dieser landesherrlichen und Kreiskriegs - Gerichtsbarkeit gehört nicht hieher.

i) Instruktion für den Reichsfeldmarschall v. 1672.

k) Gedachte Instruktion.



§. 160.

Sie erstreckt sich auf alle militärische Verbrechen, welche Personen begehen, die zum Regiment gehören.

§. 161.

In Ansehung dieser Art Verbrechen also, können jene Landesherren, welche kein ganzes Regiment stellen, die ihnen dessfalls zu Friedenszeiten zustehende Jurisdiktion (§. 155.) nicht in Anspruch nehmen.

§. 162.

Die Regiments - Jurisdiktion erstreckt sich
 α) nicht auf die persönlichen Rechtsfachen der zum Regiment gehörigen Personen, sie mögen zur streitigen oder willkührlichen Gerichtsbarkeit gehören. β) noch auf die gemeine Verbrechen, deren sie sich allenfalls schuldig machen; sondern dissfalls bleibt die richterliche Gewalt und Jurisdiktion der Landesherren gegründet und kompetent, wie ferne dergleichen Verbrechen gegen einen Stand des Reichs, dessen Angehörige oder Unterthanen oder sonst in dessen Land begangen wer-



werden. Tritt keiner dieser Bestimmungsgründe ein, so ist die Regiments-Jurisdiktion auch in nicht militärischen Verbrechen der Soldaten gegründet. l)

§. 163.

Da die Regiments-Jurisdiktion nur in soweit dem Obristen vorbehalten ist, als sie bey deutschen Kriegsheeren gebräuchlich ist (§. 159.); so hat sie in allen jenen Kriegsverbrechen nicht Statt, deren Untersuchung und Bestrafung nach dem gemeinen deutschen Kriegsrecht dem Generalkriegsgericht vorbehalten ist.

§. 164.

Die Kriegsgerichtsbarkeit des Obersten ist der des Reichsfeldmarschalls untergeordnet m); das Regimentsgericht ist also ein Untergericht.

B) Des

l) Instruktion für den Reichsfeldmarschall. von 1672. Art. IV. (§. 150. Litt. f.)

Reichskriegsartikul von 1682. Art. 35.

m) Instruktion für den Reichsfeldmarschall von 1672. Art. IV.



B) Des Reichsfeldmarschalls.

§. 165.

*Dem Reichsfeldmarschall stehet während dem Feldzug, und so lang das Reichskriegsheer bey-
sammen ist, die Oberjurisdiktion über alle hohe
und niedere Kriegsofficiere und die ganze Solda-
tesca insgemein, in den militärischen Verbrechen
zu. n)*

§. 166.

*Sie kann jedoch bey den militärischen Ver-
brechen, in deren Ansehung die Regimentsjuris-
diktion gegründet ist, nur in dem Maasse wirk-
sam sey, als es dem Kriegsgebrauch und gemeinen
deutschen Kriegsrecht gemäfs ist. o)*

§. 167.

*Fene Verbrechen, bey welchen dieser Um-
stand (§. 166.) nicht eintritt, unterliegen un-
mittelbar der feldmarschallamtlichen Jurisdiktion,
wenn*

n) Instruktion für den Reichsfeldmarschall von
1672.

o) Die §. 165. angezogene Reichsinstruktion.



wenn sie auch von einem sonst unter der Gerichtsbarkeit des Regiments stehenden gemeinen Soldaten oder Officier begangen werden. (§. 158.)

§. 168.

Daher sind der feldmarschallamtlichen Gerichtsbarkeit folgende Kriegsverbrechen unmittelbar vorbehalten:

- 1) Heimliche Korrespondenz und Traktaten mit dem Feinde, woraus Ver rätherey und Schaden zu befürchten ist.
- 2) Unzeitige Uebergabe der Vestungen.
- 3) Und Verlassung des angewiesenen Postens.
- 4) Unnöthige Flucht vor dem Feind.
- 5) Alle Rebellionen und Meutereyen, so wider Generale und andere hohe Officiere geschehen.
- 6) Alle Mängel und Fehler, so ganze oder halbe Regimente oder Compagnien begehen etc. p).

p) C. Gottlieb Knorrens Anleitung zum Kriegsprozess. Halle im Magdeburgischen 1738.
III. Hauptstück §. 15, S. 118.



§. 169.

Der feldmarschallamtlichen Jurisdiktion sind jene *gemeine* Verbrechen der bey dem Reichskriegsheer befindlichen Soldaten unterworfen.

a) Bey denen keiner jener Bestimmungsgründe eintritt, welche die landesherrliche Richter Gewalt und Jurisdiktion begründen. (§. 162.)

b) Und in deren Ansehung die Regimentsgerichtsbarkeit nach dem gemeinen deutschen Kriegsrecht nicht Statt hat. (§. 159.)

§. 170.

Verbrechen der nachgesetzten Generale und der zum Generalstab gehörigen Personen, die nicht unbestraft gelassen werden können, unterliegen der Gerichtsbarkeit des Feldmarschalls, jedoch mit folgenden Einschränkungen:

a) Der Feldmarschall ist berechtigt, und verpflichtet, die Verhaftnehmung eines solchen Verbrechers für sich zu verfügen.

b) Die



b) Die Erkenntniß und der Ausspruch aber find dem ordentlichen Kriegsrecht zu übergeben.

c) Jedoch kann die Vollziehung der gefällten Strafurtel ohne Vorwissen und weitere Verordnung des Oberherrn *d. i.* des Kaisers und der sammtlichen Reichsstände nicht vorgenommen werden. *q)*

Anm. 1. In Ansehung der Verbrechen solcher Generale und Generalstaabspersonen hat sich also der Oberherr die Bestättigung der Strafurtel vorbehalten.

Anm. 2. Diese Verordnung der dem Reichsfeldmarschall gegebenen Instruktion setzt wichtige Verbrechen voraus; bestimmt aber nicht, ob sie nur von militärischen zu verstehen sey. — Nach der Allgemeinheit des Ausdrucks scheint sie auch nicht militärische Verbrechen zu umfassen; und harmonirt hierinn ganz genau mit

q) Reichsinstruktion für den Feldmarschall von 1672. (§. 150.)



mit der Verfassung. Denn solche Generale und Generalstaabspersonen stehen allein in den Diensten und Pflichten des Reichs, die *gemeine* Verbrechen, deren sie sich schuldig machen, können also unter keinen landesherrlichen Gerichtsprenge gezogen werden. Es muß also das *gemeine deutsche Kriegsrecht* eintreten, kraft dessen die deutsche Kriegsgerichtsbarkeit eine solche im weiteren Sinne ist. (§§. 154. 142.)

§. 171.

Wenn ein Bürger Nichtsoldat ein militärisches Verbrechen begehet, so gebührt die Untersuchung und Bestrafung desselben dem Reichsfeldmarschall; wenn auch übrigens der Verbrecher als Unterthan der landesherrlichen Gewalt und Jurisdiktion unterworfen ist.

Die positiven Grundgesetze des deutschen Staats enthalten diesen Satz nicht ausdrücklich und in terminis: er muß also aus Principien bewiesen werden.

Der



Der Bestimmungsgrund der Kriegsjurisdiktion ist das militärische Verbrechen. (§. 136.) Nach der deutschen Gerichtsverfassung sind die Gerichtsprengel nach den Objekten, *d. i.* nach der Beschaffenheit der Sachen geordnet; daher wird der Gerichtsstand nur in persönlichen Rechtsfachen nach der *Person des Bek'agten* regulirt. Eigentliche Kriminalfachen sind aber keine persönliche Rechtsfachen; bey welchen ein *jus ad rem* oder (*objectivé*) *personale* verfolgt wird. Denn der Verbrecher als Beleidiger hat nur die Pflicht zum Ersatz des durch das Verbrechen zugefügten Schadens: Das Strafrecht des Staats beruhet auf ganz anderen Gründen.

Alle Kriminalrechtslehrer stimmen darinn überein, daß das *forum delicti*, welches durch den Ort, wo das Verbrechen begangen worden, begründet wird, das zweckmäfsigste sey.

Die Deutschen haben auch anfänglich nur das *forum delicti*, und erst nachher das *forum domicilii* in peinlichen Fällen als zuständig angesehen; von dem foro



deprehenſionis aber wuſten ſie nichts. Diefes ward erſt durch das Anſehen der Gloſſenſchreiber in Deutſchland bekannt. r)

Selbſt die Reichsinſtruktion für den Reichsfeldmarſchall von 1672 bleibt dieſem Grundſatz getreu (§. 162.). Es iſt alſo evident, daſs der kompetente Gerichtſtand in peinlichen Sachen nicht nach der Perſon des Verbrechers beſtimmt wird.

§. 172.

Der Landesherr kann auf die Gerichtsbarkeit bey militäriſchen Verbrechen, die ein Unterthan Nichtſoldat verübt hat, keinen Anſpruch machen.

Die Landeshoheit befaßt überhaupt kein — in der Kriegsgewalt in Abſicht auf die Kriegsführung enthaltenes Hoheitsrecht; er hat diſſfalls bloß Pflichten des Bürgers, und Unterthans, bloß Pflichten des Gehorfams. Der Oberherr hat dieſen ganzen Zweig der höchſten Staatsgewalt ſich ſelbſt unmittelbar vorbehalten, und

r) Quistorp peinl. Recht. 2. Th. §. 571.



und nichts davon was die wirkliche Kriegsführung betrifft, an die perennirenden Stellvertreter abtreten, auch nicht wohl mit Beyfall der Vernunft abtreten können (§. 45.). Die Kriegsführung selbst ist nichts anders als eine überdachte — nach Planen abgemessene Ausübung der Pflicht des Oberherrn, die Sicherheit des Staats gegen die wirklich geschehenen Angriffe des äusseren offenbaren Feindes zu behaupten. Die Bestrafung der Kriegsverbrechen ist ein schlechthin nothwendiges Mittel, ohne welches dieser Zweck der Kriegsführung nicht erreicht werden kann. Die Kriegsgerichtsbarkeit ist also ein schlechthin unabtrennbarer Bestandtheil des hoheitlichen Rechts der Kriegsführung, also wie dieses — dem Oberherrn ausschliessungsweise zuständig.

Der Landesherr kann die Kriegsgerichtsbarkeit im unterstellten Fall nicht aus dem Grund der Persönlichkeit der Sache in Anspruch nehmen (§. 171.); das nachher erst eingeführte *forum domicilii* hat das *forum delicti* nicht aufgehoben; viel-

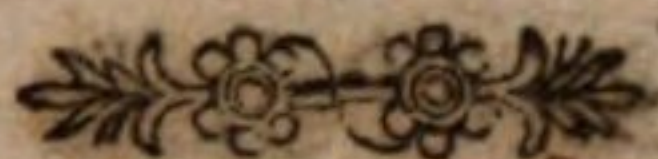


vielmehr gehört jenes jetzt noch zu den Anomalien der deutschen Gerichtsverfassung; und muß als eine Ausnahme angesehen werden, welche zu gleicher Zeit neben der Regel bestehet.

Allein! das *forum delicti* kann eben so wenig bey militärischen Verbrechen als kompetent aufgestellt werden; weil sonst allein dem Landesherrn, in dessen Gebieth das Verbrechen begangen worden, in Ansehung desselben die Jurisdiktion zuständig seyn würde. Diefs widerspricht aber geradezu der Instruktion für den Reichsfeldmarschall vom 1. August 1672. Litt. f. (§. 150.)

Diese verordnet:

„Dafern währendem Feldzug, in dem Marsch oder in den Quartieren gegen einen Stand des Reichs, dessen Angehörige oder Unterthanen mißhandelt, oder sonst *in dessen Land ein Verbrechen nicht militare begangen wird*, sollen die Thäter ermeldtem Stand ausgeliefert werden, und demselben darü-



darüber die Kognition und Abstrafung verbleiben.

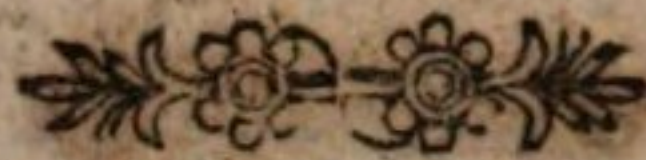
In dieser Verordnung liegt unwidersprechlich dieser Folgesatz:

Der Landesherr in dessen Land ein Verbrechen verübt worden, hat die Kognition und Bestrafung nicht, wenn das begangene Verbrechen ein militärisches ist.

Die Reichsgesetzgebung verwirft also bey militärischen Verbrechen das forum delicti commissi als kompetent; sie würde also sich selbst widersprechen, wenn sie dem foro domicilii des Verbrechers einen Vorzug irgendwo eingeräumt hätte; und dieses müßte doch geschehen seyn, wenn bey militärischen Verbrechen der Gerichtsstand nach den persönlichen Verhältnissen des Verbrechers zu bestimmen wäre.

Dieser Widerspruch der Kriminalgesetzgebung wäre mancfach, und defswegen desto auffallender: denn sie würde kontrastiren.

a) Mit



- a) Mit den Prinzipien des natürlichen Staatsrechts. (§. 137—140.)
- b) Mit den Prinzipien und dem Geist der deutschen Konstitution. (§§ 10. b.)
- c) Mit den Prinzipien der Politik, da sie das sonst einzig zweckmäßige forum delicti bey militärischen Verbrechen verwirft, und doch das überhaupt minder zweckmäßige forum domicili festsetzet

d) Mit dem gemeinen deutschen und europäischen Kriegsrecht und dem Kriegsgebrauch also abermal mit sich selbst. Denn bey Anordnung der reichsfeldmarschallamtlichen Kriegsjurisdiktion weist die oftgedachte Instruktion von 1672 zweymal auf den Kriegsgebrauch hin. (§. 150) Dieser behauptet also in Ermangelung ausdrücklicher Gesetze eine Stelle unter den Erkenntnisquellen des deutschen Staatskriegsrechtes.

Bey der vorwürfigen Frage entscheidet aber der Kriegsgebrauch und das gemeine europäische Kriegsrecht für die Kriegsgerichte. An Statt aller wird es
genug



genug seyn, die Kriegsgerichtsordnung
Fridrichs I. Königs von Preussen anzu-
führen.

Dieselbe verordnet P. I. §. 9.:

„Nicht weniger diejenige, welche
eines criminis prodicionis beschuldigt wer-
den, und sich deßfalls verdächtig ge-
macht, ob sie gleich keine milites, son-
dern provinciales und forenses sind, sol-
len ob prodicionem commissam daselbst
(nämlich vor dem Kriegsgericht) gerichtet
und bestrafet werden. s)

Es wird aber, sagt Knorre t), nicht
allein wider die Soldaten nach der Strenge
verfahen, und die Strafe ohne Prozeß
alsobald vollzogen, sondern es pflegt auch
wohl in gewissen Fällen solches *andere*,
die nicht in Kriegsdiensten stehen, zu betreffen.
Also wenn eine Vestung bloquirt, und
denen Bauren bey Strafe des Stranges be-
fohlen wird, denen Bloquirten keine Le-
bens-

s) Knorrens Kriegsprozeß 3. Hauptst. §. 15.
not. (a) Seite 120.

t) Am a. O. VIII. H. §. 8. Seit. 212.



bensmittel zuzuführen, pfleget man diejenigen, so dem Verboth entgegen handeln, und darüber betreten werden, ohne Prozeß aufzuknüpfen. Mit gleicher Schärfe wird zuweilen wider ergriffene Spionen und Verräther verfahren.“

„Also liefs im letzteren italiänischen Krieg der Gouverneur zu Mantua Prinz Philipp von Hessendarmstadt zwey ergriffene in Kapuzinerhabit verkleidete Spione, ohne grofse Umstände und Prozeß, aufhenken.“

Wie wäre es aber auch dem Oberherrn, oder seinem Stellvertreter, dem R. F. Marschall möglich, die ihm aufgetragene Realisirung des Zwecks zu bewirken, wenn ihm nicht zugleich die nothwendigen und einzig kräftigen Mittel dazu überlassen wären? der Zweck der Strafe ist Abschreckung anderer von ähnlichen Verbrechen: wie unzuverlässig, und ungewifs wäre die Erreichung des Zwecks, wenn der Bürger Nichtsoldat, der ein militärisches Verbrechen begangen hat, dem Landesherrn zur Bestrafung ausgelie-



liefert werden müßte? könnte da die Strafe den zweckmäßigen Eindruck bey dem Kriegsheer wohl machen? —

Also ist in Ansehung der *militärischen Verbrechen*, welche währendem Feldzug begangen werden, weder das forum delicti, noch das forum domicilii, noch das forum deprehensionis kompetent und gegründet: wollte man das erste oder zweyte als gültig annehmen, so würde das dritte, nämlich das forum deprehensionis, ebenfalls als gültig angenommen werden müssen. Die von dem R. F. Marschall zuerst verfügte Ergreifung und Verhaftung des Verbrechers Nichtsoldaten, würde also eine reichsgesetzmäßige Begründung der feldmarschallamtlichen Jurisdiction seyn; also die Reklamirung folglich die Foderung der Auslieferung des Verbrechers auf Seiten des Landesherrn nicht mehr Statt haben.

Wäre, der bisher vorgebrachten Gründe ungeachtet, diese Sache doch noch zweifelhaft, so müßte die Entscheidung dennoch für den Oberherrn also für die reichs.



reichsfeldmarschallamtliche Jurisdiktion gegeben werden. (§. 78.)

§. 173.

Der im vorhergehenden §. 172. vorgetragene und meines Erachtens völlig erwiesene Rechtsatz leidet keine Abänderung oder Modifikation durch den Stand, den Karakter, und die Würde des Verbrechers — Nichtsoldaten; dieser mag ein hoher oder geringerer Staatsbeamter, ein Minister irgend eines Landesherrn seyn oder nicht. Welches wohl keines Beweises bedarf.

Nur kann ich die — von selbst sich darstellende und einleuchtende Bemerkung nicht unterdrücken, daß der Landesherr noch viel weniger alsdenn auf das Richteramt Anspruch machen könne,

a) wenn der Verbrecher das Vertrauen des Landesherrn besitzt.

b) Wenn der Landesherr das Verbrechen, welches sein Minister oder irgend ein anderer seiner Staatsbeamten



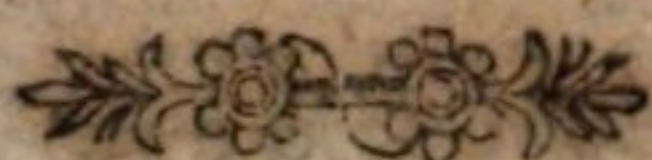
ten begangen hat, öffentlich als das Seinige anerkennt.

c) Wenn der Landesherr seinen wegen eines Kriegsverbrechens verdächtigen Staatsbeamten zu vertheidigen und zu rechtfertigen sucht. Auch dieses bedarf wohl keines Erweises.

§. 174.

Sobald ein Kriegsverbrechen, worauf in den Reichskriegsartikeln eine Leib- oder Lebensstrafe gesetzt ist, begangen ist, so ist der Reichsfeldmarschall verpflichtet, die deswegen verdächtigen Personen, ohne allen Unterschied, und ohne Rücksicht auf Stand und Würde, sie mögen in Kriegsdiensten stehen, oder nicht, sogleich gefänglich einziehen — und in Verhaft nehmen zu lassen.

Dieser Satz harmonirt a) mit den Grundsätzen des natürlichen Staatsrechts (§. 146.) b) mit der Reichsinstruktion für den R. F. Marschall von 1672 Art. IV. (oben litt. e) §. 150.) c) mit den Grundsätzen des deutschen peinlichen Rechts;
nach

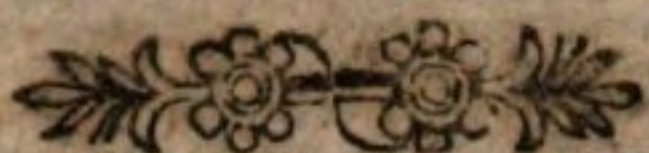


nach welchen jemand, um dessen gefängliche Einziehung rechtmässig zu verfügen, aus einem *gegründeten Verdacht* eines solchen Verbrechens beschuldigt seyn muss, auf welches die Gesetze eine Strafe am Leib oder Leben setzen *u*). Jene, welche zur Rechtmässigkeit der Inhaftirung erfordern, dass der zu Inhaftirende auch der Flucht wegen verdächtig sey, setzen hinzu, oder müssen, wenn ihre Lehre richtig seyn soll, hinzusetzen, dass dieser Verdacht aus der Grösse des Verbrechens alsdenn entstehe, wenn auf dieses in den Gesetzen eine Leibs - oder Lebensstrafe gesetzt ist. Der Einwurf: der Prozess würde von der Exekution anfangen, ist ein Kind der Unwissenheit.

§. 175.

Dass der Verdacht, um zur Gefangennehmung des Angeeschuldigten schreiten zu können, gegründet seyn müsse, versteht sich wohl von selbst. Aber die grosse Ge-

*) Quistorp peincl. Recht II. Th. §. 645.



Gefährlichkeit der Kriegsverbrechen für den Staat, absonderlich die während einem wirklichen Kriege begangen werden, macht es dem Reichsfeldmarschall zu einer ganz vorzüglichen Pflicht, jenes in stets lebhaftem Andenken zu behalten, und beständig vor Augen zu haben, was Qui-
storp in seinem peinlichen Recht x) sagt:

„Es ist in zweifelhaften Fällen überhaupt, da man nicht vorher sehen kann, ob der Angeschuldigte schuldig oder unschuldig sey, eine genaue Beobachtung der Gesetze allemal einer *unvorsichtigen* Gelindigkeit vorzuziehen, als welche leicht verursacht, daß der Thäter die Flucht ergreift, und auf diese Weise das Verbrechen ungestraft bleibt.“ (Vergl. oben §§. 145. 146. 147.)

§. 176.

Wenn also der Bürger Nichtsoldat, der sich eines schweren Kriegsverbrechens schuldig gemacht hat, und gegen den dießfalls ein gegründeter Verdacht vorhanden ist,

x) 2. Th. §. 645.

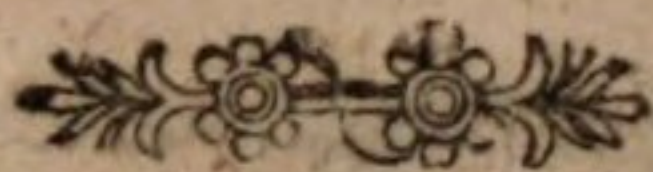


ist, ein hoher Staatsbeamter eines Landes-
herrn ist, so kann, dessen ungeachtet, und
muss der Reichsfeldmarschall desselben Ar-
retirung, für sich, und ohne weitere An-
frage verfügen, die Erkenntniss und der
Auspruch aber müssen dem ordentlichen
Kriegsrecht übergeben werden.

Wird der Inhaftirte für schuldig er-
kennt, somit zu der im Gesetz bestimm-
ten Leibs - oder Lebensstrafe verurtheilt,
so, glaube ich, ist es der Analogie ge-
mäfs, dafs die Vollziehung der Urtel an
solchem Missethäter eben so, wie an den
nachgesetzten Generalen und den zum
Generalstab gehörigen Personen (§ 170.)
ohne Genehmigung des Oberherrn nicht
vorgenommen werden dürfe; diese also
vorerst eingeholet werden müsse.

§. 177.

Sobald das reichsfeldmarschallamtliche
Kriegsgericht in seine Wirksamkeit eintritt,
(165.) werden in Ansehung jener Kreis-
kontingente und Soldaten, welche sich bey
dem Reichskriegsheer befinden, die Kreis-
ge-



generalkriegsgerichte, jedoch nur in Beziehung auf die militärischen Verbrechen, ruhend.

Denn in der R. Instruktion für den R. F. Marschall von 1672 ist nur die Regimentsjurisdiktion vorbehalten (§. 150). Also können die Kreisgeneralkriegsgerichte unter den in dem Satz angezeigten Einschränkungen nicht thätig seyn.

§. 178.

Das Reichsgeneralkriegsgericht ist ein höchstes Reichsgericht; dessen Dauer jedoch nur auf die Dauer eines wirklichen Reichskriegs sich beschränkt; dessen Gerichtsbarkeit also aufhört, sobald das Reichskriegsheer auseinander geht, und die verschiedenen Kreiskontingente, aus denen es bestehet, in ihre Lande und Kreise zurückkehren.



D r u c k f e h l e r .

Seite 165. Zeile 7. von unten, lies: seiner Natur
nach ewig.

Seite 3. Zeile 14. von oben, statt einführen lies:
hinführen.



INHALT.

I. Grundzüge von Entstehung der Landeshoheit
und deren Verhältniß zur Reichshoheit. §. 1 — 17.

1) Begriff und Zweck des Staats nach den Prin-
cipien des natürlichen Staatsrechts. §. 1 — 4.

2) Grundzüge von Entstehung der Landeshoheit.
§. 5 — 17.

II. Analyse der reichshoheitlichen Kriegsgewalt
überhaupt. §. 18 — 37.

1) Begriff derselben. §. 18.

2) Folgesätze. §. 19.

3) Sum-

I n h a l t.

3) Summarische Darstellung der Bestandtheile der reichshoheitlichen Kriegsgewalt. §. 20 — 24.

4) Allgemeine Bemerkung. §. 25.

III. Anwendung der allgemeinen Reichsregierungsrechte auf das Reichskriegswesen.

1) Ueberhaupt. §. 26 — 28.

2) Reichskriegsgesetze.

a) Ihre verbindende Kraft. §§. 29. 30.

b) Eintheilung derselben. §. 31.

c) Aufzählung einiger Reichskriegsgesetze. §. 32.

3) Reichskriegsordres. §§. 33. 34.

4) Reichshoheitliches Bündnißrecht.

a) Ist ein kaiserl. Hoheitsrecht. §. 35.

b) Reichsgesetze darüber. §. 36.

c) Grundsätze. §. 37.

IV. Rechte und Pflichten der Reichsofficiere und gemeinen Soldaten zu Ross und Fuß überhaupt.

a) Bestimmung derselben. §. 38.

b) Erläuternde Rechtsfätze. §. 39.

c) Pflichten der Officiere überhaupt. §. 40.

V. Rech-

I n h a l t.

V. Rechte und Pflichten der Reichsunterthanen in Beziehung auf das Reichskriegswesen.

- a) Grundsätze aus dem natürl. Staatsrecht. §. 41 — 56.
- b) Anwendung auf Deutschland. Allgemeine Grundsätze. §. 57 — 65.

VI. Von der landesherrlichen Kriegsgewalt.

- a) Allgemeine Grundsätze von der Landeshoheit überhaupt. §. 67 — 79.
- b) Grundriss der Geschichte der deutschen Kriegsverfassung. §. 80. f.

α) Die Reichskriegsmannschaft.

αα) Heerbann. §. 81.

ββ) Lehenmiliz. §. 82.

γγ) Söldnermiliz. §. 83.

δδ) Der besoldete Reichsfoldat. §. 84.

εε) Reichsexekutionsmiliz. §. 85 — 87.

β) Die Reichskriegsmatrikeln.

αα) Die Wormser Matrikel von 1521.

§. 88 — 94.

ββ) Reichskriegsfuß von $\frac{1669}{1672}$ und 1681.

§. 95 — 98.

γγ) Wei-

I n h a l t.

γ) Weitere Ausbildung der deutschen Kriegsverfassung. §. 99 — 101.

c) Die landesherrliche Kriegsgewalt.

α) Recht der Bewaffnung und Kriegführung.
§. 102 — 109.

β) Recht der Landesherren, Vestungen zu bauen. §. 110 — 116.

γ) Das Bündnißrecht der Landesherren.
§. 117 — 126.

δ) Prüfung der Pütter'schen Lehre von der landesherrlichen Kriegsgewalt. §. 127.

d) Verhältniß der Reichskriegsgewalt zu den Rechten der Unterthanen, insbesondere zu der Landeshoheit. §. 128 — 132.

VII. Reichskriegsrichterliche Gewalt und Jurisdiction.

a) Grundsätze aus dem natürlichen Staatsrechte.
§. 133 — 148.

b) Grundsätze des deutschen Staatsrechts.

α) Reichs-

I n h a l t.

a) Reichsgesetze, welche diesen Zweig der Reichskriegsgewalt betreffen. §. 150.

β) Grundsätze von der Reichskriegsjurisdiktion.

a) Zu Friedenszeiten. §. 151 — 157.

b) Während einem Reichskrieg.

A) Regiments - Jurisdiktion. §. 158 — 164.

B) Jurisdiktion des Reichsfeldmarschalls.
§. 165 — 178.



Das deutsche Staatskriegsrecht

Bd.: Erster Theil

[Erscheinungsort nicht ermittelbar] 1796

J.publ.g. 730-1#Beibd.1

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10561226-0

VD18 80015719